DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 32. Jahrgang
193 | Mai/Juni 2009 EUR 1,50

Hallo, Zentrale: Abtreten!

Der Streik im öffentlichen Dienst verdeutlicht die Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Wandels – Zeit, endlich überzutreten

Es ist ein erbärmliches Bild, das die Zentralgewerkschaften abgeben. Jüngstes Beispiel: Der Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst der Länder, der streng genommen gar nicht stattfand. Das Tarifergebnis ist so miserabel, dass die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Einkommenstabellen nicht mal veröffentlichen mag. Einsehbar nur im Mitgliederportal – ein Novum im Öffentlichen Dienst! Stattdessen ergießt sich auf ihrer Homepage und im Flugblatt zum Abschluss ein wahrer Regen von Schimpfkanonaden und Schmähungen gegen die angeblich Schuldigen: Verantwortlich für die Misere sind natürlich nicht diejenigen, die sie am grünen Tisch verzapft haben, sondern, na...? Die Unorganisierten! Kollegenbashing ist also angesagt. Es ist zum Kotzen, wie die weltweit größte Einzelgewerkschaft mit derart perfiden Methoden in Stellung geht, um die eigenen Reihen zu befrieden. Doch die Saat will nicht recht aufgehen: Nur 68,8 Prozent der Mitglieder sprachen sich für die Annahme des Tarifergebnisses aus. Beim letzten Abschluss 2006 waren es noch 83,5 Prozent. Das Ansehen der Bosse in den Gewerkschaftszentralen ist an der Basis im freien Fall begriffen, die Stimmung ist am Kochen. Spätestens als Hartmut Möllring, niedersächsischer Finanzminister und Verhandlungsführer des Arbeitgeberverbandes „Tarifgemeinschaft deutscher Länder", öffentlich seiner Zufriedenheit über den „fairen Kompromiss" Ausdruck verlieh, wussten die Aktiven, dass sie betrogen waren. Noch wenige Tage vorher hatte er sich von Streikdrohungen unbeeindruckt gezeigt. Und dieser Mann ist zufrieden? Da kann etwas nicht stimmen! Wie hetzte ver.di doch gleich gegen Unorganiserte: „... eigentlich habt ihr das nicht verdient,..." – Richtig, diesen Deal der Bosse hat niemand verdient!

Gauklerstückchen

Hatten die Aktiven ihren Führungen im letzten Arbeitskampf noch vieles nachgesehen, ist ihre Geduld nun am Ende. 2006 fanden sie vielleicht darin Trost, dass es der erste Streik seit 1992 war. Mittlerweile ist dieses Gefühl allerdings der Erkenntnis gewichen, dass die Zentralverbände nicht nur nicht streiken wollen, sondern es auch nicht können. Aus purem Unvermögen! Alle Aktiven wissen, dass ein Streik den Arbeitgebern weh tun muss. Stattdessen wurden ganze Betriebe von den zentralen Streikleitungen ignoriert. Noch ärger trieben es die anderen Akteure im Operettenstreik: Statt Angestellte in den Ausstand zu rufen, ließ die dbb-tarifunion überwiegend mit ihnen im Deutschen Beamtenbund organisierte Beamte in Bussen rankarren, um durch Fähnchenschwenken vor den Funktionärsbühnen mediale Bilder der Massenbeteiligung zu produzieren. Ein billiger Trick, vor allem weil es die Streikkasse schont. Mitglieder wirbt der Verband im übrigen allein dadurch, dass er geringere Beiträge als ver.di kassiert. Für seine Mitglieder zahlt sich das am Ende nicht aus.

Auf ein Wort, Aktive an der Basis

Was soll einem noch dazu einfallen, wenn ver.di-Hannover ihren Mitgliedern in einem Streikrecht-Info erklärt, dass das Anpinnen von Plakaten mit Reißnägeln nicht erlaubt ist? Wovor hat ver.di Angst, wenn sie Verbotskataloge aufstellt, statt ihre Mitglieder über deren Rechte zu informieren? Geht es noch peinlicher? – Jawoll: „Anordnungen der Polizei sind zu befolgen, Diskussionen über deren Rechtmäßigkeit sind unangebracht." Mündige, kämpferische Mitglieder? Bei ver.di unerwünscht! Was hält die KollegInnen also? Lohnt es sich wirklich, wegen eines täglichen Streikgelds in Höhe des 2,5-fachen Monatsbeitrags plus 2,50 Euro pro Kind von Niederlage zu Niederlage geführt zu werden? Wie oft streikt ver.di in zwei Jahren? Und hat sich mal jemand mit KollegInnen unterhalten, die das Pech hatten und den gewerkschaftlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen mussten? Mit jeder Rechtsschutzversicherung inklusive freier Anwaltswahl plus individueller Beratung sind sie besser bedient. Es gibt nicht einen Grund, niemand will immer nur verlieren!

Wie 2006 standen Mitglieder der FAU Hannover mit ihren BetriebskollegInnen im Streik. Wieder war zu erleben, wie viele mit Zentralgewerkschaftsbuch in der Tasche zu StreikbrecherInnen wurden – radikale Linke, die auf Politveranstaltungen über die soziale Frage schwadronieren, dazugerechnet. Von ihnen ist nichts zu erwarten. Wäre es deshalb nicht an der Zeit, dass sich die Aktiven zusammentun, in den nächsten Jahren kampfstarke Betriebsgruppen aufbauen und für eigene, bessere Abschlüsse in den Betrieben streiten? Ver.di & Co haben den Flächentarif im Öffentlichen Dienst längst von eigener Hand begraben.

Nandor Pouget (GGB-Hannover)

Leben mit der Ungewissheit

Zur Situation der Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie

Schon beim Schreiben dieses Artikels sind die Daten und Fakten zur Arbeitsplatz-Situation veraltet. Wöchentlich gibt es neue Entlassungen von LeiharbeiterInnen, Kurzarbeitsmaßnahmen und Produktionspausen. Die etablierten Gewerkschaften und ihre Betriebsräte ignorieren die Situation und begnügen sich mit der Aushandlung von Arbeitszeit- und -lohnbedingungen für die Stammbelegschaften bei den Automobilisten. Aber auch diese leben in unsicheren Zeiten; was gestern noch galt, kann morgen schon wieder ganz anders sein.

Angst lähmt

Am Beispiel des Vorzeigeunternehmens Volkswagen wird deutlich, wie es derzeit in den Großbetrieben aussieht. Das Betriebsklima ist zwar scheinbar von absoluter Gleichgültigkeit bis abwartender Ruhe bestimmt. Doch nur an der Oberfläche. Schaut und hört man genauer hin, regt sich immer mehr die Angst um die nun doch nicht mehr so gewisse „sichere Zukunft". Einige Standorte in Deutschland haben die Werkstore für Wochen partiell oder komplett geschlossen. Spätestens seit Februar wird auch den VW-ArbeiterInnen bewusst, dass die Wirtschaftslage langfristig unangenehme Folgen mit sich bringt. Mehr noch: Sie sehen ihre eigene Existenz konkret bedroht. Doch bislang bleibt es bei Angst und Ohnmacht gegenüber dem System. Gerade im Stammwerk Wolfsburg verlässt sich die überwiegende Mehrheit der Belegschaft nach wie vor auf die vermeintliche Macht der IG Metall und ihre „sozialpartnerschaftlichen Kompetenzen", hält sie doch die Kurzarbeitsmaßnahmen für notwendig, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten und das Unternehmen zu entlasten. Und so geht das Kalkül von Regierung und Unternehmen auf, mit Kurzarbeit Steuereinnahmen zu sichern, firmenspezifisch qualifizierte Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Kostenentlastung zu binden und das Sozialsystem nicht endgültig zum Zusammenbruch zu bringen. Die mit dem letzten Tarifvertrag von IG Metall und Volkswagen beschlossene Flexibilisierung der Arbeitszeit hat letztlich wesentlich dazu beigetragen, das Unternehmen auf eine Krise gut vorzubereiten. So wurden 2007/ 2008 mit Sonderschichten die Arbeitszeitkonten aufgebaut, die nun im Zuge des Produktionsrückgangs durch Stückzahlreduzierung wieder ausgeschöpft werden. Damit geht VW weit über die Steuerung der Arbeitszeit hinaus; der Konzern diktiert den ArbeiterInnen direkt ihre Freizeitplanung und gewinnt damit kompletten Einfluss auf ihr Leben und das ihrer Familien.

Produktionspausen und Kurzarbeit

Praktisch sieht es an den Standorten nicht sehr rosig aus: Ende Februar ruhte die Produktion weltweit für eine Woche, weitere Kurzarbeitswochen etwa in Zwickau oder Emden folgten. Die Abwrackprämie sorgt für einen kurzzeitigen Bedarf an Arbeitsleistung, Volkswagen füllt dafür beispielsweise die Linien in Wolfsburg mit Arbeite-

Fortsetzung auf Seite 5

Aus dem Inhalt









www.direkteaktion.org

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Catwalk



Arbeitskampf Schwarz-Kot

Seit dem 27. Apr. läuft der bundesweite „Scheiß-Streik" gegen Lohndumping im ambulanten Pflegebereich. Einen Monat lang verschicken ArbeiterInnen mit Scheiße befüllte Kotröhrchen an alle, die den Pflegebereich in den Niedriglohnsektor drücken. Die Sektion Sozialwesen der FAU Berlin und die FAU-Betriebsgruppe bei AD Berlin unterstützen diese – zugegeben ungewöhnliche – Aktion. Mehr Informationen, u.a. wie man die Aktion unterstützen kann, findet Ihr auf: www.jenseits-des-helfersyndroms.de.

Mit den Idealen Don Quijotes

Am 13. Apr. Starb Abel Paz im Alter von 87 Jahren. Er kämpfte 1936-39 im Span. Bürgerkrieg und im späteren Widerstand gegen das Franco-Regime. Bekannt wurde er v.a. für die von ihm verfasste Durruti-Biographie. Mehr über das Leben des anarchistischen Revolutionärs, Widerstandskämpfers und Schriftstellers erfahrt Ihr auf S. 8.

Kauf dich glücklich!

„Eine Revolution für die Anarchie!" beschreibt und analysiert die Aktivität der militanten Anarcho-Syndikalistischen Jugend (ASJ) im Großraum Stuttgart in der unmittelbaren Nachwendezeit 1990-93. Ein packendes Buch, nicht nur für Jugendliche!



M. Veith, Eine Revolution für die Anarchie. Zur Geschichte der Anarcho-Syndikalistischen Jugend (ASJ) im Großraum Stuttgart 1990-1993; sowie H. Döhring, Aus den Trümmern empor! Anarcho-Syndikalismus in Württemberg 1933-1956. Verlag Edition AV, Lich 2009. ISBN 867-3-86841-005-1. 380 Seiten für 22 Euro.

FAU-Ticker

FAU-Mitglieder aus mehr als 15 Städten beteiligten sich an den Demonstrationen am 28. März in Frankfurt am Main und Berlin. Mehr im Artikel auf S. 7 +++ Die FAU Bremen hat Kontakt zu SyndikalistInnen in Aurich und im Ammerland. Weitere Interessierte an einer Syndikatsgründung in Ostfriesland sind herzlich willkommen, sich bei fauhb@fau.org zu melden +++ Die FAU-Jugend hat nun eine Homepage: www.fau.org/jugend +++ Im Verlag Edition AV in Lich ist ein Buch zur Geschichte der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJ) in Stuttgart erschienen. Die Autoren sind Mitglieder der FAU Bremen. Mehr im Weblog: asjbuch.blogsport.de +++ Seit dem 21. März '09 gibt es wieder ein FAU-Syndikat in Halle. Kontakt: fauhal@fau.org +++ Die FAU Limbach/Leipzig beteiligt sich an den Protesten gegen Insolvenz und Massenentlassungen beim Tuchhersteller Palla Creativ in St. Egidien bei Chemnitz +++ Die FAU-Mitglieder in Südwestsachsen haben eine neue gemeinsame E-Mailadresse: fausws@fau.org +++ Die FAU Münsterland erarbeitet zur Zeit eine Flugblattreihe mit Arbeitsrechtsinfos +++ Auf dem Regionaltreffen West am 19. April wurde eine Regionalsatzung verabschiedet. Außerdem stellten sich Interessierte aus dem nördlichen Ruhrgebiet vor.

Krise, Krise und nochmals Krise. Es würde einem zum Hals raushängen, müsste man ob der Ernsthaftigkeit der Entwicklungen nicht dauernd schlucken. Eine definitive Nervenbelastung stellen aber allemal die reflexhaften Prophezeiungsriten zahlreicher „Antikapitalisten“ dar, die anscheinend in der Krise ein heiliges Fest sehen und das Portrait ihres gottgleich verehrten Karls einem überall auf die Nase binden müssen. Der Marxsche Rauschebart grüßt von den Plakaten aller Wände, gepaart mit den ständigen Kehrreimen zum „Ende des Kapitalismus“ und der „Revolution“. Zumindest in Berlin bekommt man heutzutage einen leichten Vorgeschmack, wie sich VietnamesInnen unter dem ständigen Blick eines Ho Chi Minh fühlen.

Als Freund der Revolution möchte ich allerdings nicht gleich so übermütig werden. Zwar warnt gar Josef Ackermann vor sozialen Unruhen, sollten seine Manager-Freunde nicht „ein Signal setzen“ und sich nicht in etwas Verzicht üben („Das ist im Interesse des sozialen Friedens und damit auch in unserem eigenen Interesse“), doch überschätzt er damit womöglich die Kratzbürstigkeit in Deutschland. Ende März ließ sich in der eigentlich für allerlei Unsinn bekannten Welt Online *ein Beitrag finden, der von der Angst der Manager vor sozialen Kämpfen wie in Frankreich handelt (näheres zu Frankreich auf S. 9). Es lohnt sich, hieraus ein paar Stellen zu zitieren:*

»Hierzulande ... wird der Konflikt ... nicht, anders als in Frankreich oder Großbritannien, von den Gewerkschaften im Betrieb geschürt. Der soziale Frieden ist nach dem Krieg in Deutschland zum Standortvorteil geworden ... Konflikte werden traditionell nicht vor Ort, sondern zentral von den Großverbänden ausgefochten. Anders sei das in Frankreich, wo die „direkte Aktion“ der Gewerkschaften im Betrieb eine wichtige Rolle spiele...«

Besser kann man es nicht auf den Punkt bringen. Bevor in Deutschland keine andere Arbeitskampfkultur mit kämpferischen Basisgewerkschaften in ihrer Mitte entsteht (siehe dazu auch den Leitartikel), brauchen wir von revolutionären Veränderungen gar nicht erst zu träumen. Darin besteht die Hauptaufgabe der Gegenwart.

Das Brennende im Griff, das Ganze im Blick – das war schon immer die Strategie des Syndikalismus, auch in Deutschland. Allerdings hatten die deutschen SyndikalistInnen oft mit ganz anderen Widrigkeiten als andernorts zu kämpfen. (Da uns in dieser Ausgabe leider ein Beitrag der Marke „Zeitlupe“ fehlt, seien hier diese historisierenden Zeilen gestattet.) Im Ersten Weltkrieg als erste Kriegsopposition verboten, im Dritten Reich von Anfang an im Widerstand und auch in der DDR für oppositionelles Eintreten verfolgt, hat der Syndikalismus wie keine andere Bewegung in Deutschland eine Tradition im Kampf für die Freiheit.

Dennoch erdreisteten sich zuletzt u.a. lokale CDU-PolitikerInnen in Bad Segeberg – deren Tradition aus besonders fleißigem Kuschen und Anpassen in all diesen tragischen Phasen besteht – eine Hexenjagd gegen eine kleine Gruppe FAU-Jugendlicher vom Zaun zu brechen (siehe letzte DA). Hier hat jemand offensichtlich seine Hausaufgaben nicht gemacht. Denn mit solchen Methoden hat die Bad Segeberger CDU mehr mit den paranoiden Anwandlungen der DDR-Staatssicherheit zu tun als die FAU mit dem nebulösen Schlagwort des „Linksextremismus“, das eine Kleinstadt in helle Aufregung versetzte.

Veranstaltung mit der CNT-AIT Sevilla in Berlin am 22. April im Rahmen der Infotour „Selbstorganisation und Arbeitskämpfe in Spanien und der BRD“

Aber man sieht, es bedarf anscheinend nicht viel, um den „Mächtigen“ Angst zu machen – nur ein paar SyndikalistInnen. Wie Ackermann wohl auf die reagieren würde?

Holger Marcks (Redaktion „Hintergrund“)

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und 0160/91562596

Bielefeld . . . . . FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o Umweltzentrum, August-Bebel Str. 16-18, 33602 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 1. Dienstag im Monat ab 19.30h in der Bürgerwache Bielefeld, Rolandstr. 16, Siegfriedplatz. Kino: Jeden 1. Donnerstag im Monat im AJZ-Kino. <faubi@fau.org>. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu

Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>

Bremen . . . . . . FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>

Flensburg. . . . . FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, fau-flensburg@fau-fl.org

Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124

Hannover . . . . . FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>

Kiel . . . . FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>

Lübeck . . . . . . Kontakt über Hamburg

Wismar . . . . . . FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, fauhwi@fau.org

REGION WEST

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net

Bochum. . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>

Bonn . . . . FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de

Dortmund . . . . FAU Dortmund c/o „Langer August“, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101(Fax), <faudo@fau.org>

Duisburg . . . . . FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende“, Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk

Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org

Krefeld . . . . . . FAU Krefeld, <faukr@fau.org>, Tel.: (02151) 39 42 70

Moers . . . . FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers

Münster. . . . . . FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat, 19 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12, Kneipenabend jeden 1. Samstag im Monat, 21 Uhr, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/

Solingen . . . . . FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig

Berlin . . . . FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>

Dresden. . . . . . FAU Dresden, Kontakt über Leipzig

Erzgebirgskreis. Kontakt über Leipzig

Görlitz . . . . Kontakt über Leipzig

Gransee. . . . . . Kontakt über Berlin

Halle/Saale . . . Kontakt über Leipzig

Leipzig. . . . . . . VAB FAU Leipzig, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 16.00–17.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650

Magdeburg. . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.

Potsdam . . . . . Kontakt über Berlin

Saale-Orla-Kreis Kontakt über Leipzig

Zwickau. . . . . . Kontakt über Leipzig

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.

Dreieich. . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.

Frankfurt/M. . . FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>

Freiburg. . . . . . FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>,Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr,KTS,Baslerstr.103,79100 Freiburg; jeden dritten So. im Monat ab 18Uhr,Fabrik,Habsburgerstr.9,79104 Freiburg.

Gießen. . . . . . . Kontakt über Lich

Ilmenau . . . . . Kontakt über Meiningen

Kassel . . . . FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über Frankfurt/M.

Lich . . . . FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>

Mainz. . . . . Kontakt über Frankfurt/M.

Marburg . . . . . . Kontakt über Lich

Meiningen . . . . FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>

Memmingen . . . FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen

München . . . . . FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str.139 (Rg), 80339 München, (0163)6174227, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden Mittwoch 19h; Initiative Gesundheitssyndikat: <faum14@fau.org>; Jugend-AG: <faum15@fau.org>

Neustadt/W. . . FAU Neustadt, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern <faunw@fau.org>

Nürnberg. . . . . FAU Nürnberg, <faum16@fau.org>

Saarbrücken. . . FAU-Gründungsinitiative Saar, Kontakt über Neustadt

Suhl. . . . . Kontakt über Meiningen

Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen

Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

BUNDESWEITE BRANCHEN-KOORDINATIONEN

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend: <jugend@fau.org>
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Berlin/Zwickau <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien),
AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE
<secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

SCHWEIZ

Bern . . . . FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Zürich . . . . FAUCH, Postfach 580, CH-8037 Zürich, www.fauch.ch

ÖSTERREICH

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, allgemeines@syndikat-wien.org
Allgemeines Syndikat Oberösterreich, c/o Infoladen Wels, Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 6932864, syndikat_ooe@linuxmail.org
ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, aswi@lnxnt.org
Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Diebstahl verpflichtet

Zur aktuellen Diskussion über Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmensgewinnen

Mitten hinein in eine – der hereinbrechenden Wirtschaftskrise zum Dank – ohnehin schon an abenteuerlichen wie aberwitzigen Reformvorschlägen reiche Zeit fällt die Diskussion um Mitarbeiterbeteiligungen am Konzerneigentum. Von einer engeren Einbindung der Belegschaften in die Firmenstrukturen ist da die Rede, gerechterer Gewinnverteilung und sichereren Arbeitsplätzen.

Alter, neuer Trend

Was auf den ersten Blick wirkt wie der verzweifelte Versuch, krisengeschwächte Aktien doch noch irgendwie loszuwerden, ist keineswegs eine neue Idee. Doch während in vielen EU-Ländern Modelle der Mitarbeiterbeteiligung bereits seit Jahren umgesetzt werden, handelte es sich in Deutschland bisher um bloße Sandkastenspiele einiger weniger ManagerInnen und UnternehmensberaterInnen mit geringen Chancen auf Realisierung (von vereinzelten internen Firmenregelungen abgesehen). Seitdem aber PolitikerInnen aus beinahe allen Parteien, allen voran die Linke, die Entwicklung von Mitarbeiterbeteiligungskonzepten anregen, und sich schließlich auch der DGB dafür erwärmen konnte, haben sich die Vorzeichen verkehrt. Wenn auch abzuwarten bleibt, wieviel Polemik in dieser Debatte im Bundestagswahljahr mitschwingt, muss sie grundsätzlich doch ernst genommen werden. Nennenswerte Opposition hat sich bisher jedenfalls noch nicht zu Wort gemeldet.

Firmentreue Belegschaft

Nur – was verspricht die Mitarbeiterbeteiligung? Die Vorteile für die Unternehmensseite liegen auf der Hand. Von dem Moment an, da ein Teil des Lohnes direkt an den wirtschaftlichen Erfolg der Firma gekoppelt wird, verschiebt sich die Interessenlage der Beschäftigten hin zum Brötchengeber. Sie beginnen, sich mit der Firma zu identifizieren und noch härter zu schuften, da für sie nun ein erfolgreiches Unternehmen auch konkret mehr Geld in der Tasche verspricht. Das Sein bestimmt das Bewusstsein, zumindest bis hierhin verstehen auch zeitgenössische KapitalistInnen Marx noch recht gut.

Was eine Mitarbeiterbeteiligung hingegen für LohnempfängerInnen bedeuten könnte, hängt erst einmal sehr stark davon ab, welcher rechtliche Rahmen tatsächlich hierfür geschaffen und welches Modell auf sie angewendet wird. Das Spannungsfeld bewegt sich zwischen der Frage, inwieweit am Unternehmen beteiligte MitarbeiterInnen auch das Risiko mittragen müssen oder aber nur am Gewinn – so denn vorhanden – beteiligt werden, und ob eine Gewinnbeteiligung als Prämie zum Lohn hinzukommt, oder aber als vertraglich verankerter Teil von diesem abgezogen wird. Im internationalen Vergleich finden sich alle denkbaren Modelle wieder, nebst zahlreichen Zwischen- und Mischformen. Sollte das Bestreben um eine Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland ernsthaft werden, zeichnet sich folglich ein Tauziehen um Firmenrisiko und Reallohnhöhe ab.

Modelle reiner Gewinnbeteiligung werden uns besonders aus Kreisen von Linkspartei, DGB und anderen SozialdemokratInnen angepriesen. Dabei wird gerne ein Bild gezeichnet, dass an Stelle der heute so irrwitzig erscheinenden Managerprämien eine Art Arbeiterprämie trete und somit mehr Verteilungsgerechtigkeit erreicht werde.

Verschleierung der Verhältnisse

Soviel berechtigter Zweifel an dieser Behauptung auch angebracht sein mag, nehmen wir einfach einmal an, es könnte tatsächlich ein Verfahren zur reinen Gewinnbeteiligung der Belegschaften in Deutschland etabliert werden. Wer darin einen Vorteil für die LohnempfängerInnen sieht, gar für die ganze Arbeiterklasse, denkt zu kurz. Die Gefahren wiegen weitaus schwerer. Die offensichtlichste wie sicherlich auch schwerwiegendste Folge wäre eine deutliche Vertiefung der Spaltung der Arbeiterschaft. Nicht einfach nur dadurch, dass nun plötzlich KollegInnen derselben Branche buchstäblich miteinander konkurrierten, weil z.B. mehr Absatz bei Opel weniger Lohn bei Audi bedeuten könnte. Nicht nur insofern, als dass Beschäftigte bei kleinen und mittelständischen Betrieben (in Deutschland gut die Hälfte aller LohnempfängerInnen), die naturgemäß mit bescheidenen Gewinnmargen planen, wohl dumm aus der Wäsche guckten. Und nicht allein in Anbetracht der Tatsache, dass die wachsende Gruppe der befristet Eingestellten, JobberInnen, LeiharbeiterInnen, mit Billiglohn Abgespeisten wohl kaum ernsthaft in einem solchen Konzept unterzubringen wäre. Die Konsequenzen wären viel weitreichender.

Statt einheitlicher Situationen nach Branchen drohte, sich eine zerklüftete Landschaft unterschiedlichster Beschäftigungsverhältnisse zu entwickeln, die organisierten Arbeitskämpfen immer kleiner werdende Angriffsflächen bietet. Die Position von Betriebsvertretungen und Gewerkschaften würde zusehends geschwächt, die einheitliche Interessenlage der Arbeiterschaft, Grundlage jedes solidarischen Schulterschlusses, untergraben. Ohne aber über ein angemessenes Drohpotential zu verfügen, wird das Lager der LohnempfängerInnen – und nun auch Gewinnbeteiligten – früher oder später über den Tisch gezogen. Ihr wollt eine Gewinnausschüttung? Dann arbeitet länger, damit wir welchen erzielen! Krankenkassenbeiträge? Schmälern den Gewinn, denkt dran! Sicherheitsvorkehrungen? Was das kostet!

Von Eigentümern und Dieben

Ein interessanter Impuls für die aktuelle Debatte um Gewinnbeteiligung kommt aus der Rechtswissenschaft. Hier wurde in den letzten Jahren der Frage nachgegangen, inwieweit ArbeiterInnen als ProduzentInnen auch ein Urheberrecht auf das von ihnen hergestellte Produkt besäßen und somit Anspruch auf einen Teil des Gewinns erheben dürften. Somit wäre das Produkt, wenn auch nur zum Teil, Eigentum des Produzenten. Und Eigentum, so steht es im Grundgesetz, verpflichtet. Die Frage ist nur, wen und wozu.

Genau betrachtet entpuppt sich das Gerede von Mitarbeiterbeteiligung als Wortklauberei. Die effizienteste Form von Gewinnbeteiligung war und bleibt die Lohnerhöhung, erstritten durch den Arbeitskampf. Von der Unternehmensbilanz abhängige Gehaltsregelungen, die auf die Motivation der Beschäftigten wirken sollen, bedeuteten hingegen die Rückkehr des Akkords durch die Hintertür.

Matthias Seiffert

Film ab!

Die Auseinandersetzung mit dem Berliner Kino Babylon Mitte geht in die nächste Runde

Prekäre Arbeitsverhältnisse gelten in den Chefetagen der Republik – und nicht nur dort – gemeinhin als beliebte Garanten einer zahmen Belegschaft. Dass es auch anders geht, zeigten die Beschäftigten des Berliner Kinos Babylon Mitte (siehe DA #192).

Gebährte sich die Geschäftsleitung des Lichtspielhauses anfangs noch siegessicher, ignorierte die Forderungen und entließ sogar einen Kollegen der FAU-Betriebsgruppe eine Woche vor Greifen des besonderen Kündigungsschutzes, musste sie alsbald einsehen, mit wem sie sich angelegt hatte und wozu die FAU als Gewerkschaft im Stande ist.

Allein in der ersten Woche gingen somit bei der Geschäftsleitung über hundert Protestschreiben ein. Auch die auf dem Blog der kämpfenden Belegschaft veröffentlichte Solidaritätserklärung, mit der mittlerweile gut 300 UnterzeichnerInnen die Kinobelegschaft in ihren Forderungen unterstützen, dürfte der Geschäftsleitung nicht sonderlich geschmeckt haben.

Die massive Solidarität hat somit nicht nur gezeigt, dass die Versuche umsonst waren, sich immer noch als alternatives Programmkino, von herzlosen Gewerkschaftern mit überzogenen Forderungen belangt, zu präsentieren. Sondern auch, dass die KollegInnen in ihrem Kampf nicht allein stehen.

Ungeachtet aller Einschüchterungsversuche hat sich die Belegschaft des Babylon auf der letzten Betriebsversammlung, bei der auch zwei Vertreter der FAU Berlin als im Betrieb vertretener Gewerkschaft anwesend waren, hinter ihren gekündigten Kollegen gestellt und arbeitet mit der FAU weiter konkrete Forderungen aus.

In einem nächsten Schritt soll nun gemeinsam mit der Belegschaft ein Haustarifvertrag entworfen und der Geschäftsführung vorgelegt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Geschäftsleitung aus den vergangenen Mobilisierungen ihre Lehren gezogen hat. Denn eins sollte mittlerweile zu den taubsten Ohren vorgedrungen sein: die FAU ist eine Gewerkschaft, die wirklich kämpft.

Lars Röhm

Aktuelle Infos zum Konflikt:
www.prekba.blogsport.de

Kolumne Durruti



Meine Mama ist hochkatholisch! Und jetzt das erste Mal nach über 35 Jahren in der Nachtschicht im katholischen Krankenhaus um die Ecke ist sie arbeitslos, weil man sie wieder in der Tagschicht einsetzen wollte. Aber das hat ihr Schlafrhythmus nicht mehr mitgemacht. Ihr Schlaf ist so leicht wie eine Feder. Wenn ich alkoholisiert und jugendlich des Samstag nachts ins Haus schlich, wusste sie nicht nur die genaue Uhrzeit, sondern auch den Alkohol in meinem Blut auf ein Bier genau zu bestimmen. So leicht. Sie hat den Chef verklagt und verloren. Jetzt bleibt ihr immer noch die Religion. Da ist kein Zweifel reinzukriegen in diesen geschundenen Körper. Der christliche Arbeitsethos bis zum Verrecken. Meine Mama ist so katholisch, dass ihr etwas anderes als Obrigkeitshörigkeit in religiösen wie in marktwirtschaftlichen Dingen nicht in die Tüte oder den Sinn kommt. "Wer arbeiten will, der findet auch was" an dem Punkt haben wir früher viel diskutiert. Die Zusammenhänge von industriellem Fortschritt, Mehrwert, Personalkosten und Arbeitslosigkeit waren ihr immer schleierhaft. Bei mir waren es Rosenkränze, Kirchen und Gott.

Also kein Zweifel und ungebremster Glaube in die soziale Marktwirtschaft bis zu Peter und den Herrn Hartzgesetzen. Peter ist 26 und ihr Casemanager. Mama ist von der alten Schule. Die euphimistische Agentur für Arbeit, das protzige Glasgebäude in der Stadtmitte, heißt bei ihr immer noch Arbeitsamt und mit ihrem Casemanager weiß sie vom Begriff her erstmal nichts anzufangen. Erst ist Peter auch recht freundlich, lobt ihre Berufserfahrung und so fort, aber schon nach dem dritten Termin und keinem rechten Job für meine Mama (alles Tagschicht, zu viele Stunden. Mama will wegen der angeschlagenen Gesundheit wieder geringfügig beschäftigt sein) wird Peter ungemütlich. "Hören Sie gute Frau das ist ja hier kein Wunschkonzert. Entweder Sie nehmen bald mal einen Job an oder wir kürzen Ihre Bezüge", droht er. Aber da hat der Peter die Rechnung ohne den Wirt gemacht, bzw. ohne den geballten Zorn Gottes. "Jetzt hör mir mal zu, Jungchen", schallt es ihm entgegen. Schon bei 'Jungchen', als sie mir später am Telefon berichtet, johle ich triumphierend. Denn ich weiß, was jetzt kommt: die Standpauke! Peter weiß es nicht. "Ich habe 35 Jahre den Buckel für dieses Land krumgemacht, habe vier Kinder geboren, habe nie aufgehört zu arbeiten..." Man hört Peters Kinnlade klappen. "Wie alt bist du eigentlich? Du könntest mein Sohn sein, oder? Was weißt du schon? Was willst du mir schon erzählen vom Leben? ", pumpt meine Mama unaufhörlich rhetorische Fragen in Peters Anzug und in Peter selbst, nicht ohne auf die Schwierigkeit von Kindererziehung und Beruf noch ausführlicher einzugehen. Peter verkriecht sich derweil in seinem Drehstuhl. Mamas wütendes Gesicht spiegelt sich in der Glasfront hinter ihm. Sie ist derweil aufgestanden. Peter ist zusammengesackt und schickt sie nach Hause.

Hat Peter da etwa eine schlafende Hündin geweckt? Sind die Katholiken womöglich die neue Wunderwaffe im Arbeitslosenwiderstand? Meine Telefonate mit Mama klingen jedenfalls jetzt ganz anders. Sie spricht auch nicht mehr so viel von Glauben, sondern mehr von was tun. Sie nimmt jetzt immer ihre Freundin mit zum Amt. Das macht schon zwei Katholiken gegen einen Anzugvogel. Aber auch Peter hat nachgerüstet und will jetzt immer den Abteilungsleiter bei den Gesprächen dabei haben... Dranbleiben, Mama!

Lautmaler

TERMINE

Aachen

Sa. 9. Mai, ab 19.00 Uhr
AZ-Aachen, Vereinsstr. 25
Solikonzert für FAU-Streikkasse und Infoladen
Mit: Dead Patriots (Neuss), Lefthand Thirdfinger (Heinsberg), Dysfunctional Kid (Eindhoven), Spielmannszug Rothe Erde (Aachen).
Veranstaltet von FAU Aachen & Food not Bombs.

Do 5. Juni, 19.30 Uhr
Welthaus Aachen,
An der Schanz 1
Vortrag:
Kapitalismus hat fertig
Wenn das Geld zerfällt und die Welt unruhig wird (mit Christian Frings und der FAU Aachen)

Bielefeld

Sa. 20. Juni, 17.00 Uhr
Auf dem Siegfriedplatz vor der Bürgerwache
Lesung: Freiheit ist Bewegungsfreiheit
Poesie ohne Grenzen! (Bei schlechtem Wetter findet die Lesung in der Bürgerwache statt)

Bünde

Fr. 6. Juni, 19.30 Uhr
Villa Kunterbunt,
Franz-Werfel-Str. 52
Was ist eigentlich Anarcho-Syndikalismus?
Vorstellung der FAU

Kiel

Di, 5. Mai, 20.00 Uhr
Subrosa, Elisabethstr. 25
Vortrag & Diskussion:
Krise: Alles in Frage stellen!
Mit Mitgliedern des Zeitungskollektivs Wildcat.
Veranstaltet von FAU Kiel und Chefduzen-Stammtisch Kiel

Münster

Di. 19. Mai, 20.00 Uhr
Frauenstr. 24
Kabarett: Der Blarze Schwock
Ab jetzt gibt's Comedy!

Di. 30. Juni, 20.00 Uhr,
Frauenstr. 24
Vortrag: Krise und Klassenkampf in China
Mit Pun Gnai, Übersetzer des Buches „Dagongmei. Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen"

National und sozialistisch?

Neonazis und die extreme Rechte setzen auf die „soziale Frage"

Die NPD träumt von einem „volksgemeinschaftlichen Sozialismus", der Kapital und Arbeit vereint. Ihre Analysen der Ökonomie und ihre Forderungen basieren auf rassistischen und antisemitischen Vorstellungen. Gewerkschaften oder der Kampf für die eigenen sozialen Interessen stören da nur.

„Die englischen Gewerkschaften sind noch echte Arbeitervertreter", jubelte die rassistische Partei „Die Republikaner" (REP) Ende März 2009 in ihrer Parteizeitung „Zeit für Protest": „Mit dem Schlachtruf ‚British Jobs for British Workers´ setzten sie [die Gewerkschaften] sich an die Spitze der Streikbewegung gegen die Beschäftigung ausländischer Billigarbeiter auf einer Raffineriebaustelle". Und die neonazistische NPD kommentierte in der April-Ausgabe ihrer Zeitung „Deutsche Stimme" die Arbeitsniederlegungen, zu denen ver.di vor kurzem aufgerufen hatte: „Vollkommen berechtigt sind die in jedem Fall, die jüngsten Warnstreiks im öffentlichen Dienst." Steht die extreme Rechte heute an der Seite der ArbeiterInnen?

„Tag der deutschen Arbeit"

Schon seit einigen Jahren besetzen Neonazis und Teile der extremen Rechten „soziale" Themen von rechts. Am augenfälligsten wird das, wenn sie mit eigenen Aufmärschen am 1. Mai an linke Traditionen anknüpfen wollen oder mit Forderungen nach einem nationalen „Sozialismus" durch die Städte demonstrieren. Für die NPD ist dieses Datum „der Tag der deutschen Arbeit", wie es in einem Demonstrationsaufruf der Partei in diesem Jahr heißt. „Arbeit" ist für die Nazis der NPD „nicht der Fluch, sondern der Segen des Menschen." Und an der Arbeitsleistung will die Partei den Wert und die gesellschaftliche Stellung eines Menschen bestimmen: „Die Arbeit und die daraus resultierende Leistung stellen die Menschen nach oben oder nach unten. Sie ist der unbestechliche Gradmesser für den Charakter und die Güte eines Menschen." Jürgen Schwab, ehemaliger NPD-Funktionär, beschrieb dies in dem NPD-nahen Theorieblatt „Hier & Jetzt" aus Sachsen: „Eine radikal rechte Position geht von der Ungleichheit der Menschen, Völker und Rassen aus. ... Deshalb ... solle man Fleißige und Faule, Gescheite und Dumme unterschiedlich behandeln, also diskriminieren".

Neben den geschichtsrevisionistischen Großereignissen der Neonazi-Szene, wie zum Beispiel der jährlichen Demonstrationen im Februar in Dresden anlässlich der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg, sind mittlerweile die 1. Mai-Demonstrationen zu zentralen Ereignissen der Neonazis geworden. Tausende Nazis gingen an diesem Tag in den letzten Jahren bundesweit auf die Straße. Dieses Jahr wurden bisher Aufmärsche in Dresden, Ulm, Berlin-Köpenick, Hannover und in Neubrandenburg angekündigt. Während die NPD in Mecklenburg-Vorpommern fordert, „Heimische Wirtschaft und Arbeitsplätze" zu schützen und „Finanzheuschrecken" zu bekämpfen, wollen die „Freien Kameradschaften" am 1. Mai in Hannover gleich den „Nationalen Sozialismus" ausrufen.

Volkswirtschaft

„Wir schützen unsere Heimat vor den Heuschrecken", „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" und „8,80 Euro Mindestlohn hier und jetzt!" – das sind die Slogans und Forderungen, mit denen die NPD und andere Neonazis heute auftreten. Aktivisten der Partei verteilen Flugblätter gegen Betriebsschließungen und Firmenverkäufe an ausländische Investoren. Und im sächsischen Landtag sorgt sich der NPD-Abgeordnete Jürgen Werner Gansel um die Arbeitsplätze im erzgebirgischen Kunsthandwerk durch ausländische Konkurrenz. Sogar die Erhöhung von Fahrpreisen im Überlandbusverkehr in Nordvorpommern ist ein Thema für die Parteinazis. In die Reden der NPD haben die Themen des Alltags Einzug gehalten.

Seit Jahren diskutiert die Partei ausführlich soziale und wirtschaftliche Themen. So schrieb der Wirtschaftswissenschaftler Arne Schimmer in der „Deutschen Stimme" eine Artikelserie über „Nationale Volkswirtschaftslehre". Die Debatten um die Wirtschaftskrise, Gesundheitsreform, Privatisierungen oder das bedingungslose Grundeinkommen des Anthroposophen Götz Werners durchziehen das Blatt. Vor einiger Zeit erschien in der NPD-Schriftenreihe „Profil" die Broschüre „Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre".

Jüdisch, nomadisch, ortlos

Globalisierung ist das Stichwort für das Verständnis der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei. Globalisierung diene ausschließlich den „Profiten von Banken und Großkonzernen" und gehe „an den Interessen der Völker" vorbei. Sie sei ein imperialistisches Projekt der jüdisch gelenkten USA. In der internen NPD-Broschüre „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger" aus dem Jahr 2006 heißt es dazu: „Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. Deshalb ist Globalisierung eine unverblümte Imperialismusstrategie der USA".





Mit der Globalisierung habe der Kapitalismus eine „neue Dimension" erreicht, meint Gansel, der einer der führenden Theoretiker der Partei ist. Die massenhafte Einwanderung von „Menschenmaterial", so Gansel, sei ein neues „Strukturelement der Globalisierung", um Lohndumping durchzusetzen. Der Kapitalismus habe sich „von allen früher noch vorhandenen politischen, sozialen und ethno-kulturellen Bindungen und Verpflichtungen gelöst. ... Das freischwebende Globalkapital entgrenzt staatliche Steuerungsmacht, raubt den Staaten ihre Entscheidungs- und Handlungsautonomie".

Rassistischer Nationalstaat als Lösung

Dagegen helfen nur Nationalstaaten, „die einzig vorstellbaren geopolitischen Räume der Volksherrschaft", so Gansel. Udo Voigt, Bundesvorsitzender der Partei auf Abruf, argumentiert ähnlich: „Die Alternative zur Globalisierung, Verarmung und Entfremdung kann nur Re-Nationalisierung heißen", sagte er 2002 der „Deutschen Stimme". „Die konsequente Verknüpfung der nationalen mit der sozialen Frage" sei daher „der Schlüssel künftiger Erfolge", glaubt Gansel.

Die Lösung der NPD für die sozialen Probleme ist protektionistisch und rassistisch: „Arbeitsplätze für das deutsche Volk werden wir durch einen radikalen nationalen und sozialen Politikwechsel schaffen ... National agieren wir, indem wir die Ausländer in ihre Heimatländer zurückführen und damit Arbeitsmarkt und Sozialstaat massiv entlasten", schreibt die Partei. Zudem müsse der Staat seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und der globalen Konkurrenz mit Schutzzöllen, Abgaben für Sozialdumping, einer Devisenumsatzsteuer und nationalen Währungen entgegentreten.

Die Partei betont die soziale Verpflichtung der Besitzenden, doch das Privateigentum „in nationaler Verantwortung" sei unantastbar. „Ideal für eine ‚kulturdeutsche Volkswirtschaft` wäre die Mischung und Konkurrenz verschiedener Eigentumsformen und Produktionsweisen", heißt es in der „Deutschen Stimme". Auch im Kleinen kann jeder Nationalist an der großen Sache mitwirken. Der Kauf von Fair-Trade-Produkten, das „Kampfmittel der kleinen Leute", oder der Aufbau von Regionalwährungen seien „Wege aus der Globalisierungsfalle".

„Frontsozialismus"

Die Vordenker der Partei bemühen sich auch, den Begriff des Sozialismus von rechts zu besetzen. Während das NPD-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Rieger den Begriff „Solidarismus" vorzieht, versucht Gansel Beweise zusammenzutragen, dass es einen „preußischen oder nationalen Sozialismus" gebe. In seiner Magisterarbeit über „Antikapitalismus in der ‚Konservativen Revolution´ in Deutschland 1918 – 1932" stellt er der marxistischen eine „konservativ-revolutionäre Kapitalismuskritik" anhand der Autoren Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck und Hans Zehrer entgegen. Die „Konservative Revolution" deutet er als dritte Wirtschaftsordnung „jenseits von Marxismus und Liberalkapitalismus", mit der „eine autoritative und sozial gerechte Gemeinschaftsordnung des deutschen Volkes geschaffen werden" soll.

Diese idealisierte Gesellschaft gab es in Gansels Vorstellung schon einmal. Schwärmerisch berichtet er vom „Frontsozialismus" im Ersten Weltkrieg: „Der Kriegsausbruch 1914 riß plötzlich alle im wilhelminischen Kaiserreich bestehenden Schranken von Parteien, Klassen, Konfessionen und Landschaften nieder und machte die Ganzheit und Einheit der Nation sichtbar. Das deutsche Volk trat als geschlossene Einheit einschließlich seiner sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf, um für das Vaterland den höchsten Einsatz zu wagen. ... Für die junge Generation, die in die Schützengräben zog, war dies die erste Begegnung mit einem tief erfahrenen, volksgemeinschaftlichen Sozialismus, der die Standes- und Klassenunterschiede weitgehend einebnete oder vergessen ließ. Der bis dahin recht abstrakte Begriff der Nation konnte durch das Fronterlebnis der „Todesgemeinschaft" mit Leben gefüllt und erfahrbar gemacht werden."

Gespaltene Rechte

Auch wenn die Themen „Sozialismus" und „Antikapitalismus" von rechts erst in den letzten Jahren öffentlich wahrgenommen wurden, sind die Inhalte nicht neu. Vielmehr hat heute eine politische Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden, die in den 1970er Jahren begann. Eine sich als „nationalrevolutionär" verstehende Strömung, die sich von der NPD abgespalten hatte, vertrat eine „kapitalismuskritische", US-feindliche Position und plädierte für einen „organischen Sozialismus" von Rechts. Diese Strömung wurde mit der Zeit in den „Jungen Nationaldemokraten" und der NPD einflussreich. Spätestens seit Udo Voigt 1996 den Vorsitz der NPD übernahm, wurden diese Ideen offizielles Programm.

Innerhalb der extremen Rechten hat in den letzten Jahren eine Verschiebung der Kräfte stattgefunden. Anfang der 1990er Jahre dominierten wirtschaftsliberale Positionen. Die damals in der extremen Rechten dominanten Parteien „Die Republikaner", der „Bund freier Bürger" und vor allem die „Freiheitliche Partei Österreichs" mischten sie mit christlich-konservativen und rassistischen Parolen. Damit schien ein Brückenschlag ins konservative Milieu möglich. Die „alte Rechte", NPD und „Deutsche Volksunion" zum Beispiel, schien mit ihren am deutschen Faschismus, dem Nationalsozialismus, orientierten Konzepten antiquiert. Als im Sommer 2004 in zahlreichen Städten Neonazis an den Protesten gegen „Hartz IV" teilnahmen und sich in Ostdeutschland teils sogar an die Spitze der Proteste setzten, wurde dieser Umschwung in der Rechten augenfällig. Seitdem dominieren „antikapitalistische" Positionen innerhalb der extremen Rechten. Die REP mit ihrem offensiven Bekenntnis zu einer nationalistisch organisierten „sozialen Marktwirtschaft" sind derzeit auf dem absteigenden Ast. Ihr Versuch, bei den vergangene Landtagswahlen in Hessen mit dem Slogan „Opel in deutscher Hand" und der verbalen Unterstützung von Streiks zu punkten, misslingt bisher. Denn eine nationalistische aufgeladene „Marktwirtschaft" wird derzeit auch von genügend anderen Parteien propagiert.

Ernst Kovahl

Ernst Kovahl schreibt für das antifaschistische Magazin *Der Rechte Rand*.

Naschen verboten?

Vor einigen Monaten erklärte ein Berliner Gericht die Kündigung der gewerkschaftlich aktiven Verkäuferin „Emmely" für rechtmäßig. Ihr wird vorgeworfen, dass sie zwei Pfandbons im Wert von 1,30 Euro entwendet habe. Weder die geringe Summe noch die Tatsache, dass der Vorwurf in keinem Strafverfahren bewiesen wurde, sprächen hier gegen das Recht zur fristlosen Kündigung, so das Gericht. Solche so genannten Verdachtskündigungen werden immer wieder gegen kritische Angestellte ausgesprochen und von Gerichten bestätigt. In einem ähnlich gelagerten Fall wurden vom Arbeitsgericht Dortmund die Kündigungen von zwei Bäckern aufgehoben. Sie sollen Brötchenbelag verköstigt haben. Hier stellte das Gericht fest, dass zwar grundsätzlich auch eine geringfügige Unterschlagung die Kündigung rechtfertigen kann. In einem Fall ist die Kündigung aber aus formalen Gründen nichtig, da der Betriebsrat hätte angehört werden und zustimmen müssen, jedoch die Einladung zu dieser Anhörung nicht formgerecht erfolgt sei. Im anderen Falle sei die lange Betriebszugehörigkeit und seine „ehrliche Grundhaltung" zu berücksichtigen.

Die Wut kommt vom Band

LeiharbeiterInnen bei VWN Stöcken proben den Aufstand

In zahllosen Betrieben sind LeiharbeiterInnen die ersten Opfer der Krise. In der Automobilbranche wurden sie in den letzten Monaten zu Zehntausenden gefeuert. Nun setzten LeiharbeiterInnen im Werk VW Nutzfahrzeuge in Hannover-Stöcken (VWN) dagegen ein deutliches Zeichen: Schluss mit der Angst, Schluss mit der Opferrolle!

Betriebsrat ruft Werkschutz

VWN hat seit 2008 rund 1.150 LeiharbeiterInnen entlassen. Zum 31. März liefen die letzten 213 Verträge aus. Doch statt sich in ihr Schicksal zu fügen, griffen sie jetzt zur Selbsthilfe: Am 19. März demonstrierten 200 LeiharbeiterInnen während einer Sitzung des VWN-Betriebsrats für die Verlängerung ihrer Verträge. Dieser fühlte sich offenbar von dem unangemeldeten Besuch gestört, ließ den Werkschutz rufen, um die KollegInnen hinaus zu drängen. Dennoch gelang es ihnen, ihr Anliegen vorzutragen.

Die LeiharbeiterInnen fordern, wie ihre KollegInnen von der Stammbelegschaft ins gesetzliche Kurzarbeiterprogramm aufgenommen oder weiter beschäftigt zu werden.



Fronttransparent der LeiharbeiterInnen, Demonstration 25. März in Hannover

Vom Betriebsrat und ihrer Gewerkschaft, der IG Metall, fühlen sie sich komplett im Stich gelassen. Deshalb drohten sie nicht nur mit ihrem Austritt, sondern organisierten sich kurzerhand selbst.

Die langen Gesichter der IG Metall

Am 25. März zogen über hundert DemonstrantInnen unter den Losungen "Leiharbeit abschaffen!" und "Heute wir, morgen ihr!" sowie Hochrufen auf die internationale Solidarität vom Klagesmarkt durch die Innenstadt, um auf ihre Situation hinzuweisen. Die FAU-Hannover bekundete ihre Solidarität und schloss sich ihnen an. Beim Zwischenstopp vor der IG Metall Verwaltungsstelle hagelte es seitens der DemonstrantInnen harsche Kritik an den FunktionärInnen, die sich vor dem Gebäude postiert hatten. Leiharbeiter warfen ihnen demonstrativ ihre Mitgliedsausweise vor die Füße.

Zwei Tage darauf stehen Betroffene mit Zelten auf dem Parkplatz des VWN vorm Werkstor 3 und treten in den unbefristeten Hungerstreik. Die Entscheidung dazu war auf einer von ihnen selbst organisierten Versammlung am Vortag gefallen. Seitdem harren Leiharbeiter und ihre UnterstützerInnen vor dem Werk aus, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Die Medien geben sich die Klinke in die Hand, der Werkschutz lässt sie nicht mehr aus den Augen; nur IG Metall-Offizielle lassen sich hier nicht blicken. Die FAU-Hannover ist seit dem 29. März täglich mit VertreterInnen vor Ort, nicht zum obligatorischen Handshake vor den Kameras, sondern um mit den KolleInnen zu reden und sie ganz praktisch mit Wasser, Feuerholz u. ä. zu unterstützen.

Nandor Pouget (FAU-Hannover)

Red. Anm.: Nach Fertigstellung dieses Artikels haben die KollegInnen ihren Hungerstreik beendet. Mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktionen hatten sie die Wiedereinstellung von ca. zwei Dritteln der 200 Entlassenen erstritten. Sie selbst haben bisher kein Angebot auf Wiedereinstellung erhalten. Die FAU Hannover berichtete fortlaufend auf ihrer Website über den Arbeitskampf: www.fau.org/hannover

Die Angst verlieren...

Zu den Hintergründen des Hungerstreiks bei VWN Hannover-Stöcken

Das Interview entstand nach Gesprächen mit Leiharbeitern und ihren UnterstützerInnen und wurde den Antworten entsprechend zusammengefasst und sprachlich überarbeitet.

Wie kam es zu der Aktion?

Viele LeiharbeiterInnen wären mit der anstehenden Verlängerung ihres Vertrages in die Stammbelegschaft übernommen worden. Da hat VW die Krise genutzt und die Verträge auslaufen lassen. Damit sie aber in der Öffentlichkeit gut dastehen, haben sie uns für drei Monate in Fortbildungen zusammengefasst – bezahlt vom Arbeitsamt, versteht sich. Dort sind wir zum ersten Mal mit den anderen LeiharbeiterInnen zusammen getroffen. Vorher waren alle vereinzelt in unterschiedlichen Bereichen mit Leuten aus der Stammbelegschaft eingesetzt. Jetzt konnten wir uns zum ersten Mal austauschen. Schnell wurde beschlossen, sich gegen den Rausschmiss zu wehren.

Was sind eure Forderungen?

Viele der LeiharbeiterInnen haben Familie. Sie brauchen Geld und wollen auch dafür arbeiten. Daher ist die erste Forderung die nach Weiterbeschäftigung. Es geht uns aber nicht um Arbeit zu jedem Preis. Das Angebot, in Ingolstadt für 7,36 Euro brutto die Stunde zu arbeiten, haben viele abgelehnt. Nicht nur wegen der Entfernung – auch, weil nicht gesagt werden konnte, wie lange der Vertrag in Ingolstadt gelten würde. Drei Monte, ein Jahr? – keine Auskunft! Es geht aber auch nicht nur um Weiterbeschäftigung. Wir fordern auch die Abschaffung der Leiharbeit überhaupt. Schließlich ist Leiharbeit moderne Sklaverei! Gut ein Drittel weniger verdienen LeiharbeiterInnen gegenüber der Stammbelegschaft für die gleiche Arbeit. Viele LeiharbeiterInnen machen selten krank, denn sie wollen in die Stammbelegschaft übernommen werden.

Viele von euch sind oder waren bei der IG Metall – wie stehen Gewerkschaft und Betriebsrat zu euch?

Zu Beginn gab es keine Unterstützung durch die IG Metall und ihren Betriebsrat. Die wollten nicht mit uns reden und haben den Werkschutz gerufen, als wir uns das Recht genommen hatten, mit ihnen – unseren VertreterInnen – zu sprechen. Die IG Metall hat dann auch erstmal die Lüge der Konzernleitung aufgegriffen, dass wir nicht gesprächsbereit seien. Seitdem aber immer mehr Medien – von der lokalen Presse über das NDR-Fernsehen, das Neue Deutschland, die FR bis hin zu Arte – über unsere Aktion berichteten, hat sich alles verändert. Der Betriebsrat ist gekommen und hat mit uns geredet. Schließlich richtet sich der Streik nicht gegen die IG Metall. Aber wenn die Gewerkschaft und ihr Betriebsrat die Interessen der Lohnabhängigen nicht unterstützen, wird das von uns auch so benannt.

Wie steht die Stammbelegschaft zu eurer Aktion?

Seitens der Stammbelegschaft kommt häufig nur Kopfschütteln. Das Schicksal der LeiharbeiterInnen interessiert die fast gar nicht. Zu uns kommen nur Wenige. Meistens sind das KollegInnen von früher. Seitdem bei Mercedes die ersten Gerüchte die Runde machten, dass auch die Stammbelegschaft abgebaut werden soll, scheinen aber einige nachdenklicher geworden zu sein. „Heute wir – morgen ihr!?" ist ja eine Parole von uns – Jetzt merken die KollegInnen aus der Stammbelegschaft, da könnte vielleicht was dran sein!



IG-Metall-Ausweise zu Füßen der FunktionärInnen

Wie sieht es denn mit der Solidarität allgemein aus, wenn von der Stammbelegschaft wenig kommt?

Neben unseren Familien gibt es einige, die uns unterstützen. Ohne Ibrahim Badan vom unabhängigen Betriebsrat wäre die Aktion mit Sicherheit nicht so schnell zustande gekommen. Auch die ATIF hat uns von Anfang mit Material und Rat und Tat unterstützt. Seit die Medien über die Aktionen berichten, kommen immer mehr Leute vorbei. Es gab sogar Leute, die auf ihrem Weg in den Urlaub von der Aktion im Radio gehört hatten und spontan noch mal vorbeischauten. Die Landtagsfraktion der LINKEN in Niedersachsen hat es sich natürlich auch nicht nehmen lassen, mal medienwirksam vorbei zu kommen. Am Rande hatte deren Fraktionsvorsitzende einige von uns allerdings für ihre deutlichen Worte gegen die IG Metall und ihren Betriebsrat kritisiert. Letztlich freuen wir uns aber über alle, die kommen und ihre Solidarität zeigen.

Wie lange wollt ihr noch weiter machen?

Die Hungerstreikenden sind entschlossen, solange weiter zu machen, bis unsere Forderungen erfüllt werden. Einer der Streikenden ist bereits kollabiert und wurde ins Krankenhaus gebracht. Alle anderen machen weiter. Was haben wir auch noch zu verlieren? Wenig. Aber VW gerät immer mehr unter Druck. Bereits zwei Drittel der entlassenen LeiharbeiterInnen wurde wieder eingestellt und arbeitet jetzt in Wolfsburg natürlich bei einer anderen VW-eigenen LeiharbeiterInnenfirma, zu schlechteren Konditionen und einem Arbeitsweg von anderthalb bis zwei Stunden (für eine Strecke!). Es gäbe natürlich Alternativen: Wenn VW die Arbeit in Stöcken auf 25 Wochenstunden kürzen und einen Teil der Vorstandsgehälter und der Dividende umlegen würde, könnten auch alle Leute in Hannover arbeiten, zu einem korrekten Lohn. Aber das wäre ja fast schon Revolution! Ja, wenn die Leute hier doch nur halb so entschlossen wären wie in Frankreich...

Fortsetzung von Seite 1

rInnen aus Braunschweig und Hannover auf. Diese bundesweit flexible Aufstellung von Arbeitskräften wird durch die firmeneigenen Leiharbeitsunternehmen sowie die Bestimmungen zum Personaleinsatz legitimiert.

Darüber hinaus entlassen die von Produktionsreduzierung betroffenen Linien zunächst die LeiharbeiterInnen, deren Anteil an den Belegschaften in den letzten Jahren massiv angewachsen ist. So war beispielsweise der Großteil der Auszubildenden lediglich in den Leiharbeitsunternehmen von Volkswagen übernommen worden. Stammbelegschaften erlebten dagegen nur vereinzelt Neueinstellungen. Zeitverträge wurden ebenfalls nicht mehr verlängert.

Auf Distanz

In der Stimmung aus Angst und Hilflosigkeit, teilweise auch geprägt von naiver Gelassenheit, wird die Distanzierung von der bisher üblichen Firmenidentifikation immer deutlicher. Das dem offen propagierten Feind Toyota nachempfundene Organisations- und Qualitätssystem „Volkswagen-Weg" wird allenfalls von Führungsnachwuchskräften, KarrieristInnen und bestenfalls der Meisterebene positiv angenommen, die Belegschaft begegnet ihm mit Skepsis. Durch die ständige Kontrolle im Team mit führungstreuen TeamsprecherInnen sowie durch externe Beratungsfirmen, die die Arbeitsabläufe beobachten und Verschwendungen identifizieren sollen, werden die Möglichkeiten der ArbeiterInnen, miteinander zu kommunizieren oder sich sogar zu organisieren, massiv eingeschränkt.

Ausblick

Wie es weiter geht, ist nicht nur bei Volkswagen unklar. Dass die Arbeiterschaft in Deutschland den Entwicklungen nichts entgegenzusetzen hat, ist das Ergebnis des verflochtenen Kuschelkurses mit den Unternehmensleitungen. Dass diese keine Rücksicht auf das Schicksal der ArbeiterInnen nehmen, sollte zumindest im Jahr der Entlassungen in großen Unternehmen 2008 klar geworden sein. Das Beispiel Spanien könnte aufzeigen, wie selbstbewusst eine Belegschaft zusammenhalten kann, wie ArbeiterInnen Unternehmen und Regierung Paroli bieten. Streiks und Demonstrationen gegen die ERE, die Kurzarbeitsmaßnahmen in Spanien, prägen dort das Bild vieler Städte. Vielleicht sollten sich die ArbeiterInnen in Deutschland kritisch fragen, welche Antworten die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften und die ach so arbeitnehmerfreundlichen Unternehmen tatsächlich auf die weiter abwärts stürzende wirtschaftliche Entwicklung haben.

Hagen Weber (FAU Braunschweig)

Von Null auf Hundert

Die Organisierung von Jugendlichen in der und um die FAU



Es war ein wechselhaftes Juli-Ende im Jahr 2007, als das anarchistische Sommercamp auf der Burg Lutter bei Salzgitter stattfand. Vielfalt war geboten, als sich über 100 AnarchistInnen sämtlicher Couleur, von jung bis alt, vom Anarchopunk bis zur Anarchafeministin, für eine Woche zum selbstverwalteten und selbstorganisierten Campen versammelten. Entspannend und vielfältig gestaltete sich das selbstorganisierte Programm an Workshops, Vorträgen, Filmen oder einfach nur klönen mit Bier oder Alkfreiem und veganer VoKü. Auch eine Handvoll junger FAU-Mitglieder sollte zusammenkommen. Zwischen Zelten und Zäunen wurde sich über die jeweilige Lage vor Ort ausgetauscht, über die FAU, die Jugend und den ganz alltäglichen Wahnsinn gesprochen. Hier entstand die Idee, die Vernetzung von Jugendlichen innerhalb der FAU zu verbessern. So wenige Jugendliche konnten es doch nun wirklich nicht sein, wo wir uns doch so „zahlreich" direkt über den Weg gelaufen sind.

Erste Schritte

Kurz nach dem A-Camp in Lutter wurde ein FAU-interner Verteiler eingerichtet. Ziel: Erst einmal versuchen, alle Jugendlichen in der FAU zu suchen und zu vernetzen. Zu diesem Zeitpunkt fehlte jegliche Ausrichtung, doch es mangelte nicht an Ideen. Ständig kam von hier mal ein Beitrag, von dort mal eine Antwort, und auch die Beschwerde, dass irgendwie nicht so richtig was läuft. Böse Zungen könnten meinen, es trug sich zu wie bei den „Anarchos". Langsam meldeten sich nach internen Aufrufen ein paar vereinzelte Jugendliche aus örtlichen FAU-Gruppen. Durch das Kennenlernen auf verschiedenen Ereignissen konnten immer wieder einzelne Kontakte geknüpft werden. So langsam mussten wir uns auf die Suche machen, dem Projekt eine Richtung zu geben.

Die AG

Mit Blick auf den FAU-Kongress 2008 entstand die Idee, aus der bisher sehr allgemeinen Organisierung eine Arbeitsgruppe entstehen zu lassen. Ziel war nun nicht mehr bloß die lose Vernetzung und der Erfahrungsaustausch sondern auch die gemeinsame Diskussion – über Themen wie: Warum sind wir als Jugendliche in der FAU? Wie können wir jungen Menschen die Ideen des Anarcho-Syndikalismus näher bringen? Wie diese Organisieren? Auf dem Kongress bildete sich die AG Jugend, die auf kleinen Treffen versuchte, ein wenig Struktur und Inhalt in den Prozess zu bringen. Kleine „Mandate" wurden verteilt, beispielsweise zur Vernetzung mit der jungen FAU Bern – deren junge Delegierte auch an den Treffen teilnahmen – oder der SUF in Schweden – der zur Zeit wohl aktivsten anarcho-syndikalistischen Jungendföderation in Europa. Des Weiteren wurde beschlossen, eine Art interne „Debatte" alle drei Monate als Diskussionsauffrischung auszuliefern und in der Zeit vor dem nächsten Kongress noch ein weiteres Treffen durchzuführen.

Konkretisierung

Zwischen dem ersten und dem zweiten Treffen verging mehr als ein halbes Jahr. In dieser Zeit bestanden bundesweit Kontakte in über zehn Städten. Vereinzelt beteiligten sich junge AktivistInnen an lokalen Aktionen zur Bildungspolitik, z.B. in München, wo das Bildungssyndikat München seit langem Mitglied der AG Jugend ist. Auch unterstützte die „AG Jugend in der FAU" als erste öffentliche Handlung offiziell den bundesweiten Schulstreik und dessen Forderungen (siehe DA #191).

Gegen Ende des Jahres 2008 gab es im Ruhrgebiet bereits erste Initiativen für eine Organisierung von Jugendlichen, die den Ideen des Anarchismus und Syndikalismus nahe stehen.

Die nächste Etappe

In diesen Zeitraum fiel das zweite Treffen der AG Jugend. Vom 17.-18. Januar 2009 trafen sich ein gutes Dutzend AktivistInnen aus vielen Städten des Bundesgebietes in Hannover zur gemeinsamen AG-Tagung. Klassisch verbrachten die jungen AktivistInnen im Schlafsack und bei veganem Chili den Tag, um die bisherigen Entwicklungen zu reflektieren und sich selber nun den Grundstein für eine eigene Organisierung über die alte Vernetzung hinaus zu legen. Während nachts von Einigen, getreu dem Motto, wenn wir nicht tanzen können, ist es auch nicht unsere Revolution, noch Hannovers Szenelokalitäten einer näheren Partyinspektion unterzogen wurden, ging es auch schon bald weiter. Es wurde über das Selbstverständnis diskutiert, und über die Lage und die Potentiale vor Ort, das Verhältnis zur FAU, Kampagnen und Strategien. Die Chancen im Bildungsbereich, so wurde diskutiert, werden eine starke Komponente sein, gerade da dort zur Zeit eine Kampagne für einen einwöchigen Bildungsstreik auf bundesweiter Ebene läuft, die von vielen Schülerinitiativen getragen wird, sowie libertäre, jugendtypische Arbeits- und Politisierungsfelder wie z.B. Antifaschismus. Nicht zu kurz kommen sollten ebenso Rechtshilfetipps für PraktikantInnen und für Studijobs, orientiert an der Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn".

Diese Diskussionen ergaben noch keine klare Lösungen auf alle Fragen, aber sie stellten erstmals einen fassbaren Grundsatz für das Jugendprojekt. So lässt sich auch innerhalb der „noch-AG" ein „Vorantrieb" spüren.

Im März fand in Düsseldorf die erste offizielle und offene Gründung der „Anarchistisch-Syndikalistischen Jugend Düsseldorf" (ASJ-D) statt, die gut angenommen wurde. Darüber hinaus gibt es im Ruhrgebiet weitere Gruppen und Intiativen unter anderem in Duisburg und in Recklinghausen. Im April hielt die ASJ Berlin ihre offizielle Gründungsveranstaltung im FAU-Lokal ab.

Wir dürfen also gespannt sein, wie es weitergeht.



Gewerkschaft GNBZ nicht tariffähig

Die Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste (GNBZ) wurde durch einen Protestzug gegen den mittlerweile juristisch gekippten Mindestlohn für BriefzustellerInnen medial auffällig – ganz offensichtlich stand sie hier in Diensten des Zustelldienstes PIN, dessen MitarbeiterInnen zur Demo abkommandiert wurden. Später wurden Zahlungen des Konzerns an seine Gewerkschaft öffentlich. Im Dezember 2007 schloss sie schließlich Tarifverträge ab, die den per Gesetz vorgesehenen Mindestlohn in der Branche unterboten. Dass das Arbeitsgericht Köln nun beschloss, dass sie mangels Gegnerunabhängigkeit nicht tariffähig ist, verwundert daher nicht. Doch auch mangelnde soziale Mächtigkeit und organisatorische Leistungsfähigkeit wurden vom Gericht zur Bewertung herangezogen (Az: 14 BV 324/08). Das umstrittene Bewertungskriterium der sozialen Mächtigkeit entstammt keinem Gesetz, kommt aber in der Rechtsprechung seit Jahrzehnten zur Anwendung, wodurch nicht nur offensichtlich arbeitgeberabhängige, sondern praktisch alle kleineren Gewerkschaften von der Aberkennung der Tariffähigkeit bedroht sind und die Vormachtstellung des DGB zementiert wird.

Warum in die Ferne schweifen?

Ansätze einer gewerkschaftlichen Strategie gegen Praktikumsausbeutung

Alle im Land wissen es: Hunderttausende PraktikantInnen werden systematisch als billiger Ersatz für reguläre Arbeitskräfte missbraucht. Selbst Bundesarbeitsminister Scholz erkannte zuletzt die Schwere dieses Dilemmas an. Und dennoch geschieht nichts, was daran etwas ändern würde – weder seitens der Politik, noch seitens der DGB-Gewerkschaften. Im Gegenteil, die Versuche der letzteren erweisen sich sogar zunehmend als hilflos, abhängig vom Wohlwollen der Politik. So ambitioniert die Verlautbarungen der Akteure auf diesem Feld, insbesondere der DGB-Jugend und des ihr nahe stehenden Fairwork-Vereins klingen, einen druckvollen Hebel hatten sie noch nie in der Hand; stattdessen setzen sie allein auf gesetzliche Neuregelungen.

Symptomatisch für diese Ausrichtung ist eine zum Thema veranstaltete Podiumsdiskussion, die Ende März in Berlin stattfand. Die Initiatoren stellen dort die Frage, ob gesetzliche Neuregelungen einen „Fluch oder Segen" darstellen würden. Wer glaubt, diese Frage zielte darauf ab, die eigene gesetzesfixierte Strategie kritisch zu reflektieren, weit gefehlt. Denn gemeint war vielmehr, ob eine bessere Gesetzesregelung von Praktika nicht den Ausbildungsstandort Deutschland in Gefahr bringen würde. Eben dies ist nämlich das zentrale Argument der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), die scheinheilig behauptet, Unternehmer würden von den Praktika nicht profitieren. Mit strengeren Praktikumsgesetzen würde die Zukunft Deutschlands verspielt werden, in die man so selbstlos investiere. Vor allem in Unions-Kreisen folgt man dieser Argumentation, was im letzten Dezember dazu führte, dass eine wesentlich vom DGB angeregte Gesetzesinitiative scheiterte (siehe DA Nr. 187 & 191).

Nur ein verlängerter Arm der Politik

Vertreter der DGB-Jugend waren sich tatsächlich nicht zu schade, um ernsthaft u.a. mit BDA-Fachpapst Roland Wolf über diese Frage zu diskutieren. Als ob es nur ein paar guter Argumente bedürfe, um die Profiteure des Praktikumsunwesens zur Vernunft zu bringen. Nicht nur unterschätzt man damit die handfesten materiellen Interessen, die hinter dem derzeitigen Missstand stehen. Allein sich auf solch eine Ebene des Diskurses einzulassen, zeugt nicht gerade von gewerkschaftlichem Selbstbewusstsein. Festgestellt werden muss diesbezüglich nämlich zweierlei:

Zum einen machen die wirtschaftliche Interessenlage und die bestehende Machtkonstellation gesetzliche Neuregelung für geraume Zeit zu einem aussichtslosen Unterfangen. Da helfen auch keine guten Argumente oder moralischen Appelle gegenüber der Politik. Zum anderen zeigt sich hierin eine gewisse Hilflosigkeit und zunehmende Schwäche. Vor Jahren noch undenkbar, Probleme zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Seite nicht autonom zu regeln, setzt der DGB immer öfters auf eine politisch-gesetzliche Protektion (wie z.B. auch in der Mindestlohn-Debatte zu sehen). Mit dem eigentlichen Projekt einer Gewerkschaft hat das nicht mehr viel zu tun. So reduziert man sich immer mehr auf einen verlängerten Arm der Politik.

Aus eigener Kraft

Es macht momentan noch nicht mal den Anschein, als ob die DGB-AktivistInnen an der Praktikumsfront in Erwägung ziehen würden, der Praktikumsausbeutung mit gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten – was für eine Gewerkschaft eigentlich das nahe liegendste sein sollte. Das allein zeigt schon, dass das A und O der Gewerkschaftsarbeit verlernt wurde: das Verständnis für die möglichen Kampfmethoden zur Durchsetzung eigener Interessen. Die FAU-Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn!" hat dagegen schon mehrfach betont, dass dem Problem nur mit eigener Durchsetzungskraft begegnet werden kann. Das Standbein einer Offensive gegen Praktikumsausbeutung darf keine Petitions- und Lobbyarbeit, sondern muss das Vorgehen in den Betrieben selbst sein.

Sicherlich besteht das Problem, dass die strukturelle Macht von PraktikantInnen, die nur temporär eingesetzt werden und extrem austauschbar sind, äußerst begrenzt ist. Daraus dürfen aber keine falschen Schlüsse gezogen werden. Wesentlich für eine Praktika-Offensive muss die Erkenntnis sein, dass es nicht nur um die Betroffenheit der PraktikantInnen selbst geht. Die Praktikumsverhältnisse sind ein Prekarisierungsfaktor, der alle Lohnabhängigen betrifft. Eine Strategie muss deshalb von vorneherein auf den Einbezug der Stammbelegschaften abzielen. Dadurch entsteht die organisatorische Macht, dem Praktikumsspuk in den Betrieben direkt ein Ende zu bereiten.

Auch die Ausweitung der Kampfzone muss in Betracht gezogen werden. In Branchen, in denen der Praktikumsmissbrauch besonders hoch ist (z.B. im Kita-Bereich), könnte das Thema zum Gegenstand von Tarifauseinandersetzungen gemacht und so klare Vereinbarungen und Kontrollen erkämpft werden. So würden Exempel statuiert werden, die Ausstrahlung auch auf andere Branchen gewinnen. Und auch der Druck auf die Gesetzgeber würde dadurch – im Gegensatz zum Abfassen von fruchtlosen Petitionen – real werden, wenn nicht sogar gänzlich überflüssig werden.

Wie solch eine Strategie konkret taktisch umgesetzt und durch welche öffentlichen Maßnahmen dies flankiert werden könnte, ist zu diskutieren. Die Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn!" kündigt jetzt schon mal an, in der nächsten Zeit ein umfassendes Strategiepapier zu veröffentlichen, das mit Vorschlägen nicht geizen wird.

Holger Marcks

Weiteres siehe auf:
www.keine-arbeit-ohne-lohn.de

Alternativen machen Schule

Eine Erwiderung auf „Bildung ein Menschenrecht? Freie Bildung ein Verbrechen?" (DA 192)



Nach dem Urteil von Bremen, bei dem die Klage eines Elternpaares gegen die Schulpflicht ihrer beiden Kinder abgewiesen wurde, ist die Debatte über „Homeschooling" neu entbrannt. David trat gegen Goliath an und hat verloren, Solidarität mit den Betroffenen ist eine verbreitete Reaktion. Doch die zentrale Frage, ob Home- oder auch „Unschooling" libertäre Konzepte sind, wird oft zu wenig diskutiert.

Auf den ersten Blick mögen diese Konzepte verführerisch erscheinen: selbstbestimmtes Lernen in einer druckfreien Atmosphäre, frei von Lehrer-Schüler-Hierarchien und ein Lernen, ausgerichtet an den eigenen Interessen. Für viele, gerade diejenigen, die in irgendeiner Form studiert haben, hört sich das attraktiv an. Doch sind die Kehrseiten nicht von der Hand zu weisen.

Ein Schritt vor – zwei zurück?

Die Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht wird in erster Linie denen Tür und Tor zu Bildung öffnen, die sich das materiell leisten können. Wohlhabende Eltern könnten mit Leichtigkeit teure Privatlehrer engagieren oder sich in eigenen Netzwerken zusammen schließen und elitäre, private Bildungseinrichtungen gründen. Ebenfalls profitieren würden die so genannten bildungsnahen Elternhäuser, die vertraut sind mit bürgerlichen Bildungsstandards und diese vermitteln können. Im Umkehrschluss blieben all jene auf der Strecke, die nicht über die materiellen oder ideellen Ressourcen verfügten. Und auch allein Erziehende verfügen im Schnitt über weniger zusätzliche Zeit, um den Bildungsprozess ihrer Kinder zu fördern, als „traditionelle" Familien.

So betrachtet entpuppen sich Home- und Unschooling als gesellschaftlich ebenso elitäre wie konservative Bildungsansätze. Die gern zitierte „Chancengleichheit" würde hier noch weniger als im staatlichen Schulsystem verwirklicht. Darüber hinaus liegt beiden Konzepten kein Ansatz gemeinschaftlichen Handelns zu Grunde. Im Gegenteil: Lernprozesse finden nach diesen Modellen vor allem isoliert in den Familien statt. Die Möglichkeiten, in einer großen Gruppe unterschiedlicher Menschen Konflikte zu bearbeiten und Lösungsstrategien zu entwickeln, solidarisch zu handeln oder gemeinsam Regeln des Miteinanders zu entwickeln, werden verspielt. Ganz abgesehen davon, dass es fragwürdig ist, Kinder nationalistisch oder religiös geprägter Familien in diesem Maße dem Einflussbereich ihrer Eltern auszuliefern, mit wenig Chancen, andere Standpunkte zu erfahren und sich kritisch darüber auseinander zu setzen. Es ist unstrittig, dass staatliche Repressionen und Zwangsmaßnahmen keine adäquaten Mittel sind, auf alternative Bildungswünsche von Eltern zu reagieren. Doch die Abschaffung der Schulpflicht ist es auch nicht. Vielmehr sollte das Augenmerk auf die Alternativen gelegt werden.

Alternativen statt Verweigerung

Eine Möglichkeit für das hier und jetzt: Die Schulpflicht wird beibehalten, doch das Bildungsmonopol entfällt. Alle Schulen, egal welchen Typs, werden nach gleichen Maßstäben finanziert, beispielsweise gemessen an der Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die eine Schule besuchen. Zugelassen werden nur Schulen, die sich libertären Grundsätzen verpflichten. Kinder, Jugendliche und deren Erziehungsberechtigte wählen die Schule, die ihren Vorstellungen am ehesten entspricht. Ein Wechsel ist jederzeit möglich. Schulgeld wird in keinem Fall erhoben. In diesem Szenario spielen die Alternativen zu staatlichen Schulformen die zentrale Rolle. So ergibt sich die grundlegende Frage, was Alternativschulen in einem libertären Diskurs sein könnten. Eine gute Orientierung bieten immer noch die 8 Thesen des Bundes der freien Alternativschulen (BfAS). Nach diesen ist die wichtigste Dimension von Schule das Erlernen demokratischen Handelns. Kindern und Jugendlichen soll ein Lernraum zur Verfügung gestellt werden, den sie gemeinsam mit den Erwachsenen strukturieren. Dies betrifft die Inhalte dessen und die Formen, in denen gelernt wird, wie auch die Regeln des Umgangs miteinander. Allen Mitgliedern einer Schule soll die Möglichkeit gegeben werden, die eigenen Interessen und Bedürfnisse zu entdecken, zu formulieren und diesen auf verschiedensten Wegen nachzugehen. Kindheit und Jugend werden verstanden als eigenständige Lebensphase mit Recht auf Selbstbestimmung, Glück und Zufriedenheit. Verzichtet wird auf Zwangsmittel zur Disziplinierung, wie die Notengebung. Stattdessen wird auf Aushandlungsprozesse bei Konflikten und eine gute Beziehungsarbeit gesetzt.

Und die Lehrenden?

In der Praxis steht und fällt das Modell Alternativschule mit den LehrerInnen, die in ihr arbeiten. Vieles hängt von der Haltung ab, mit der auf Menschen, Kinder und Jugendliche insbesondere, zugegangen wird. Wer nicht vertraut und Schüler in jedem Schritt, den sie tun, nur dokumentieren und kontrollieren will, wird Alternativen nicht umsetzen, nicht leben können. Eine Schulreform wird demnach nicht ohne eine Reform der Lehrerausbildung und der darin tradierten Lehrerrolle auskommen. Einen ersten Beitrag liefert die Fortbildungsreihe des BfAS „Keine Beziehung ohne Lernen. Kein Lernen ohne Beziehung", das kleine Referendariat der Alternativschulen. Die ca. 100 Alternativschulen führen bisher ein Nischendasein. Sie werden in kleiner Zahl geduldet und fungieren als Ideenschmieden. Doch warum sollte das nicht anders sein? Es ist an der Zeit, wieder mehr zu fordern. Lasst uns die Alternativen zum Leben erwecken und neue Schulen in großer Zahl gründen. Der Rückzug ins Private ist bildungspolitisch nicht von Nutzen.

Oliver Horn



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

BRD: Airbus glich Kontendaten der Belegschaft ab

Airbus hat zwischen 2005 und 2007 die Kontonummern aller rund 22.000 Beschäftigten in den deutschen Werken und Niederlassungen heimlich mit denen von Zulieferern verglichen. Obwohl laut einer Betriebsvereinbarung von 1997 der Betriebsrat über einen solchen Abgleich nicht nur hätte informiert werden müssen, sondern diesem auch explizit hätte zustimmen müssen, wurde das Gremium von der Maßnahme nicht vorab in Kenntnis gesetzt. Die Aktion, die wieder einmal mit der „Korruptionsbekämpfung" legitimiert wurde, obwohl kein konkreter Verdacht bestand, kam erst an das Licht, als eine neue Geschäftsführung im Herbst 2008 den Betriebsrat über die zwischenzeitlich eingestellte Maßnahme informierte.

EU macht Weg zur KFZ-Überwachung frei

Wie die britische Tageszeitung «Guardian» Ende März berichtete, plant die EU-Kommission den Einsatz sogenannter Tracking-Boxen für Neufahrzeuge. Die Box soll alle 500 Millisekunden Auskunft über Geschwindigkeit, Ort und Richtung geben. Der Aufenthaltsort soll damit bis auf einen Meter genau bestimmbar sein. Als Baustein zur Schaffung der technischen Voraussetzungen wurden bereits notwendige Bandbreiten im Bereich 5.9 Gigahertz reserviert. Eine Verpflichtung für solch eine Überwachungs-Box ist zunächst noch nicht geplant. Der Leiter des «Cooperative Vehicle-Infrastructure Systems» (CVIS), Paul Kompfner, ließ «Guardian» jedoch keinen Zweifel daran, dass an einen künftigen verpflichtenden Einsatz gedacht sei und dass man diesen, nach Ausschaltung von Datenschutzbedenken, gerne bis 2013 realisieren würde.

UK: Schwarze Listen für ArbeiterInnen

Über 40 namhafte britische Firmen werden laut «Guardian» beschuldigt, persönliche Daten über potenzielle Angestellte und BewerberInnen gekauft zu haben, um sich umfassender über diese zu informieren. Dabei sind insbesondere Details über gewerkschaftliche Aktivitäten der BewerberInnen und deren Verhalten bei bisherigen Jobs interessant. Um diese illegalen Praktiken ist offensichtlich bereits ein regelrechter Markt der „schwarzen Listen" entsanden. Britischen Behörden ermitteln derzeit gegen einen Privatdetektiv, der eine Datenbank mit Informationen über ArbeiterInnen erstellt hat und damit schwunghaften Handel betreibt. Unter anderem enthielten die Datenbanken Kommentare wie „organisierte Streiks", „faul und streitlustig", „Mitglied der kommunistischen Partei", „absolutes No-Go", „nicht anfassen", Ob die beteiligten Firmen und die Detektei sich vor Gericht verantworten müssen, ist derzeit noch unklar.

BRD: Deutsche Bahn filtert Gewerkschafts-E-Mail aus

Wie erst kürzlich bekannt wurde, hat die Deutsche Bahn nicht nur jahrelang gezielt Daten ihrer Beschätigten durchforstet. Sie hat im Zusammenhang mit dem Streik der Gewerkschaft GDL im Jahr 2008 auch E-Mails der Gewerkschaft ausgefiltert und gelöscht. Im Zusammenhang mit dem gewerkschaftlichen Nutzungsrecht von E-Mail-Kommunikation im Betrieb gibt es übrigens ein interessantes aktuelles Grundsatzurteil des Bundesarbeitgerichtes (BAG) vom 20. Januar 2009 (Az.: 1 AZR 515/08). Eine Firma wollte einer Gewerkschaft gerichtlich untersagen lassen, die E-Mail-Accounts von rund 3.000 Beschäftigten anzuschreiben. Das BAG hat das Betätigungsrecht der Gewerkschaften im Betrieb nach Art. 9 GG jetzt jedoch höher angesiedelt, als die Einwände des Managements. Auch Streikinformationen sind somit zulässige Inhalte, die nicht gestoppt werden dürfen.

Finnland: Nokia erpresst Beschäftigten-Bespitzelung

Mit großer Mehrheit verabschiedete das finnische Parlament im März eine Änderung des Datenschutzgesetzes, die in Finnland nur als «Lex Nokia» bezeichnet wird. Dieses Gesetz erlaubt es Firmen, den gesamten Datenverkehr ihrer Beschäftigten zu überwachen. Sie dürfen die Verbindungsdaten für E-Mail, Webseitenaufrufe und für andere Protokolle speichern und auswerten. «Lex Nokia» wird dieses Gesetz genannt, weil der mit Abstand größte finnische Konzern eine solche Regelung als Mittel gegen Wirtschaftspionage immer wieder gefordert haben soll. Die Zeitung «Helsingin Sanomat» wurde sogar mit der Aussage zitiert, Nokia habe im Vorfeld „sehr heftigen Druck" auf das Parlament ausgeübt und die Botschaft sei sehr klar gewesen – wenn das Gesetz nicht durchgehe, werde Nokia Finnland verlassen. Der Konzern dementierte den Zeitungsbericht.

Bespitzelt Honeywell weltweit 130.000 Beschäftigte?

Der (Rüstungs-)Konzern Honeywell soll seine weltweit rund 130.000 Mitarbeiter mit Hilfe der Analysesoftware EnCase Computer Forensics von Guidance Software überwacht haben. Einen entsprechenden Hinweis gab Anfang des Jahres eine externer EDV-Dienstleister, dem die Software aufgefallen war. Mit EnCase können Abbilder der Festplatte, des Arbeitsspeichers und aller sonstigen Datenträger auf andere Computer kopiert werden. Die Software macht außerdem gelöschte Dateien wieder sichtbar und ist in der Lage, einige Verschlüsselungsverfahren zu knakken und Passwörter auszulesen. Honeywell erklärte zu den Vorwürfen, man wolle lediglich die Sicherheit der Informationen und die Mitarbeiter vor angeblichen „Bedrohungen aus dem Netz" schützen. Die Spionagesoftware soll auf sämtlichen Bürorechnern der Honeywell International Inc installiert sein. Betroffen davon sind davon auch rund 6.000 Beschäftigte in Deutschland. Hierzulande sei das Programm nach Angaben von Honeywell jedoch noch nicht aktiviert worden. Ob es tatsächlich zu einer angekündigten gewerkschaftlichen Klage gegen die Installation der Schnüffelsoftware vor dem Offenbacher Arbeitsgericht gekommen ist, konnten wir bis Redaktionsschluss nicht feststellen.

Der Lohn der klaren Linie

Ein Bericht von der Krisendemo am 28. März in Frankfurt

Bilder und Berichte von dem FAU-Fahnenmeer und den vielen TeilnehmerInnen der Demonstration vom 28. März erschienen in zahlreichen Medien. Das ist immerhin ein Achtungserfolg, auch wenn in den kapitalismusfreundlichen Organen von *taz* bis *heute* allenfalls sozialdemokratische Positionen im Stil von attac und „Die Linke" zitiert wurden. Der „schwarze Block", wie sie uns nannten, wurde nur im Zusammenhang mit Rangeleien und Eierwürfen auf Lafontaine erwähnt und ihm ansonsten wie üblich Inhaltsleere unterstellt.

Eierköpfe gegen Inhalte

Witzig ist dabei, dass auf vielen Bildern vom Römerberg in Frankfurt FAU-Fahnen dominierten und eine der häufigsten Fragen war: „Was ist die FAU und was will sie?" – Fragen, die wir mit massenhaft mitgebrachtem Infomaterial beantworteten.

Unsere Inhalte waren durch Presseerklärungen hinreichend bekannt, aber das gängige Klischee der Inhaltslosigkeit des „schwarzen Blocks" zu bedienen, ist für die JournalistInnen weniger riskant, als unbequeme Wahrheiten auch nur als Zitat zu veröffentlichen.

Zu diesen Inhalten gehört auch, dass wir den Kapitalismus nicht bändigen, verbessern oder mit Augenmaß unter Kontrolle bringen wollen, sondern dass wir ihn für unmenschlich und unreformierbar halten. Zur Abschaffung gibt es keine Alternative.

Diese klare Linie hatte zwei wichtige Auswirkungen für die Demo. Zum einen ermöglichte sie ein Bündnis mit anderen Gruppen, die das auch so sehen. Diese Kooperation funktionierte vorzüglich und stimmt optimistisch für weitere Veranstaltungen.

Zum anderen führte sie dazu, dass auch die autoritärkommunistischen Teile der Demo einige ihrer windelweichen Formulierungen verschärfen mussten aus Furcht, dass sich noch mehr Gruppen aus ihrem Bündnis verabschieden würden. Es war amüsant, wie sich deren Forderungen im Laufe der Vorbereitung radikalisierten, bis dann auf einmal auch die braven Wir-müssen-die-Institutionen-unterwandern-Kader etwas verschämt nach der sozialen Revolution verlangten.

Ein achtbarer Schritt, aber solange sie mit einer Linkspartei schmusen, die entgegen aller guten Ratschläge darauf beharrt, Oskar Lafontaine (der für „Auffanglager in Nordafrika", „Folter ist ok" und „Fremdarbeiter bedrohen Deutschland" steht) auf der Rednerbühne sprechen zu lassen, können wir deren Appell zur sozialen Revolution nicht wirklich ernst nehmen.

Weiter so!

Festzuhalten bleibt, dass sich die klare Linie auszahlt. Wir müssen uns nicht verstecken

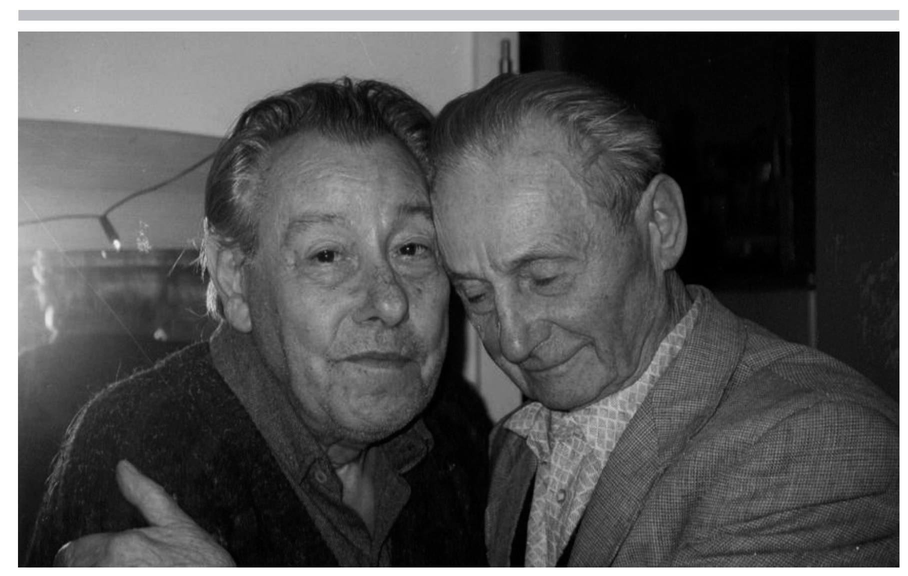


oder unsere Forderungen abmildern und verklausulieren. Unsere Ziele sind attraktiv und stoßen auf immer breiteres Verständnis. Wenn wir die Chance nutzen und in den nächsten Wochen und Monaten weiterhin starke Präsenz zeigen, werden wir auch für bürgerliche RedakteurInnen zu einem Thema, dem sie nicht mehr ausweichen können. Hoffentlich gelingt es uns dann, zumindest unsere Leitideen halbwegs unverfälscht in eine breite Öffentlichkeit zu tragen.

Martin Hauptmann, FAU Rhein/Main

Mit 15 ein Kämpfer gegen Franco

Der Autor, Anarchist und Biograph der Spanischen Revolution Abel Paz (Diego Camacho) ist am 13. April in Barcelona gestorben



Abel Paz (1921 - 2009) & Heinrich Friedetzky (1910 - 1998) in Köln 1994 (S.W.)

Ich soll einen Nachruf schreiben und bin doch müde. Was ich nicht in den letzten Tagen 260 Mal an verschiedene Zeitungen schickte – und nur sehr wenige haben sich dafür interessiert, dass in Barcelona ein alter Anarchist gestorben ist. Ein paar Zeilen hier und da. Was soll ich schreiben, was die DA-Leserschaft nicht schon weiß. Ich möchte keinen Personenkult betreiben, denn ich weiß, dass Abel dies abgelehnt hätte. Lieber möchte ich erwähnen, warum mich der Tod von Abel so betroffen macht.

Ein paar Fakten vorneweg. Geboren wurde Abel 1921 in Almería. 1934 trat er der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT bei und arbeitete als Lehrling in einer Textilfabrik. Als er 15 war, begann der Spanische Bürgerkrieg. Abel erlebte den Sommer der Anarchie sowie den Bürgerkrieg auf Seiten der CNT und FAI. Er kämpfte gegen das Franco-Regime und für die soziale Revolution. Nach dem Sieg der Faschisten flüchtete er 1939 vor den Truppen General Francos nach Frankreich. Dort wurde er mit anderen antifaschistischen KämpferInnen in verschiedenen Konzentrationslagern interniert. Nach dem Einmarsch der Nazis in Frankreich kehrte Abel 1942 nach Spanien zurück, um dort im Untergrund gegen das Franco-Regime zu kämpfen. Im Dezember 1942 wurde er verhaftet und bis 1953 inhaftiert. Nach seiner Gefängnishaft emigrierte Abel erneut nach Frankreich und arbeitete dort bis 1977 in einer Druckerei. Seine Gefängnishaft hatte ihn nicht gebrochen, sondern – wie er es selbst einmal formulierte – geistig gefestigt. Für ihn war das Gefängnis, trotz der Lebensgefahr und der unmenschlichen Haftbedingungen, eine Schule der Revolution.



Abel Paz in Jugendjahren

Im Exil mischte er sich aktiv in die politischen Diskussionen ein, er engagierte sich in der Exil-CNT, beteiligte sich am Pariser Mai 1968 und wurde im Laufe der Zeit einer der wichtigsten Biographen der spanischen Revolution. Sein wichtigstes Werk ist unangefochten das Standardwerk „Durruti – Leben und Tode des spanischen Anarchisten“. Zehn Jahre hat Abel an diesem Buch geschrieben, bevor er um dann von Hans Magnus Enzensberger für dessen Buch „Der kurze Sommer der Anarchie“ bestohlen zu werden. Abel stellte Enzensberger sein Material zur Verfügung, aber mit der Bitte, es nicht zu verwenden. Doch Enzensberger tat dies und verhinderte so fast die Herausgabe des Durruti-Bands. Ich bin sicher, wenn Enzensberger einmal unter die Erde muss, wird jede Zeitung einen Nachruf bringen und diese Geschichte verschweigen. Ende der 80er Jahre begann er mit der Niederschrift seiner eigenen Biographie, die am Ende vier Bände lang werden sollte. Und weil sich kein spanischer Verlag für die Bände interessierte, verlegte Abel die Bände mit Hilfe der spanischen CNT selbst.

Ich möchte hier jedoch einmal kurz über den Abel sprechen, den ich kennen gelernt habe und dessen dankbare/undankbare Aufgabe es geworden ist, Verleger seiner vierbändigen Biographie zu werden. Hier möchte ich nicht von Neid oder den Besserwissern berichten, von den Problemen mit Übersetzungen und den Kampf um Rechtschreibung. Die deutsche Ausgabe kam zustande, weil viele FAU-Mitglieder, Freunde von Abel und Anarchisten zusammengearbeitet haben. Gerade der erste Band, „Feigenkakteen & Skorpione“, war für Abel der wichtigste. Viele wussten das und viele engagierten sich dafür. Das war die praktische Solidarität und ein Miteinander, wie es sich Abel für eine bessere Zukunft gewünscht hat.

Wenn man meine Tochter fragt, wer Abel war, dann wird sie wahrscheinlich immer noch sagen, der alte Mann, der in unserem Bett lag und immer „rumgepupst“ hat. Meine Lebensgefährtin würde sagen, der Mann, der zu jeder Gelegenheit sein Taschentuch rausholte, reinspuckte und im ganzen Haus seine Zigarettenasche verteilte. Als Abel das letzte Mal bei uns war, war er schon ein gebrechlicher Mann, dem unser Essen nicht schmeckte und der uns viel zusätzliche Arbeit kostete. Aber wir erinnern uns auch an seine geistige Lebhaftigkeit und sein großes Interesse an unserer Arbeit. An seine Begeisterung für die Anarchie.

Abel Paz ist nur ein Pseudonym. Der tatsächliche Name von Abel Paz ist Diego Camacho. Kain erschlug Abel und zerstörte damit den Frieden (paz). Wer Abel kannte, der weiß, was für ihn eine libertäre Gesellschaftsordnung bedeutete – paz (Frieden). Kain ist für Abel Paz der Staat, die Parteien, die Religion – kurz, die Autorität, die mordet.

Viele kenne Abel Paz über seine Schriften oder Veranstaltungen. Einige mochten seine ruppige Art nicht. Er erregte oft Anstoß – er provozierte gerne und er stieß manchmal diejenigen weg, die sich für „die besseren Menschen“ hielten. Aber eine Teilnahme an einer Demonstration gegen den Krieg, den Rassismus oder gegen die Globalisierung macht noch keine Revolution. Um mit Abel Paz zu sprechen: „Die Revolution ist eine Sache, die wir jeden Tag und zu jeder Zeit leben müssen.“ (Dazu zwei Zigaretten.) Und eine Sache, die wir jetzt endlich brauchen. Ich wäre gern zur Beerdigung gefahren, doch mein Lohnjob ließ es nicht zu, dass ich ihm die letzte Ehre erweisen konnte. Das ist die Welt, in der wir leben, und das ist die Welt, die wir überwinden wollen. Abel hat sein ganzes Leben dafür gekämpft. Es liegt an uns, den Kampf für die soziale Revolution weiterzuführen. Gestorben ist nur der Körper von Abel.

Andreas (FAU Lich & Verlag Edition AV)

Lohnwucher bei KiK

In Hamm hat das Landesarbeitsgericht einen Stundenlohn von 5,20 Euro beim Textildiscounter KiK als sittenwidrigen Lohnwucher eingestuft. Bei einem Monatslohn von 620 Euro läge ein auffälliges Missverhältnis zwischen Bezahlung und Arbeitsleistung vor. Würden die Klägerinnen tarifgemäß als Verkäuferinnen bezahlt, hätten sie (brutto) mehr als das Dreifache verdient. Selbst den Lohn für Packerinnen unterschreitet der KiK-Lohn um 60%. Hiermit hat der Textildiscounter sich strafbar gemacht (Az: 6 Sa 1284/08 und 1372/08). Meistens – aber nicht immer – gehen Gerichte davon aus, dass ein Lohn, der um 1/3 unter dem ortsüblichen Vergleichslohn bzw. dem Tariflohn für gleiche Tätigkeit liegt, Lohnwucher ist. Doch nicht jeder Niedrigstlohn ist zugleich Wucher – wenn es Tariflöhne von 5 Euro und weniger gibt, können in diesen Branchen auch Löhne von 3,50 Euro straffrei bezahlt werden.

§§§-Dschungel

Streikrecht für Unorganisierte

Vielerorts herrscht große Verunsicherung darüber, welche Rechte die Kolleginnen und Kollegen während eines Arbeitskampfes wahrnehmen können, die sich nicht organisiert bzw. keiner etablierten Gewerkschaft angeschlossen haben. Oftmals vermitteln uns gerade Gewerkschaftsoffizielle, aber auch Vorgesetzte, den Eindruck, dass uns grundlegende Rechte als ArbeitnehmerIn erst dann zustehen, wenn wir Mitglied einer Gewerkschaft sind. Dem ist nicht so!

Wer kann streiken?

Das Streikrecht wird in Deutschland aus Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes hergeleitet. Alle ArbeitnehmerInnen haben das Recht, sich an einem Streik zu beteiligen - auch Auszubildende und PraktikantInnen, wenn es um ihre tariflichen Beschäftigungsbedingungen geht. Dabei ist es völlig egal, ob sie Mitglied der zum Streik aufrufenden Gewerkschaft sind oder nicht!

Ist Streikbrecherarbeit zulässig?

Wird vom Arbeitgeber angeordnet, dass die Arbeiten, die auf einem bestreikten Arbeitsplatz anfallen, von anderen übernommen werden, handelt es sich um Streikbrechertätigkeit. Das gleiche gilt, wenn der Arbeitsplatz vorübergehend oder dauernd anderweitig vergeben wird. Niemand ist verpflichtet, Streikbrecherarbeiten durchzuführen!
LeiharbeitnehmerInnen haben in bestreikten Betrieben der Entleiher (Einsatzbetriebe) ein Leistungsverweigerungsrecht! Dies ist im „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ (AÜG) grundsätzlich geregelt: „Der Leiharbeitnehmer ist nicht verpflichtet, bei einem Entleiher tätig zu sein, soweit dieser durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist. In den Fällen des Arbeitskampfes nach Satz 1 hat der Verleiher den Leiharbeitnehmer auf das Recht, die Arbeitsleistung zu verweigern, hinzuweisen.“ (AÜG, §11, Absatz 5)
Auch ABM-Kräfte und Ein-Euro-JobberInnen dürfen nicht zur Streikbrecherarbeit gezwungen werden. Die Bundesagentur für Arbeit ist wie alle staatlichen Einrichtungen zur Neutralität im Arbeitskampf verpflichtet. Drohungen mit Sanktionen sind unzulässig!
Laut einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1993 ist auch der Einsatz von BeamtInnen auf bestreikten Arbeitsplätzen grundsätzlich nicht zulässig. Dies gilt, solange nichts anderes per Gesetz geregelt ist.

Ich bin nicht Mitglied einer Gewerkschaft. Muss ich mich trotzdem in die Streikliste eintragen? Was wird mir vom Lohn oder Gehalt abgezogen?

Nichtmitglieder müssen sich nicht in die Streiklisten eintragen, da es sich dabei lediglich um die Geltendmachung von Ansprüchen (Streikgeld) gegenüber der jeweiligen Gewerkschaft handelt. Anhand der Streiklisten werden auch Vertretungen für Notdienstarbeiten von der Gewerkschaft gestellt, falls Kolleginnen und Kollegen unerwartet ausfallen.
Das Entgelt, das der Arbeitgeber pro Streiktag abzieht, lässt sich leicht errechnen: Grundvergütung durch Anzahl der Arbeitstage des laufenden Kalendermonats.
Erhält man infolge der Arbeitskampfmaßnahme für mindestens einen vollen Kalendermonat keinen Lohn bzw. kein Gehalt vom Arbeitgeber, hat das Auswirkungen auf die Jahressonderleistungen und vermögenswirksamen Leistungen. Das Weihnachtsgeld reduziert sich anteilig nach Monatsanteilen. Urlaubsgeld und vermögenswirksame Leistungen entfallen, wenn der Streik in den Bezugsmonat für die jeweilige Leistung fällt.
Die Mitgliedschaft in den Sozialversicherungen besteht während des Ausstands fort. Die Streikenden stehen jedoch während dieser Zeit nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Kann mir der Arbeitgeber kündigen, wenn ich mich am Arbeitskampf beteilige?

Nein, das Arbeitsverhältnis kann deshalb nicht aufgelöst werden. Die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag ruhen jedoch für die Dauer der Beteiligung am Streik. Nach Beendigung der Arbeitskampfmaßnahme hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung.

Ich bin nicht Mitglied einer verhandlungsführenden Gewerkschaft. Gilt der Tarifabschluss dann trotzdem für mich?

Ein Anspruch auf tarifliche Arbeitsbedingungen besteht zunächst nur, wenn die ArbeitnehmerInnen Mitglied der tarifschließenden Gewerkschaft sind und auch der Arbeitgeber an den Tarifvertrag gebunden ist. Dies ist nur dann der Fall, wenn der Arbeitgeber Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist oder den Tarifvertrag selbst abgeschlossen hat. Für die anderen ArbeitnehmerInnen gilt der Tarifvertrag allein dann, wenn in ihren Arbeitsverträgen auf den Tarifvertrag verwiesen wird. Findet sich keine Verweisung im Arbeitsvertrag, muss der Arbeitgeber keine tariflichen Arbeitsbedingungen gewähren!

Mit der Kampagne erobern wir die Straße

Interview mit Delphine, Mitglied der Conféderation National du Travail (CNT-F) in Lyon und beteiligt an der „Kampagne 2009"

Am 29. Januar und 19. März stellte die CNT in Lyon beeindruckende Demonstrationsblöcke. Trägt die lokale „Kampagne 2009" bereits Früchte? Was macht ihr da genau: Welche Ziele habt ihr euch gesteckt und wie wollt ihr sie erreichen?

Delphine: Der zentrale Punkt unserer Kampagne ist die Losung „Eure Krise zahlen wir nicht!" Mit der Kampagne gelingt es uns seit Jahresbeginn, durch verschiedene Aktionen den Kapitalismus und die Bosse bloß zustellen. Geplant und vorangetrieben wird sie von der Kommission „Kämpfe" der CNT-Bezirksföderation der Rhône. Wir organisieren Aktionen jenseits der gewerkschaftlichen Demo-Rituale. Die großen landesweiten Mobilisierungen verschaffen uns zwar Aufmerksamkeit auf der Demonstration, aber kaum darüber hinaus – die Medien befassen sich lieber mit den Chefs der „großen" Gewerkschaften. Dennoch finden wir immer wieder Beachtung, nicht zuletzt aufgrund unseres engagierten und kompromisslosen Diskurses. Obwohl einige Gewerkschaften zum Generalstreik aufrufen, so haben sie doch nicht die Absicht, ihn wirklich umzusetzen. Nichts als Folklore! Wir hingegen meinen es ernst! Und wir sind realistisch: Wir wissen, dass der Kampf ein langer und tagtäglicher ist. Aber es ist gerade wegen diesen konstanten Engagements, dass sich die aufmüpfigen SchülerInnen oder Gruppen kämpfender ArbeiterInnen in den Demo-Block der CNT einreihen.

Ausgangspunkt unserer Kampagne war folgender: Wir fanden es notwendig, dass die CNT-Syndikate in den Straßen präsenter sind, dass wir die Unterschiede zwischen der CNT und den Zentralgewerkschaften klar machen, die oftmals mit den Unternehmern zusammenarbeiten. Mit der Kampagne erobern wir die Straße: Unsere Demonstrationen gehen, anders als übliche Gewerkschaftsumzüge, durch die Wohnviertel. Samstags organisieren wir Versammlungen und Redebeiträge in Einkaufszentren. Hinzu kommen Flugblatt-Aktionen an den Metro-Stationen und massive Plakat-Kampagnen. Die Finanzkrise bietet uns Gelegenheit, die Notwendigkeit des Klassenkampfes noch stärker zu betonen. Und mit der Wandzeitung „Jusqu'à quand?" („Wie lange noch?") verbreiten wir, einmal monatlich, unsere Positionen. Das Ganze wird durch einen Blog im Internet begleitet und dokumentiert.[1]

Wie wird die CNT Lyon gesehen, von den KollegInnen im besonderen und den ArbeiterInnen im allgemeinen? Was unterscheidet sie von den übrigen, zahlreichen Gewerkschaften?

Delphine: Die CNT ist ganz klar bekannt als *die* Gewerkschaft, die das Ko-Management ablehnt, als eine Gewerkschaft ohne Bosse und ohne Funktionäre, in der jeder seinen Platz finden und sich einbringen kann.[2] Wenn wir auch immer noch als „kleine" Gewerkschaft wahrgenommen werden, so kommen die SympathisantInnen und die anderen Gewerkschaften doch nicht umhin, unsere große interne Mobilisierungkraft und die direkte Solidarität anzuerkennen.

Freilich dient die Kampagne 2009 auch als Organizing-Kampagne, um die Strukturen der CNT im öffentlichen wie im privaten Sektor zu entwickeln. Dazu gehört auch zuerst einmal der Hinweis, dass die CNT in zahlreichen Unternehmen präsent ist und dass es wirklich ein starkes Netzwerk unter den Mitgliedern gibt. Aufgrund der juristischen Lage, dass die CNT nicht per se als „repräsentativ" anerkannt ist, müssen wir um die Anerkennung und grundlegenden Rechte jeder einzelnen Betriebsgruppe kämpfen. Zwar kann kein Chef verhindern, dass ein CNT-Mitglied im Kreise der KollegInnen für die Gewerkschaft wirbt. Doch sobald es um formelle und öffentliche Aktivitäten geht, hagelt es Schläge: in Form von Entlassungen, Abmahnungen usw. Daher sind wir immer auf der Suche nach neuen Möglichkeiten, in Kontakt mit ArbeiterInnen zu kommen.

Eine unserer wichtigsten Botschaften ist: *Ja, wir können gegen die Bosse gewinnen!* ...aber nur der kollektive und branchenübergreifende Kampf macht sich bezahlt. Derzeit betrifft die Krise dutzende und aberdutzende Unternehmen in ganz Frankreich, dennoch bereiten die Gewerkschaftszentralen keine allgemeine Aktion vor. In den Firmen herrscht derweil der Individualismus, alle versuchen, zunächst die eigene Haut zu retten. Wir denken, dass man die ArbeiterInnen wieder um Klassenfragen mobilisieren muss, um endlich gemeinsam zu handeln. Die Kampagne 2009 hat es der CNT Lyon ermöglicht, das Herzstück der gesamten CNT neu hervorzuheben: die Verteidigung von ArbeiterInnen durch kollektiven Kampf und direkte Solidarität.

Wie siehst du die Zukunft der CNT? Was steht auf dem Spiel, was steht im Weg?

Delphine: Die neuen Arbeitsgesetze zur Repräsentativität [d.h. Anerkennung] der Gewerkschaften gelten für alle Gewerkschaften in Frankreich: Ab 2012 müssen alle ihren Vertretungsanspruch untermauern können. Die CNT wird mehr denn je öffentlich auftreten müssen, um ihre Besonderheiten klar zumachen: Kein Zentralbüro, keine Hierarchie, kein Ko-Management in den Betrieben. Dafür Unabhängigkeit ihrer Gewerkschaften[3], eine klar antikapitalistische Ausrichtung und der Wille, die Gesellschaft zu verändern.

Wir wissen, dass unsere Lebensweise und unser Konsumverhalten Auswirkungen auf andere ArbeiterInnen hat, sei es nun in Frankreich oder anderswo. Dieses Bewusstsein begleitet uns in all unseren Kämpfen. Die Globalisierung der Wirtschaft und der Unternehmen muss uns dahin führen, „global zu denken, und lokal zu handeln". Deshalb haben wir den Kampf auf Guadeloupe und Martinique unterstützt. Ihr Kampf ist der unsere!

In Lyon selbst blüht derzeit vor allem das Bildungssyndikat auf. Aber auch die Gründung und Entwicklung eines Bausyndikats hält für uns in Zukunft sicher einige Kämpfe bereit – gewerkschaftliche Verankerung ist in dieser Branche besonders schwierig.

Die CNT wächst weiterhin, sowohl an Mitgliedern als auch an Gewerkschaften. Dieses Wachstum verpflichtet uns, alle und alle zusammen zu ihrer Entfaltung beizutragen. In der letzten Zeit wurden zahlreiche CNT-Syndikate in eher ländlich geprägten Departements gegründet – die GenossInnen dort leisten Beachtliches. Und es funktioniert! Es schließen sich auch enttäuschte Mitglieder der Zentralgewerkschaften an. Denn in der CNT entscheidet die Basis – das ist es, was die ArbeiterInnen anzieht.

Vielen Dank für das Interview!

Interview und Übersetzung:
André Eisenstein (STICS13 – CNT), Marseille

Anmerkungen

[1] www.cnt69.org
[2] Die CNT der Rhône (Département 69) besteht aus folgenden Gewerkschaften: das Allgemeine Syndikat CNT interco, das Bildungssyndikat CNT SUTE, das Bau-Syndikat CNT SUB, Post- und Telekommunikationssyndikat CNT PTT, sowie Pflege- und Sozialsyndikat CNT santé-social.
[3] Die CNT erhält keinerlei Subventionen und finanziert sich allein durch Mitgliedsbeiträge, Solidaritätskassen und Spenden.

Keine Ruhe nach dem Streik

Hinter dem Generalstreik auf Guadeloupe steht vor allem eines: eine starke Gewerkschaft

Alles entzündete sich am Benzin. Dessen Preis war 2008 unaufhörlich gestiegen; Gewerkschaften und Verbände vermuteten Preisabsprachen. Daher bildete die Schließung der 115 Tankstellen auf der Antillen-Insel Guadeloupe den symbolträchtigen Auftakt für einen veritablen Generalstreik. Der Zeitpunkt, Mitte Januar, hätte kaum besser gewählt sein können: Neun Tage vor dem Aktionstag auf dem französischen Festland, mitten in der Touristik-Hochsaison. Zunächst jedoch fand die Bewegung kaum ein Echo, das über die Karibik hinausgegangen wäre.

Das mag man damit erklären, dass die sechs Inseln weit ab liegen und, gemessen an der Einwohnerzahl, nicht größer sind als Leipzig. Auch Guadeloupes ökonomische Bedeutung hält sich in Grenzen, das wirtschaftliche Rückgrat bilden Tourismus und Landwirtschaft, der größte Wirtschaftssektor ist jedoch der Öffentliche Dienst. Die Erwerbslosigkeit liegt seit Jahren zwischen 25 und 40 Prozent. Zudem sind die Löhne niedriger als in Frankreich, die wichtigsten Waren des täglichen Bedarfs allerdings oft dreimal so teuer wie in in der „Metropole".



Straßenblockade während dem Generalstreik. Quelle: ugtg.org

Einigkeit, Klarheit und Entschlossenheit

Vielleicht war aber auch kaum jemandem klar, wie ernst es den ArbeiterInnen in der Südsee ist. Schließlich ist in Frankreich bereits bei landesweiten Aktionstagen von Generalstreik die Rede – an einen unbefristeten Streik denkt da nur eine radikale Minderheit. Auch auf Guadeloupe hatte es im Dezember 2008 solche Aktionstage gegeben. Den dortigen Beteiligten war aber klar, dass das nicht reichen würde, um die Forderungen – insbesondere die Senkung des Benzinpreises – durchzusetzen. So gewann das formell seit Jahren bestehende Bündnis *Lyannaj kont pwofitasyon* (LKP), das „Kollektiv gegen Ausbeutung" wirkliche Bedeutung: Die 48 Mitgliedsorganisationen (neben den Gewerkschaften auch Stadtteil-Initiativen, Umwelt- und Konsumentenverbände, sogar Karnevalsvereine) verständigten sich auf 146 konkrete Forderungen, die von einer allgemeinen Lohnerhöhung von 200 Euro netto für GeringverdienerInnen über die Preissenkung für Waren des täglichen Bedarfs bis hin zur Verbesserung von Wohnungsbau und Bildungswesen reichten, und begannen, den Generalstreik vorzubereiten.

Hinreichend mehrheitsfähige Forderungen, doch mediales Interesse regte sich erst nach gut drei Wochen der Mobilisierung, als die Lage zu eskalieren drohte. Bis dahin hatten die Unterhändler von Staat und Kapital auf Zeit gespielt und nur wenigen Forderungen nachgegeben. Die Streikenden und die LKP jedoch lehnten halbe Sachen ab, und zwar nachdrücklich: mit Straßensperren. Die „Ordnungskräfte" greifen ein, gewaltsam und rassistisch pöbelnd. Doch die Bewegung weitet sich aus – an Demonstrationen beteiligen sich nun fast 20% der Bevölkerung. Auf der ebenfalls zu Frankreich gehörenden Nachbarinsel Martinique formiert sich eine ähnliche Bewegung. Das Innenministerium schickt unterdessen 4.000 Polizeikräfte zur Verstärkung. Und am 17.2. wird, unter bisher ungeklärten Umständen, an einer Straßensperre der Gewerkschafter Jacques Bino von der *Union Générale des Travailleurs de Guadeloupe* (CGTG) erschossen. Nun kommt es auch auf dem Festland zu größeren Solidaritätsdemonstrationen.

Rekordverdächtig: 44 Tage Generalstreik

Die LKP vereint zwar alle Gewerkschaften, darunter auch die Ableger der Metropole. Zentraler Faktor aber war die unabhängige UGTG. Sie gab dem Bündnis sein Gepräge, dieser Mélange aus gewerkschaftlicher Brot-und-Butter-Politik und antikolonialem Kulturkampf. Und es dürften nicht zuletzt die Erfahrungen der UGTG-Militanten gewesen sein, die die Standhaftigkeit der LKP überhaupt erst denkbar machten. Stets waren ihre Mitglieder, infolge von Massen- und direkten Aktionen, mit Entlassung und Verhaftung konfrontiert. Erst 1997 wurde sie als repräsentativ anerkannt und ist heute die größte Gewerkschaft auf Guadeloupe – seither hagelt es Geldbußen, auch eine Form antigewerkschaftlicher Repression.

Die Verhandlungen über die Forderungen der LKP scheiterten bis Ende Februar an zwei Faktoren: Dem Nein des Unternehmerverbands MEDEF zur Lohnerhöhung und dem Beharren der LKP, eben diese 200 Euro als Lohnerhöhung zu erhalten und nicht als Stütze in Form staatlicher Lohnzuschüsse. Doch ohne MEDEF ging es auch: Mit der Unterzeichnung eines Rahmenabkommens Anfang März – Preissenkung und Lohnerhöhung sofort, sowie vertiefte Verhandlung der übrigen Forderungen – wurde der Generalstreik ausgesetzt. Die Betriebe, die das Abkommen nicht unterzeichnet hatten, wurden und werden weiterhin bestreikt. Ausläufer der Bewegung halten sich auch dort, wo die ArbeiterInnen zusätzliche Forderungen (z.B. Bezahlung der Streiktage) aufstellten. Schließlich geben bis Mitte April auch die meisten der MEDEF-Mitglieder nach und beugen sich dem Druck der ArbeiterInnen.

Um eine Erfahrung reicher

In der LKP ist es gelungen, eine Aktionseinheit verschiedener Organisationen herzustellen. In regelmäßigen Streikversammlungen und der öffentlichen Live-Übertragung der Verhandlungen offenbarte dieser Ansatz auch hier seine egalitären Züge. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit wird sich in den kommenden Monaten erweisen, wie tiefgreifend die gesellschaftlichen Veränderungen in diesem „kleinen Land" ohne dezidiert syndikalistische Struktur sind. Immerhin ist davon auch abhängig, ob die LKP im Juli in der Lage sein wird, den Generalstreik fortzuführen, sollten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen. Aber alles deutet auf eine Fortsetzung des konfrontativen Kurses hin: So lehnte es die LKP Mitte April ab, an den von Sarkozy einberufenen „Generalständen" teilzunehmen. Damit zeigt sie dem Präsidenten die kalte Schulter und demonstriert eine Stärke und ein Selbstvertrauen wie es nur wenige Gewerkschaften in Frankreich tun.

Ein LKP-Sprecher erklärte gegenüber der *Direkten Aktion* die Einzigartigkeit der Bewegung auf Guadeloupe so: Anderswo sind „die Arbeiter, die Beschäftigten bereit, aufzustehen" – das ist alles.

André Eisenstein
(STICS13 – CNT), Marseille

Zitat: LKP-Sprecher und UGTG-Mitglied Domota: „Gewisse Leute haben die Kaufkraft zum Wahlversprechen, wir aber haben sie wahr gemacht." [4.3.09]

Der verhinderte Generalstreik

Eure Krise zahlen wir nicht!, *Generalstreik*, oder „einfach nur" ein *Kurswechsel der Wirtschaftspolitik* – welches Leitmotiv die Beschäftigten in Frankreich auf die Straßen bringt, ist nicht genau zu bestimmen. Fest steht: Ende 2008 verständigten sich die acht größten Gewerkschaften auf einen gemeinsamen Streiktag am 29. Januar 2009. Es folgte am 19. März ein weiterer und die „G8"-Gewerkschaften mobilisieren nun zum Ersten Mai. Die Apparate zielen auf einen Kurswechsel der Wirtschafts- und Sozialpolitik, bzw. einen bequemen Sitz am Verhandlungstisch; doch das Einlenken der Regierung Fillon beschränkt sich aufs Symbolische.
Der Generalstreik im März legte im Vergleich zum Januar noch einmal zu: bis zu drei Millionen ArbeiterInnen, insbesondere der Privatwirtschaft, beteiligten sich. Stärkeren Zulauf hatten vor allem die Demonstrationen in Paris und Lyon, die sich durch starke CNT-Beteiligung (hunderte bis tausende TeilnehmerInnen) auszeichneten.
So bedeutend die Demonstrationen sein mögen, die Beschränkung auf 24 Stunden amputiert den Streik im Voraus. Zwar lassen es sich viele Gewerkschaftssektionen und tausende ArbeiterInnen nicht nehmen, im Windschatten der Aktionstage konkrete Forderungen anzugehen.
Die Nachrichten über Straßenblockaden, Betriebsbesetzungen und die Festsetzung von Führungskräften reißen nicht ab – doch die Kämpfe kommen faktisch nicht zusammen.
Festzuhalten bleibt: Es gärt in der französischen Arbeiterklasse. Das sieht im April auch der Direktor des *Institut supérieur du Travail so*: „Die Wut ist nicht von oben gesteuert. Sie kommt direkt aus den Betrieben – und das ist das Beunruhigende." Es ist also kein Ding der Unmöglichkeit, dass die Arbeiterbewegung in den kommenden Monaten die Höhen von 1968 oder gar 1936 erklimmt. (AE)

Sklavenhandel 2.0

Polnische und holländische AnarchosyndikalistInnen organisieren eine Kampagne gegen grenzüberschreitende Zeitarbeit

Zeitarbeit als Branche, die Arbeitsverhältnisse extrem prekarisiert, ist schon länger ein Thema. Durch die Liberalisierung des europäischen Arbeitsmarktes wird die Ausbeutung von ArbeiterInnen auf Zeit auch über Staatsgrenzen hinweg zu einem zunehmenden Problem. Nach dem Arbeitsunfall eines polnischen Zeitarbeiters in Holland haben anarcho-syndikalistische Organisationen in beiden Ländern nun eine Kampagne dagegen gestartet.

Michal, der in diesem Fall Betroffene, war von der in Polen ansässigen Zeitarbeitsagentur Groen Flex für 78 Wochen an die holländische Eurocontract Zeeland BV vermittelt worden. In Polen war von Arbeit in einem Gewächshaus die Rede. In Holland stellte sich jedoch heraus, dass er im Hafen von Vlissingen in einer Werft Schiffe reinigen sollte. Ohne irgendeine Schulung zur Arbeitssicherheit begann er zu arbeiten: Da er weder Niederländisch noch Englisch beherrscht, war er noch nicht einmal in der Lage, etwaige Sicherheitshinweise zu lesen. Schutzkleidung gab es nicht. Den Reinigungschemikalien derart ausgesetzt, verlor er schließlich bei der Arbeit das Bewusstsein und musste für einen Tag ins Krankenhaus. Wieder aus der Klinik entlassen, gab es angeblich keine Arbeit mehr für Michal. Nach nur sechs Arbeitstagen kehrte er nach Polen zurück – wo sich herausstellte, dass Groen Flex und Eurocontract die Krankenversicherung, die Teil der Vertragsvereinbarung war, und deren Kosten vom Lohn abgezogen werden sollten, überhaupt nicht bezahlt hatten – sodass keinerlei Versicherungsschutz bestand. Michal, der nun auf einer Krankenhausrechnung von über 2000 Euro sitzt, wandte sich an die ZSP (Związku Syndykalistów Polskich), um eine Entschädigung von den Arbeitgebern zu erkämpfen.

Die ZSP startete daraufhin in Zusammenarbeit mit der AGA (Anarchistische Groep Amsterdam) eine Kampagne, in deren Rahmen es am 14. März 2009 zeitgleich in Polen und in



Holland zu Aktionen kam. Im holländischen Overzande suchten am frühen Morgen Mitglieder der AGA ein Hotel auf, in dem viele von Groen Flex vermittelte Arbeiter untergebracht sind. Sie verteilten Flugblätter mit Forderungen an die Arbeitgeber und versuchten in Gesprächen mehr über die Situation der ArbeiterInnen herauszufinden. Ebenso wandten sie sich an die Arbeiter in der Werft in Middelburg, wo Michal zu Schaden gekommen war.

Zugleich wurde im polnischen Opole das Büro von Groen Flex besetzt und der dortige Chef dazu gebracht, sich vor den laufenden Kameras der interessierten Presse in Widersprüche zu verstricken. Er versprach einerseits, Groen Flex werde die Krankenhausrechnung übernehmen, andererseits verwies er darauf, dass dies eine Entscheidung sei, die eigentlich von der Firma Eurocontract in den Niederlanden getroffen werden müsse. Dort wiederum fühlt man sich plötzlich nicht mehr zuständig, der Geschädigte könne ja klagen, wenn er wolle.

Der Einzelfall hat System

ArbeiterInnen wie Michal werden mit falschen Versprechungen über Löhne, Arbeitseinsätze und Unterkunftsbedingungen nach Holland gelockt. Dort werden sie mit von der Zeitarbeitsfirma „vermittelten", teilweise miserablen Unterkünften konfrontiert, die sie von dem ohnehin schon geringen Lohn bezahlen müssen. Betroffene berichten von Türschlusszeiten in der Unterkunft sowie der Durchsuchung ihrer Habseligkeiten. Auch die Arbeit, die in Holland angeboten wird, hat häufig nichts mit der ursprünglichen Vereinbarung zu tun. Verstöße gegen die Arbeitssicherheit sind normal. Es gab etliche Fälle, in denen ZeitarbeiterInnen deutlich früher als vereinbart nach Polen zurückgeschickt wurden, oder über Tage – unbezahlt – ohne Arbeit waren.

Doch gegen den vermeintlichen Vertragsbruch mit den polnischen Vereinbarungen gibt es keinerlei rechtliche Handhabe, da vor Gericht ausschließlich der Vertrag gilt, der in Holland abgeschlossen wurde. Auch wenn es zum Bruch mit den in Holland getroffenen Vereinbarungen oder zu allgemeinen Verletzungen der Sorgfaltspflicht des Arbeitgebers kommt, ist der Gang vor Gericht schwer. Laut EU-Recht ist eine Firma in dem Land zu belangen, in dem sie ihren Sitz hat. Um sich hier der Angreifbarkeit zu entziehen, verwirren Firmen wie Groen Flex mit komplizierten Rechtsstrukturen,denn mit Eurocontract wird eine zweite juristische Entität ins Spiel gebracht. Obwohl beide Firmen auf der niederländischen Website zusammen auftreten und Groen Flex laut holländischer Handelskammer der einzige Anteilseigner an Eurocontract ist, wird diese Identität durch die Herausgabe zweiter Verträge verschleiert. Die Unklarheit, welche der Firmen mit Sitz in welchem Land nun der juristische Gegner ist, wird zu einem zentralen Mechanismus, um sich gegenüber den Arbeitenden in Vorteil zu bringen, und ist, so betont eine Aktivistin der ZSP Warschau, „auch bei vielen anderen transnational agierenden Firmen gängige Praxis".

Durch das immer noch bestehende Lohngefälle zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsländern entsteht mit der Liberalisierung der Arbeitsmärkte ein weites Feld für Zeitarbeitsfirmen, die in der Vermittlung von Arbeitskräften zwischen den Ländern ein neues Tätigkeitsfeld erschließen. Zwar gibt es seit 2008 eine bindende EU-Direktive, welche die Gleichbehandlung von ZeitarbeiterInnen mit Festangestellten vorschreibt. Sie kann jedoch mit dem Verweis auf eventuelle zusätzliche Tarifverträge der Leihfirmen mit den Vermittlerfirmen außer Kraft gesetzt werden. Damit ist miesen Arbeits- und Lohnbedingungen für ZeitarbeiterInnen Tür und Tor geöffnet. Dass diese sich im fremden Umfeld, das sie ohnehin bald wieder verlassen wollen, ernsthaft organisieren werden, um bessere Arbeitsbedingungen zu fordern, ist kaum zu erwarten. Auch wenn einige der großen Gewerkschaften aktiv werden, um dem Lohndumping, das durch die Konkurrenz der ZeitarbeiterInnen droht, entgegenzuwirken, bleibt die Situation der Zeitarbeiter doch prekär. Gerade vor diesem Hintergrund ist die Kampagne, die Michal mit seiner Bitte um Unterstützung vonseiten der anarchosyndikalistischen Organisationen ausgelöst hat, ein wichtiger Schritt. Hier können die Gruppen und Gewerkschaften genauso flexibel und grenzüberschreitend agieren wie die sich internationalisierende Zeitarbeitsindustrie. Und dazu ermuntert Michal auf einem von der ZSP nun eingerichteten Beschwerde- und Beratungsblog auch seine polnischen ZeitarbeitskollegInnen – nicht nur in Holland auf. Sein Geld hat er noch nicht wieder. Aber auf weitere Aktionen werden die Firmen nicht lange warten müssen.

Linde Müller

Nescolombia

Nestlé deckt in Kolumbien den Krieg gegen die Gewerkschaften



Ein Wandbild zur Erinnerung an ermordete Nestlé-Gewerkschafter. (Quelle: babymilkaction.org)

Nescafé, Nesquik, Maggi oder Thomy – all diese Marken gehören zu dem größten Nahrungsmittelkonzern der Welt: dem Schweizer Unternehmen Nestlé. Dass dieser Konzern international aufgrund zahlreicher sozialer und ökologischer Skandale in Kritik steht, ist dabei den wenigsten KonsumentInnen bekannt. Neben aggressiver Vermarktung von Säuglingsnahrung in Afrika, die das Leben der Babys gefährdet, problematischem Engagement im internationalen Wassergeschäft und Genmanipulation, wird vor allem auch das Unternehmensmanagement und der Umgang mit den ArbeiterInnen in Kolumbien beklagt. In dem für GewerkschafterInnen weltweit gefährlichsten Land, dessen Bevölkerung Opfer eines der längsten Bürgerkriege ist, pflegt der Schweizer Konzern einen strategischen Umgang mit den unternehmerisch günstigen Bedingungen unter der ultrarechten und neoliberalen Regierung des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez.

Seit Anfang April verhandelt die kolumbianische Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal mit Nestlé Kolumbien in der westkolumbianischen Stadt Buga neue Arbeitskonditionen. Entgegen zuvor veröffentlichter Statements, wo von steigender Produktion und höheren Verkaufsraten die Rede war, leidet das Unternehmen nach eigener Auskunft plötzlich unter Absatzproblemen. Die Gewerkschaft nennt dies einen „magischen Wechsel".

Die Gewerkschaft verlangt eine Gleichbehandlung der ArbeiterInnen, die vor, und derer, die nach dem 1. Juni 2004 eingestellt wurden. Dies wurde allerdings mit folgenden Argumenten von Nestlé abgewiesen: Die ArbeiterInnen hätten in jedem Falle bessere Konditionen als jene anderer, kolumbianischer Unternehmen. Daneben dass sich hier die Frage stellt, ob Würde relativ sein kann, ist diese Information der Gewerkschaft zufolge falsch.

Doch die Verhandlungen werden auch von Ereignissen anderer Art überschattet: Am 3. April erhielt der kolumbianische Gewerkschaftsdachverband Central Unitaria de Trabajadores (CUT) eine Morddrohung, die sich namentlich auf Gewerkschaftsaktivisten der CUT, von Sinaltrainal und weiteren Gewerkschaften beziehen. In Kolumbien ist dies keine Seltenheit. Eine Seltenheit ist hingegen eine strikte Strafverfolgung mit dem Ziel der Aufklärung der Urheber der meist von paramilitärischen Gruppierungen stammenden Drohungen. Betitelt war die Drohung mit der sogenannten „sozialen Säuberung", die in diesen Tagen zeitgleich von verschiedenen paramilitärischen Gruppen angekündigt und im ganzen Land durchgeführt wurde: Zahlreiche Morde an Prostituierten, Behinderten oder Heimatlosen waren die Folge. In der für diese Drohungen typisch vulgären Sprache werden die Gewerkschafter als „verdammte Guerrilleros" und „Hurensöhne" bezeichnet und alle Oppositionellen mitsamt ihrer Familien zu militärischen Zielen erklärt.

Bereits zuvor, am 13. März, wurde auf einer Toilette in der Nestlé-Fabrik in Bugalagrande ein Graffiti entdeckt: unterschrieben von den „águilas negras" (schwarze Adler), einer paramilitärischen Gruppierung, werden die Gewerkschaft Sinaltrainal und drei ihrer Gewerkschaftsführer namentlich als Guerilleros bezeichnet. Das Etikett „Guerillero" ist für die Paramilitärs gleich bedeutend mit „zum Tode verurteilt".

Auf der Anklagebank

Der größte Schweizer Konzern wird schon seit langem von verschiedenen Organisationen, wie der Gewerkschaft Sinaltrainal oder auch der Schweizer NGO Multiwatch, genau beobachtet. Aufgrund zahlreicher Verstöße gegen Menschen- und Arbeitsrechte fanden zwischen den Jahren 2006 und 2008 sechs Tagungen des „Ständigen Tribunals der Völker" zu transnationalen Unternehmen in Kolumbien statt. Im Lebensmittelbereich befasste es sich neben Coca Cola und Chiquita Brands auch mit dem Verhalten von Nestlé. Der Konzern besteht in Kolumbien seit 1945 und kontrolliert fast den gesamten Markt für Milchprodukte. Das Unternehmen wurde für drei Verbrechen angeklagt: 1. Die Mitverantwortung bei Menschenrechtsverletzungen, unter anderem zweier Morde in den Jahren 1986 und 2005; ebenso der Unterlassung in Bezug auf den Schutz der physischen Integrität der Gewerkschafter von Sinaltrainal. 2. Umpacken und Umetikettieren von abgelaufener Milch: 2002 wurden insgesamt 9500 Großpackungen sowie 5800 Kilopackungen abgelaufener Milch aus anderen lateinamerikanischen Ländern in Lagern von Nestlé gefunden, die als Milchpulver in Kolumbien verkauft werden sollten. 3. Verfolgung der Gewerkschaft, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Verletzung des Arbeitsrechts, unter anderem Entlassungen aufgrund der Organisation von Streiks, Outsourcing von Arbeitskräften und Prekarisierung. Inzwischen stellen die Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen die Mehrheit der Belegschaft und verdienen nur 35 Prozent des Lohnes der Arbeiter und Arbeiterinnen mit unbefristeten Verträgen. Außerdem kam es zu Hausdurchsuchungen bei GewerkschafterInnen und deren Verfolgung durch staatliche Sicherheitskräfte.

Aufgrund des gewalttätigen sozialen Konflikts, der sich in Kolumbien in einem der längsten Bürgerkriege unserer Welt ausdrückt, ist das Verhalten Nestlés für viele Gewerkschafter gefährlich und unter Umständen tödlich. Dieses Verhalten ist in einem Land, in dem die Paramilitärs getrieben von ihrer faschistischen Ideologie auch vor Morden an GewerkschafterInnen nicht zurückschrecken, unverantwortlich und kriminell. Nestlé hat sich nie offiziell von den Bedrohungen distanziert. Nicht nur Gewerkschafter, sondern auch MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen finden sich regelmäßig in der Schusslinie wieder. Eine mögliche Form des Widerstandes ist der Boykott. Dass ein solcher Auswirkungen haben kann, hat die ebenfalls von Sinaltrainal initiierte Killer-Coke-Kampagne gegen den Coca-Cola-Konzern gezeigt, die in vielen Ländern Unterstützung erfahren hat.

Alexandra T.

Fabrikbesetzungen auch in Großbritannien

In Großbritannien haben ArbeiterInnen im März zwei Werke des Automobilteilezulieferers Visteon besetzt, der vor neun Jahren von Ford outgesorct wurde. Auf Betriebsversammlungen war den ArbeiterInnen mitgeteilt worden, dass alle Produktions-Standorte in Großbritannien, Belfast, Basildon und London-Enfield, mit sofortiger Wirkung geschlossen würden. 565 von 610 Beschäftigten wurden von den Unternehmensberatern der KPMG gefeuert, die das Sagen bei Visteon haben. Doch der Versuch, die Werke während der Proteste gegen den G20-Gipfel ohne viel Aufsehen abzuwickeln, misslang. Die Solidarität ist aktuell groß, sie reicht von der Belegschaft von Ford Southampton, die sich weigert Teile von Visteon zu verbauen, bis hin zu vielen UnterstützerInnen, die Demonstrationen, praktische Hilfe und eine Unterstützungskasse organisiert haben.
Die Besetzung in Enfield wurde am 9. April auf Anraten der Gewerkschaft Unite beendet, weil den BesetzerInnen gerichtlich mit einer Massenverhaftung gedroht worden war. Um den Druck aufrecht zu erhalten, haben sie nach Verlassen des Werks Streikposten vor dessen Toren eingerichtet um die Abwicklung der Fabrik zu verhindern. Vertreter der Gewerkschaft befinden sich in Verhandlungen mit den Bossen, bislang können sie alerdings keine Ergebnisse vorweisen. Ein Angebot der KPMG, den ArbeiterInnen eine Abfindung in Höhe von 4 Monatslöhnen zu zahlen wurde von der Gewerkschaft abgelehnt. Das Werk in Belfast ist weiterhin besetzt. Am 17. April fand dort eine Solidaritätsdemonstration mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen statt, etwa 30 solidarische BusfahrerInnen blockierten während der Demonstration den Straßenverkehr. Außerdem wurden vor Ford-Ausstellungsräumen in Nordirland Streikposten eingerichtet um auf die Situation der ArbeiterInnen von Visteon aufmerksam zu machen. Die KollegInnen fordern als Minimum die Auszahlung ausstehender Löhne und vernünftige Abfindungen sowie den Erhalt der Rentenansprüche auf Ford-Niveau, die ihnen beim Outsorcing zugesagt worden waren. Außerdem fordern sie Ersatzarbeitsplätze, bei denen sie umweltfreundliche Produkte herstellen können: Teile für Fahrräder, Turbinen, Solarelemente...

(DC)

Die kämpferische Linie der algerischen Gewerkschaftsbewegung

Ein Interview mit einem anarchosyndikalistischen Lehrer

Selten berichten wir in dieser Zeitung über Klassenkämpfe in Afrika. Sowohl aktuell als auch historisch betrachtet gehört der Kontinent sicherlich nicht zu den Weltregionen, in denen sich eine vitale oder gar mächtige anarchosyndikalistische Bewegung entfalten konnte. Eine Tatsache, die sich aus der Geschichte Afrikas erklären lässt, wo im letzten Jahrhundert in erster Linie die Kämpfe der antikolonialen und meist nationalen Befreiungsbewegungen im Mittelpunkt standen. Nun ist es aber, wie wir alle wissen, nicht so, dass die Menschen in Afrika keinen Kapitalismus, keine Klassenverhältnisse und keine Klassenkämpfe kennen würden. Um diese Kämpfe am Beispiel Algeriens deutlicher ins Blickfeld zu rücken, veröffentlichen wir an dieser Stelle ein aus dem Französischen übersetztes Interview. Interviewpartner war der algerische Anarchosyndikalist Achour Idir. Er ist aktiv im Conseil des Lycées d'Algérie, dem Rat der algerischen Oberschulen.

Achour, kannst du uns deine Organisation vorstellen?

Achour: Der CLA ist eine im Bildungssektor verankerte Gewerkschaft, in welcher sich in erster Linie Lehrer aus den Gymnasien organisieren. Wir unterstützen aber auch die Kämpfe in anderen Sektoren. Der CLA wurde 2003 gegründet. Wir sammeln uns hinter drei Hauptforderungen: Einer hundertprozentigen Lohnerhöhung für die algerischen LehrerInnen, der Schaffung einer gesetzlichen Arbeitsgrundlage für die Lehrkräfte und einer Rente, von der man nach 25 Jahren im Beruf in Würde leben kann. Heute vereinigt der CLA über 15.000 Lehrer und Lehrerinnen.

Die algerische Gewerkschaftslandschaft im Bildungssektor ist stark bürokratisiert und korrumpiert. Wir stellen hier mit unseren Positionen und unserem Engagement einen Bezugspunkt auf der Grundlage des Klassenkampfes dar.

In welche Konflikte war der CLA bisher involviert?

Achour: Als der CLA 2003 gegründet wurde, führte er einen Streik mit den drei oben genannten Forderungen durch. Der Streik dauerte drei Monate und endete mit Teilerfolgen: Es gelang eine Lohnerhöhung von 5.000 Dinars (A.d.Ü.: ca. 50 Euro) für alle BildungsarbeiterInnen durchzusetzen.

Eine andere Bewegung mit ähnlichem Charakter wurde vom CLA 2005 innerhalb der Intersyndicale de l'éducation – eines Bündnisses der kämpferischen Gewerkschaften im algerischen Bildungssektor – initiiert. Diese Bewegung nahm in den Jahren 2006, 2007 und 2008 immer wieder Fahrt auf und verbreiterte sich im letzten Jahr zur Intersyndicale de la fonction publique (Gewerkschaftliches Bündnis der Öffentlichen Dienste), wo nun auch Gewerkschaften aus dem Öffentlichen Sektor involviert sind.



Ein algerischer Polizist bei der Arbeit. (Quelle: cnt-f.org)

Im Sommer 2008 führten wir einen sehr schwierigen Streik von LehrerInnen mit befristete Verträgen durch. Die Streikenden schreckten auch vor einem 45-tägigen Hungerstreik nicht zurück. Leider ohne Ergebnisse.

Wie zeigt sich die algerische Gewerkschaftslandschaft im allgemeinen momentan?

Achour: Für eine lange Zeit spielte sich alles im Bezug auf Gewerkschaften in Algerien um eine einzige Zentrale ab – die Union Générale des Travailleurs algériens (UGTA).

Die UGTA wurde am 24.Februar 1956 gegründet. Sie war die erste algerische Gewerkschaft und entstand aus der antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegung, wurde aber nicht von revolutionären Politikern dominiert. Ihre Gründungsmitglieder waren in erster Linie algerische Mitglieder der französischen Gewerkschaften Confédération Générale du Travail (CGT) und der Confédération Française des Travailleurs (CFDT). Ich möchte betonen, dass sich die UGTA am Rand der Befreiungsbewegung entwickelte. Diese Autonomie behielt sie aber nur bis zu Unabhängigkeit Algeriens. In der Folge wurde sie in den Staatsapparat integriert, kontrolliert von denen, die die Macht haben. Sie ist die einzige von der Regierung anerkannte Gewerkschaft.

Im Gegensatz zu dieser staatlich integrierten Gewerkschaft gibt es auch eine autonome Gewerkschaftsbewegung, von der der CLA ein Teil ist. Diese andere Art von Gewerkschaft hat hier aber kein einfaches Leben, denn die Handlungsfreiheit für Gewerkschafter in Algerien ist sehr stark eingeschränkt. Alle Streiks die von Arbeiterorganisationen initiiert werden, die unabhängig von den Autoritäten sind, werden systematisch illegalisiert. GewerkschafterInnen werden von den bewaffneten Repressionsorganen verhaftet. Wir können keine Gewerkschaftslokale eröffnen, unsere Organisationen werden nicht anerkannt.

Die Mächtigen geben sich keinen Illusionen hin: Das Gewerkschaftsbündnis des Öffentlichen Dienstes repräsentiert die kämpferische Linie der algerischen Gewerkschaftsbewegung. Deshalb wenden sie Diskreditierungsstrategien gegen uns an. Sie organisieren eigene „Autonome Gewerkschaften", Kopien der echten. Es gibt einen Klon des CLA und weitere Klone von anderen kämpferischen Gewerkschaften. Sie hoffen auf diese Weise, Konfusion stiften zu können.

Gibt es eine anarchosyndikalistische oder libertäre Bewegung in Algerien?

Achour: Es gibt keine Organisation, die sich offen als anarchosyndikalistisch bezeichnet. Aber es gibt anarchosyndikalistische Aktivistinnen und Aktivisten, welche in den unterschiedlichen Gewerkschaften organisiert sind. Wir sind vielleicht nicht viele, aber wir existieren.

Kannst du die soziale Situation in Algerien für uns zusammenfassen?

Achour: Die soziale Situation wird durch einen extremen Grad der Armut gekennzeichnet. Die meisten Familien haben ein Einkommen, welches ihre Ausgaben nur für 15-20 Tage im Monat deckt. Für die restlichen Tage müssen sie sehen, wie sie über die Runden kommen. Viele Staatsangestellte sind hoch verschuldet. Die Arbeitslosigkeit liegt bei ca. 17%, unter jungen Leuten höher. Im öffentlichen Sektor, welcher in Algerien eine große Rolle spielt, haben viele ArbeiterInnen befristete Verträge. Die Korruption ist faktisch auf allen Ebenen des Staates legalisiert.

Auch wenn der größte Teil der algerischen Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle steht, existiert doch auch ein kleiner privaten Sektor. Wie ist die Situation für Gewerkschaften dort?

Achour: Es gibt keine Gewerkschaften im privaten Sektor. Das ist eine Folge der Tatsache, dass die ArbeiterInnen im privaten Sektor sehr kurzfristige Verträge haben. Oft arbeiten sie auch ganz ohne Verträge. Diese ArbeiterInnen befinden sich in einer sehr schwachen Position. Sie haben Angst, ihre Jobs zu verlieren, wenn sie eine Gewerkschaft gründen.

Einige letzte Worte?

Achour: Wir unterstützen alle Kämpfe, welche eine größere soziale Gerechtigkeit zum Ziel haben, und wir sind davon überzeugt ,dass sich diese Kämpfe lohnen.

Vielen Dank für das Interview.

Interview: Jérémie Berthuin
(Internationales Sekretariat der CNT-F)
Übersetzung:
Robert Ortmann/Hansi Oostinga

Kein Stück vom Kuchen

ArbeiterInnen besetzen eine Teigwarenfabrik in Argentinien und nehmen die Produktion in Selbstverwaltung wieder auf

Fünfzehn ArbeiterInnen einer Teigwarenfabrik in San Martín haben am 3. Februar diesen Jahres ihren Arbeitsplatz besetzt und inzwischen die Produktion in Selbstverwaltung wieder aufgenommen. Der Auslöser für die Besetzung war der Versuch des Fabrikbesitzers, Guillermo Ferrón, die Fabrik heimlich zu schließen und die ArbeiterInnen, um ihre seit fünf Monaten ausstehenden Löhnen zu prellen. Der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Federación Obera Regional Argentina (FORA) zufolge, hatte er das Unternehmen durch krumme Geschäfte in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht und heruntergewirtschaftet, während er die Gewinne in seine anderen Geschäfte – weitere Fabriken und eine Motorsportzeitschrift – investierte. Der Verwalter der Fabrik, Sergio Godoy del Castillo bezahlte weder die Rohstofflieferanten, die Elektrizitätswerke, noch die Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Letzteres hat zur Folge, dass sie und ihre Familien keine medizinische Versorgung erhalten, ein Diabetiker bekommt keine Medikamente mehr und zwei Opfer eines Arbeitsunfalls erhalten kein Geld für die nötige medizinische Behandlung.

Schließlich schickte Godoy del Castillo die ArbeiterInnen Anfang dieses Jahres in den Urlaub, angeblich weil er die Maschinen warten und somit deren Produktivität erhöhen wollte. Tatsächlich versuchte er aber, die Maschinen aus der Fabrik schaffen zu lassen, um sie zu verkaufen und von dem Erlös Schulden bei Zulieferern zu bezahlen. Die ArbeiterInnen erfuhren von Anwohnern von dem Versuch des Abtransports, den sie durch die spontane Besetzung der Fabrik verhindern konnten. Seitdem wachen dort Tag und Nacht die Beschäftigten der Fabrik, Verwandte und andere UnterstützerInnen, wie AktivistInnen der FORA, um einen erneuten Versuch des Abtransport der Maschinen zu verhindern. Da die einzige Existenzgrundlage der ArbeiterInnen die nun in ihrer Hand befindliche Fabrik war, beschlossen sie, die Produktion als Kooperative wieder aufzunehmen. Dazu müssen zwar rechtliche Kriterien, wie die Wahl eines Präsidenten, eingehalten werden, allerdings streben die ArbeiterInnen fernab von diesen Formalien eine basisdemokratische Struktur an. Im Vergleich zu anderen besetzten Fabriken in Argentinen gelang ihnen die Wiederaufnahme der Produktion erstaunlich schnell, dank Einnahmen aus einem von der FORA organisierten Solidaritäts-Festival und aufgrund von Vorschüssen der Zulieferer in Form von Rohstoffen, liefen die Maschinen schon nach einem Monat wieder an. Momentan läuft die Produktion noch nicht bei voller Kapazität, den ArbeiterInnen zufolge könnte sie bis zu 70 Menschen beschäftigen. Im Moment nehmen aber erst drei Vertriebe die Empanadas ab, außerdem gibt es einen Direktverkauf an AnwohnerInnen der Fabrik.

Die ganze Bäckerei

Die Lage der Kooperative ist noch prekär, denn sie wird auch durch die von den ehemaligen Chefs angehäuften Schulden bei Zulieferern und Versorgungsbetrieben wie der Elektrizitätsgesellschaft belastet. So müssen die ArbeiterInnen momentan noch die gesamten Einnahmen für die Bezahlung von Schulden, Elektrizität und den Aufbau der Kooperative aufwenden, damit sie auf sicheren Füßen stehen kann und nicht von staatlichen Geldern oder anderen Unternehmen abhängig wird. Zwischenzeitlich hat ein Konkurrent den ArbeiterInnen angeboten, sie einzustellen und die Kooperative in sein Unternehmen einzugliedern. Und der Unternehmerverband hat vorgeschlagen, die Maschinen zu verkaufen und von den Einnahmen die fünf Monate ausstehenden Löhne zu bezahlen. Die ArbeiterInnen haben dies abgelehnt, weil sie die erlangte Kontrolle über die Produktionsmittel nicht mehr leichtfertig aus der Hand geben wollen. Auch rechtlich ist die Lage nicht eindeutig, weil sie zwar Ansprüche in Form der Lohnforderungen an den Fabrikbesitzer haben, dieser aber gleichzeitig noch formal der Besitzer der Fabrik ist.

Fabrikbesetzungen und vor allem die Fortführung der Produktion in Selbstverwaltung sind in Argentinien in den letzten Jahren häufiger geworden. Vor allem das Beispiel der Kachelfabrik von Zanon in Nequén hat auch international für Aufsehen gesorgt. Oft ist die Ausgangslage ähnlich wie im Fall von Disco de Oro: Nachdem Unternehmer versuchen, die Fabrik auszuschlachten und die ArbeiterInnen oft monatelang auf ausstehende Löhne warten, besetzen diese die Fabrik und starten die Produktion als Kooperative. Problematisch ist dabei oft die wirtschaftlich und rechtlich prekäre Lage der Kooperativen, denn die Fabrik ist in den meisten Fällen Eigentum der ehemaligen Bosse und nicht der Kooperative, so dass die Gefahr einer Räumung langfristige Planungen und Investitionen erschwert. Manche ArbeiterInnen fordern deshalb, wie im Falle der Zanon-Fabrik, die Enteignung der Besitzer und die Verstaatlichung des Betriebes, wobei er dennoch selbstverwaltet bleiben soll. Das würde sie zwar einerseits bürokratischen Strukturen unterordnen, andererseits erhoffen sie sich davon die für langfristige Planung notwendige Sicherheit. Vor allem an den Besetzungen beteiligte TrotzkistInnen, streben eine Verstaatlichung nach diesem Modell an.

Vielen ArbeiterInnen geht es weniger um ideologische Konzepte als um die Sicherung ihres Lebensunterhaltes und eine angenehmere Gestaltung ihres Arbeitsalltags. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse, auch unabhängig vom Staat, kann die Selbstverwaltung gewährleisten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die ArbeiterInnen Unterstützung erfahren. In diesem Sinne könnte es sich lohnen, eine längere Aufbauphase der Kooperative mit vorläufig fehlenden Sicherheiten in Kauf zu nehmen, wenn dafür am Ende eine vom Staat unabhängige Selbstverwaltung herausspringt. Ob dies eine realistische Perspektive ist, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter von Disco de Oro entscheiden. Einfacher wird ihnen dies fallen, wenn sie spüren, dass eine entschlossene Bewegung hinter ihnen steht und sie unterstützt.

Daniel Colm



Auf dem Weg zur Selbstverwaltung? Die genossenschaftlich organisierte Fabrik Catende im Bundesstaat Pernambuco, Brasilien

Solidarische Ökonomie und Syndikalismus – zwei Beiträge

Als Solidarische Ökonomie gilt eine Form des Wirtschaftens, das nicht der Profitmaximierung, sondern dem Wohl aller beteiligten Personen unterworfen ist. Neben solidarischen Betrieben, die sich idealtypisch nach Prinzipien der Selbstverwaltung, Gemeinwesenorientierung und Nachhaltigkeit richten und eine Kooperation mit anderen solidarischen Betrieben anstreben, werden hier und da auch eine Reihe weiterer Formen hinzugerechnet. Kennzeichnend für die Debatte um eine Solidarökonomie ist somit, dass es bisher keine einheitliche Definition gibt. In Brasilien ist die Bewegung am stärksten organisiert und hat Zugeständnisse vom Staat erkämpft. Die folgenden zwei Beiträge befassen sich mit der Frage nach dem transformatorischen Potential der wieder mal diskutierten Alternativbetriebe.

Alternativen praktisch denkbar machen

Die Rolle der Solidarischen Ökonomie im Kampf gegen den globalisierten Kapitalismus

Monokultur soweit das Auge reicht. Links und rechts von der Straße zieht sich das Meer der Zuckerrohrpflanzen über die hügelige Landschaft des Bundesstaates Pernambucos. Im Nordosten Brasiliens wird seit dem 17. Jahrhundert Zucker für den Weltmarkt produziert. In einigen Regionen ist die Zuckerindustrie der einzige Arbeitgeber. Das Land ist bei wenigen GroßgrundbesitzerInnen konzentriert. Die große Anzahl von SaisonarbeiterInnen wird nur für die sechs Monate dauernde Erntezeit eingestellt. Außerhalb der Ernte haben sie kaum Möglichkeiten, Arbeit zu finden. Den fest angestellten LandarbeiterInnen geht es kaum besser. „In der Zeit der alten Fabrikbesitzer besaß niemand etwas, und bei der Arbeit auf Pacht reichte das Geld nicht einmal für das Essen aus", berichtet der Landarbeiter José da Silva. Und Hernandes ergänzt: „Ich bin heute krank und habe Probleme, weil ich mit Pestiziden arbeiten musste. Wenn wir uns geweigert haben, haben sie uns gezwungen."[1]

Wege zur Selbstverwaltung

Die beiden Landarbeiter sprechen über die Bedingungen in der traditionsreichen Fabrik Catende, die den Namen des gleichnamigen Ortes trägt. Die Fabrik avancierte in den 1960er und 70er Jahren zum größten Zuckerproduzenten Lateinamerikas. In den 1980ern wurden der Zuckerindustrie im Nordosten des Landes Subventionen gestrichen, die nun, trotz Sklaverei,[2] nicht mehr dem Konkurrenzdruck aus dem flachen Süden standhalten konnte. Während im Bundesstaat São Paulo die Ernte weitgehend mechanisiert wurde, musste in Pernambuco hauptsächlich von Hand geerntet werden. Es folgten Massenentlassungen. Als keine Entschädigungen gezahlt wurden, formierte sich Widerstand unter den ArbeiterInnen. 1995 kam die Insolvenz. Heute ist Catende eine Genossenschaft und befindet sich im Prozess zum selbst erklärten Ziel der Arbeiterselbstverwaltung. Die Ländereien wurden bereits vergesellschaftet und der Genossenschaft übereignet. Die Insolvenzmasse selbst ist nach wie vor nicht abgewickelt. Sie wird durch einen eingesetzten Insolvenzverwalter geführt. Die ArbeiterInnen haben bisher ein Mitspracherecht, um die Firmenpolitik zu beeinflussen. Die Genossenschaft organisiert Schulungen, um allen Fabrik- und LandarbeiterInnen notwendige Kenntnisse für eine zukünftige Selbstverwaltung zu vermitteln. Durch eine Alphabetisierungskampagne konnte der Analphabetismus von 80 auf 20% reduziert werden. Zudem werden Maßnahmen zur Nahrungssicherheit und zum Umweltschutz vorangetrieben.

Sollte dieses Experiment gelingen, könne es einen Synergieeffekt im Bereich vergleichbarer Zuckerfabriken des Landes haben, erhofft sich der brasilianische Soziologe Francisco Xavier.[3] An Catende könne man sehen, dass die Solidarische Ökonomie nicht nur etwas für kleine Projekte sei, sondern – mit 1.800 dauerhaft Beschäftigten und weiteren 13.000 saisonal beschäftigten ZukkerrohrschneiderInnen – Industriecharakter annehme. Über lokale Märkte werden zudem KleinbäuerInnen und HandwerkerInnen integriert. Doch auch Catende ist abhängig von der Entwicklung der globalen Märkte und muss nach außen Konkurrenzfähigkeit beweisen. Hier zeigen sich die Grenzen des Projektes.

Wie im Fall der Zuckerfabrik geht es in vielen Projekten der Solidarischen Ökonomie im globalen Süden um die reine Existenzsicherung. Die brasilianische Wirtschaftskrise, die durch die neoliberale Schockpolitik der 1980er ausgelöst wurde und sich in den 90ern weiter verschärfte, sorgte für eine sprunghafte Zunahme von Insolvenzen. Damals begannen ArbeiterInnen, insolvente Betriebe zu übernehmen und in Selbstverwaltung weiterzuführen. Dies geschah spontan, und so blieben Schwierigkeiten nicht aus. Das selbstorganisierte Arbeiten verlangte den Beteiligten viel ab. Um Problemen besser begegnen zu können, wurde 1994 die ANTEAG (Vereinigung der Arbeiter in selbstverwalteten Betrieben und Aktienbeteiligung) gegründet.[4] Durch die neu geschaffene Organisation sollten Wiederinbetriebnahmen vereinfacht und die Verhandlungsposition gegenüber dem Staat gestärkt werden. Im Laufe der Zeit haben sich verschiedene andere Institutionen gebildet, die die Übernahme von insolventen Betrieben durch die Beschäftigten und Neugründungen selbstverwalteter Betriebe unterstützen. Dazu gehören die Gruppen der universitären „Innovationswerkstätten für Solidarische Gründungsunternehmen", auch als „Incubadoras" bezeichnet. Die Incubadoras haben, wie auch die ANTEAG, eine Methodologie für die Begleitung von Initiativen zur Gründung solidarischer Betriebe und die Ausbildung der Teilnehmenden entwickelt.

Verschiedene Gesichter

Die Solidarische Ökonomie ist nicht homogen. Vielmehr wird betont, dass es darum gehe, die vielfältigen Formen, die bereits gelebt werden oder sich in der Entwicklung befinden, miteinander zu vernetzen. „Solidarische Ökonomie" ist ein Sammelbegriff: freie Software, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, alternative Geldsysteme wie Tauschringe oder Regionalwährungen, Kommunen, Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe, fairer Handel, Land- und Hausbesetzungen usw. So unterschiedlich wie die Ausdrucksformen sind auch die Zielsetzungen der einzelnen Denkströmungen der Bewegung. Der Kapitalismus sei nicht fähig, alle Menschen zu versorgen – soweit ist man sich einig. Was ist jedoch die Rolle einer alternativen Ökonomie? Einige verstehen sie als Sozialpolitik, die von den sozialen Bewegungen getragen und vom Staat unterstützt werden sollte. Auch den sozial Ausgeschlossenen könne so ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht werden. Ziel sei es, einen Nischenplatz in der konventionellen Ökonomie zu ergattern und den neuen „UnternehmerInnen" eine Existenzgrundlage zu schaffen. Folgt man dieser Denkart, aktiviert die Solidarische Ökonomie lediglich Potentiale, die durch neoliberale Politik vermehrt ausgeschlossen und marginalisiert werden, und integriert diese in den Markt.

Demgegenüber betont Xavier jedoch ein übergeordnetes Ziel. Es gehe darum, die kollektiv hergestellten Produkte in eine solidarische Produktions- und Handelskette einzugliedern. Die Konkurrenzfähigkeit ist demnach lediglich kurzfristiges und funktionales Ziel, bis die Bewegung einen alternativen ökonomischen Kreislauf geschaffen hat, sozusagen ein autarkes ökonomisches System, basierend auf Selbstverwaltung, Kooperation und Nachhaltigkeit. Die interne Solidarität werde durch die Kette nach außen, zu anderen solidarischen Unternehmen, weitergegeben. Durch die Ausschaltung kapitalistischen Zwischenhandels, dem eine weitestgehende Direktvermarktung der kollektiv produzierten Güter gegenübergestellt wird, habe die Solidarische Ökonomie Preis- und Qualitätsvorteile für die ProduzentInnen sowie für die KonsumentInnen. Fair-Trade-Produkte, die in konventionellen Supermärkten erworben werden können, entsprechen nicht dem Idealtyp, da auf diesem Wege der Vermarktung ein Mehrwert entsteht.

In Deutschland wiederum entsteht die solidarökonomische Bewegung kaum aus der Notwendigkeit der Existenzsicherung. Vielmehr wird die Verpflichtung gegenüber späteren Generationen betont. Eine besondere Rolle könne ihr zum Erhalt der Energie- und Nahrungssouveränität zukommen. Beide werden durch eine zu hohe Konzentration von Kapital und die Nutzung risikoträchtiger Energien, wie Atomkraft und genveränderter Organismen, bedroht, so die Soziologin Clarita Müller-Plantenberg.[5] Als weitere Herausforderung gilt auch der Klimawandel. Anstelle von vergeblichen Appellen an Regierungen, den CO2-Ausstoß zu vermindern, sowie ergänzend zu Massenprotesten und Blockaden bei Castortransporten sollte auf eine Regionalisierung und Demokratisierung der Stromversorgung hingearbeitet werden. Hier ist die Solidarische Ökonomie ein Mittel, um die Ökologiebewegung aus der Defensive zu befördern. Gerade bei ökologischen Problemen wird es notwendig sein, die meist konservative Landbevölkerung in die Bewegung zu integrieren. Sie ist von den negativen Auswirkungen direkt betroffen und verfügt z.T. über die notwendigen alternativen Ressourcen. AktivistInnen versuchen deshalb, z.B. durch die gemeinsame Gründung einer Energiegenossenschaft, das verbreitete Solidaritätsverständnis – über die Großfamilie hinaus – zu erweitern und Selbstverwaltung zu propagieren.[6]

Solidarische Ökonomie und Syndikalismus

Heute ist es für viele Menschen kaum noch möglich, sich eine Alternative zum Kapitalismus vorzustellen. Maggie Thatchers Slogan „There is no alternative" offenbart seinen wahren Charakter: Die scheinbare Alternativlosigkeit einer neoliberalen Politik- und Gesellschaftskonzeption wird gestützt durch den „Lock-in-Effekt".[7] Damit ist gemeint, dass es den Menschen kaum noch möglich ist, sich eine Alternative zur bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorzustellen. Der „Lock-in-Effekt" kann auch als subtiler Unterdrückungsmechanismus charakterisiert werden. Dem kann die Solidarische Ökonomie als real existierende Alternative entgegengestellt werden. Gerade indem auf historische und aktuelle Beispiele aus der eigenen, regionalen Geschichte zurückgegriffen wird, kann die Vorstellungskraft zurückerobert und damit eine breitere Aktivierung ermöglicht werden.

Die schwammige Definition der Solidarischen Ökonomie, macht es schwierig, ihren tatsächlichen Charakter und Umfang einzuschätzen. Der Vorteil aber ist, dass sie weiterhin formbar ist. Formen solidarischer Wirtschaft und Experimente wie selbstverwaltete Betriebe und Kommunen waren auch schon immer Teil (anarcho-)syndikalistischer Bewegungen und konnten sich gegenseitig kritisch ergänzen und stärken.[8] Es kommt nun darauf an, den Begriff zu besetzen, ihn gerade auch mit gewerkschaftlicher Arbeit zu verknüpfen. Gerade der Syndikalismus bietet hierbei Perspektiven, während die etablierten Gewerkschaften in Deutschland nach wie vor unfähig sind, sich für Experimente alternativer Ökonomie zu öffnen.

Letztere sind kein Partner für eine solche Bewegung; ihre hierarchischen Strukturen entsprechen weder der angestrebten internen Arbeitsorganisation noch der Vision einer anderen Gesellschaft und Ökonomie von unten. Die Zeitarbeitsfirmen in Gewerkschaftshand geben zudem nicht gerade das beste Beispiel Solidarischer Ökonomie ab. Der Syndikalismus bietet demgegenüber eine Perspektive für die notwendige Organisierung der BewegungsteilnehmerInnen, gleich ob als Arbeitende oder Unterstützende. Die Struktur der Gewerkschaftsföderation garantiert eine größtmögliche Unabhängigkeit der einzelnen Regionen und bewahrt, durch ihren bundesweiten und internationalen Verbund, vor lokaler und nationaler Borniertheit. So wichtig es ist, Solidarität innerhalb der Alternativwirtschaft aufzubauen, so wichtig ist der Schulterschluss mit den Beschäftigten in konventionellen Betrieben. Ziel muss die Übernahme aller Produktionsmittel sein, will sich die Arbeiterklasse nicht in zwei Gruppen spalten lassen, indem Beschäftigte solidarischer mit denen kapitalistischen Unternehmen in Konkurrenz gegeneinander antreten. Die vermeintliche Solidarität in der Genossenschaft wird allein auf dem Markt gerade nicht zu einem gesamtgesellschaftlichen Wert, sondern wird im Gegenteil zu einem Teil des Konkurrenzprinzips. Wie bei einer durch Staatsgrenzen definierten Solidargemeinschaft wirkt sie exklusiv. Die grundlegenden Verhältnisse werden nicht angetastet.

Der Syndikalismus profitiert durch die Stimulierung der Vorstellungskraft und die Impulse aus den realen Selbstverwaltungserfahrungen. Durch den entstehenden öffentlichen Diskurs über alternative Wirtschaftsformen wird eine Möglichkeit geboten, seine Konzepte wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Gerade auch AktivistInnen können offen sein für Impulse aus syndikalistischer Theorie und Praxis. Daher sollten SyndikalistInnen ihre Rolle innerhalb der Solidarischen Ökonomie besonders dahingehend verstehen, zu ihrer Radikalisierung beizutragen, d.h. die Brükke zu einer gesamtgesellschaftlichen, sozialrevolutionären Perspektive zu bilden.

Thorsten Endlein

Anmerkungen

[1] Aus Interviews für den Dokumentarfilm *Viva a Utopia. Solidarische Ökonomie in Deutschland und Brasilien* (BRA/D) 2008/09; wird in Kürze veröffentlicht und umsonst erhältlich sein. Infos dazu auf der Internetseite des Vereins zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.: www.vfsoe.de.
[2] Hierbei handelt es sich um eine Art Arbeitsverhältnis, das im brasil. Großgrundbesitz sehr verbreitet ist: ArbeiterInnen leben dabei unter prekären Lebensbedingungen; sie sind dauerhaft verschuldet, da ihnen Unterkunft und Verpflegung überteuert berechnet werden.
[3] Siehe Anm. 1.
[4] Zur Vertiefung siehe: Bernardi, „Für wen und für was arbeiten wir?", in: Müller-Plantenberg u.a. (Hg.), *Solidarische Ökonomie in Deutschland und Brasilien*, Kassel 2005, S. 199-208; sowie Müller-Plantenberg, „Solidarische Ökonomie in Brasilien", in: Altvater & Sekler (Hg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg 2005, S. 112-23.
[5] Siehe Anm. 1.
[6] Basierend auf einem Interview mit Kristina Bayer vom VfSOe (siehe auch Anm. 1).
[7] Altvater, „Solidarisches Wirtschaften: prekär oder emanzipativ?", in: Altvater & Sekler (s.o.), S. 9-21.
[8] Siehe dazu auch den Artikel rechts.

Hand in Hand

Das Konzept der Wirtschaftsföderation als Baustein einer syndikalistischen Transformationsstrategie

Das Streben nach solidarischen Betrieben ist immer berechtigt – auch im Kapitalismus. Fraglich allerdings ist, wie wirksam Alternativbetriebe gegen den Kapitalismus sein und was sie zu seiner Überwindung beitragen können. Auch die alte Genossenschaftsbewegung des frühen 20. Jahrhunderts erhob ebenso wie die Bewegung der Alternativökonomie der 70er/80er Anspruch auf einen ökonomischen Systemwandel. Beide Bewegungen scheiterten in dieser Hinsicht, weil sie der hegemonialen und absorbierenden Struktur des Kapitalismus nichts entgegensetzen konnten. Eine heutige Debatte über das transformatorische Potential solidarischer Ökonomie kommt deshalb nicht darum herum, neue strategische Konzepte zu entwickeln, die kapitalistische Wirkmechanismen wirkungsvoll ausbremsen.

In Brasilien, einer Hochburg solidarischer Ökonomie, haben sich nun Teile der Bewegung an den Aufbau einer Art Parallelwirtschaft gemacht.[1] Dies ist nicht der erste Versuch einer solchen. Alternativbetriebe haben immer wieder versucht, sich gemeinsam zu strukturieren (z.B. in Form von Netzwerken).[2] Bisher vermochten diese Strukturen jedoch nicht, das große Potential aus ihnen herauszukitzeln. Sogar der Syndikalismus hat seine Geschichte im Bereich der Alternativbetriebe und hat sich mit dem Aufbau parallelwirtschaftlicher Strukturen beschäftigt. Auch dies blieb in den Ansätzen stecken. Der Versuch, die strategische Rolle von Alternativbetrieben im Syndikalismus neu zu überdenken, hat heute mehr denn je seinen Reiz und soll an dieser Stelle gestattet sein.

Wirtschaftliche Projekte der alten Schule

In der klassischen syndikalistischen Theorie kommt den Gewerkschaften neben dem alltäglichen Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen die Rolle zu, die Übernahme des sozio-ökonomischen Organismus vorzubereiten, um schließlich die gesamte Produktion in Form von industriellen Föderationen zu organisieren. Diese arbeiten dabei Hand und Hand mit Arbeitskammern, die die Bedürfnisse der Bevölkerung feststellen und den Konsum organisieren.[3] Die Bewegung soll dabei schon in der Gegenwart so organisiert sein, wie es die neue Gesellschaft und Wirtschaft erfordert. Idealtypisch wird davon ausgegangen, dass die Übernahme in Folge einer revolutionären Krise und/oder eines sozialen Generalstreiks vonstatten geht.[4]

Real wurde dieses Revolutionsmodell in der Spanischen Revolution 1936, als die CNT große Teile der Wirtschaft kollektivierte und in industriellen Föderationen organisierte.[5] Bedingt trifft dies auch auf die Entwicklungen 1919/20 im Ruhrgebiet zu, wo ArbeiterInnen zahlreiche Betriebe in Selbstverwaltung übernahmen.[6] Beide Großversuche – die andeuten, wie ein syndikalistisches Wirtschaftsmodell funktionieren kann – scheiterten letztlich an den politisch-militärischen Machtkonstellationen. Und an beiden Beispielen zeigen sich auch die Defizite dieses idealtypischen Modells: Die Übernahme wird so doch nicht als revolutionärer Prozess gedacht. Bei aller Vorbereitungsarbeit, wie sie z.B. den Arbeiterbörsen zugedacht wurde,[7] die Aufbauaufgaben in der Gegenwart bleiben spärlich und der Übergang ein abrupter Akt, der heftige Verwerfungen mit sich bringen wird. Vom alten Wobbly-Prinzip, „die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufzubauen", bleibt so nicht viel übrig.[8]

Tatsächlich gab es auch Ansätze, wo das „Aufbau-Prinzip" wörtlicher genommen wurde, wobei alternativen Betrieben eine Schlüsselrolle zugedacht wurde.[9] Helmut Rüdiger prägte in diesem Zusammenhang das Schlagwort vom „konstruktiven Sozialismus". Umgesetzt wurde dies begrenzt in der Spätphase der FAUD, in der von 1929-33 Genossenschaftsprojekte existierten, die u.a. in der „Freien wirtschaftlichen Arbeiterbörse" zusammengeschlossen waren.[10] Auch die IWW wagten während der 1960er/70er einen ähnlichen Versuch in den USA und organisierten mehrere Dutzend Kooperativen in ihren Reihen.[11] Beiden Versuchen war nur wenig Erfolg beschieden. Neben verschiedenen Gründen scheint ausschlaggebend gewesen zu sein, dass zum einen diese Projekte i.d.R. nur als „Experimente der Selbstverwaltung" oder soziale Auffangbecken angegangen wurden und zum anderen der Einbezug in die revolutionäre Gewerkschaftspraxis nur formell war. So mangelte es stets an einer klaren Strategie, in der diese Betriebe hätten eine Rolle spielen können. An diesem Punkt gilt es anzusetzen.

Grundzüge einer syndikalistischen Wirtschafsföderation

In Zeiten von Firmenpleiten und -abwanderungen entfaltet die Idee selbstverwalteter Betriebe einen besonderen Reiz. Auch die Tatsache, dass immer mehr Leute in eine Art „Freiberuflichkeit" gedrängt werden, lässt viele häufiger an Kollektivbetriebe denken. Nicht zuletzt sehen viele Lohnabhängige darin eine Option, sich zumindest der schlimmsten Unterwerfung entziehen zu können. Dass es heute viel einfacher ist, ein solches Projekt anzugehen als z.B. in Zeiten des Frühkapitalismus, komplettiert die Gründe, weshalb ein moderner Syndikalismus an dem Einbezug alternativ-ökonomischer Projekte nicht vorbeikommt. Das Konzept einer Wirtschaftsföderation – als Pendant der Gewerkschaftsföderation – kann ein Ansatz sein, diesen Bereich für eine syndikalistische Transformationsstrategie nutzbar zu machen und von dem alle Beteiligten ganz konkret profitieren.

Die Annahme liegt nahe, dass föderierte Alternativbetriebe sich gegenseitig stärken. Als Verbund führen sie kein isoliertes Einzeldasein innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz. Durch überbetriebliche Koordination kann der Marktdruck etwas gedämpft werden. Je mehr Betriebe sich aus verschiedenen Branchen anschließen, umso mehr steigt die Fähigkeit, sich zu ergänzen und Produkte und Dienstleistungen auszutauschen, wird die Abhängigkeit von kapitalistischen „Partnern" gemindert. Voraussetzung ist, dass die Föderation nicht nur Netzwerkcharakter trägt, sondern sich verbindliche Strukturen des Wirtschaftens gibt. Z.B. müssten Kommissionen regelmäßig den Bedarf der Betriebe feststellen und den Austausch des auch tatsächlich Vorhandenen planen.[12] Auch eine Art Fonds, in den die Betriebe einzahlen (z.B. Gewinnanteile), kann solidarisch dafür genutzt werden, Betrieben in Problemlagen zu helfen oder Projekte zu finanzieren, womit eine gewisse Unabhängigkeit vom gängigen Kreditwesen geschaffen würde.

Da jede Form des Wirtschaftens gesellschaftlich wichtig ist, der Kapitalismus jeder aber einen anderen Wert zurechnet, sind Alternativbetriebe in verschiedenen Branchen unterschiedlich lukrativ. Diese Spaltung kann überwunden werden, indem ein Transfersystem organisiert wird, innerhalb dessen gewisse Umverteilungen stattfinden. Dies ist besonders wichtig, da die Löhne in der Föderation tendenziell ausgeglichen werden und nicht manche in Selbstausbeutung arbeiten müssen. Selbstredend hat Betriebsegoismus in solch einer Struktur keinen Platz.

Hinzu käme eine Aufbauarbeit, die von der Föderation geleistet werden kann. Als Organisation mit gesellschafspolitischem Anspruch liegt es nahe, nicht nur die Interessen der bereits vereinigten Betriebe zu wahren, sondern auch an einer Ausweitung der Parallelwirtschaft interessiert zu sein. Hierfür könnten u.a. Fördertöpfe eingerichtet werden, mit denen in Gründung befindlichen Betrieben unverzinste Kredite oder Fördergelder gezahlt werden, wenn sie festgelegte Kriterien erfüllen. Auch der Austausch von Know-How und andere wichtige Hilfestellungen (hierfür könnten spezielle Sekretariate existieren) ist dabei wichtig. Mit solch einer Struktur im Rücken wird ein Alternativbetrieb viel leichter gegründet oder ein insolventer Betrieb in Selbstverwaltung überführt. Mittelfristig ist die Ausweitung der Föderation im Interesse aller beteiligten Betriebe.

Modellskizze für eine gewerkschaftlich-wirtschaftliche Doppelstruktur

Das Verhältnis zur Gewerkschaft

Der große Clou an einer solchen Wirtschaftsföderation besteht in der Kopplung mit der klassischen Gewerkschaftsstruktur. Durch die Bindung an die Gewerkschaft und im Rahmen einer allgemeinen Transformationsstrategie wird der Charakter einer entpolitisierten Wirtschaftsorganisation vermieden. So entsteht auch die Möglichkeit, die Konkurrenz zu ArbeiterInnen in der „Normalwirtschaft" aufzuheben; auftretende Probleme diesbezüglich können in den gemeinsamen Strukturen geregelt werden.

Wesentlich für den vollen Synergieeffekt und die Integrität der Akteure sind gewisse organisatorische Voraussetzungen: Generell sind Wirtschafts- und Gewerkschaftsföderation in zwei Zweige zu trennen, da sich Wirtschaftsorganisation und soziale/ökonomische Kampforganisation (Syndikate) zwar ergänzen, die alltägliche Arbeit in beiden Zweigen doch vollständig unterschiedlich ist. Die Kopplung sollte deshalb in Form von Schnittstellen hergestellt werden (z.B. gemeinsame Ausschüsse der jeweiligen Lokal- und Regionalföderationen), während beide Organisationen das gleiche Föderationsmodell widerspiegeln. Darüber hinaus müssten die Betriebsmitglieder auch Mitglieder des zutreffenden Syndikates sein. Dies ist vor allem in Hinblick darauf wichtig, dass die jeweiligen Gewerkschaften über festzulegende Lohnstandards mit zu entscheiden haben und die Grundlagen für eine gewerkschaftliche Kontrolle der Kollektivbetriebe existieren, die jederzeit der Gefahr einer Hierarchisierung sowie Vermarktwirtschaftlichung und damit einhergehender Konflikte ausgesetzt sind.

In der Praxis profitieren beide Organisationszweige voneinander: So könnten z.B. die Gewerkschaftsmitglieder dazu angehalten sein, vorzugsweise die Angebote der föderierten Betriebe zu konsumieren.[13] Der in der Gewerkschaft existierende Bedarf kann an den entsprechenden Schnittstellen der Föderationen festgestellt und weitergegeben werden. Auch wären bestimmte Betriebe sogar in der Lage, Arbeitskämpfe zu unterstützen, entweder durch materielle Hilfsleistungen oder gar durch geschäftlichen Druck (falls entsprechende Beziehungen bestehen).

Überdies interessant sein dürfte die Durchkreuzung des kapitalistischen Arbeitsmarktes, indem erwerbslose Mitglieder in den Betrieben untergebracht werden, wo Stellen frei sind. Hierbei könnte der betreffende Betrieb z.B. seinen Bedarf gegenüber der lokalen Gewerkschaft anmelden, und dieses wählt, nach den Kriterien der Bedürftigkeit, unter interessierten und qualifizierten Personen aus.

Offene Fragen

Mit einem solchen Modell gehen selbstverständlich auch offene Fragen und Probleme einher. In erster Linie sind natürlich die rechtlichen Schranken auszuloten, die das jeweilige Rechtssystem vorgibt und die Möglichkeiten basisdemokratischer Kollektive mit geteilter Verantwortung beschränken. Hier ist zu klären, wie solche Barrieren durch eigene interne Strukturen und Verbindlichkeiten ausgehebelt werden können. Auch die Kriterien für Betriebe, die solch einer Föderation angehören dürfen, sind eine heikle Frage, ebenso wie das Verhältnis zu Alternativbetrieben bestimmt werden muss, die nicht der Föderation angehören.

Die zentrale Frage lautet natürlich, wie groß das transformatorische Potential einer Wirtschaftsföderation sein kann. Es ist mehr als fraglich, ob der Kapitalismus sich durch den Aufbau einer Parallelwirtschaft ablösen lässt. Als Teil einer allgemeinen Transformationsstrategie besteht aber Anlass zur Hoffnung, dass solch ein Projekt wesentlich zur Entfaltung emanzipatorischer Kräfte beitragen kann. Dazu gehören nicht nur die so häufig angesprochenen Erfahrungswerte, die in funktionierenden Einheiten einer Parallelwirtschaft gesammelt werden können, sondern ebenso das illustrative Beispiel, das Menschen von der Machbarkeit anderer Wirtschaftsmodelle überzeugt.[14]

Der größte Effekt allerdings dürfte in der konkreten gegenseitigen Befruchtung bestehen. Eine alternativ-ökonomische Organisation, die in die alltäglichen Kämpfe einer vitalen Bewegung involviert ist, entwickelt einen wesentlich größeren Wirkungsradius und entfaltet so erst richtig ihren anti-kapitalistischen Charakter.[15] Ebenso nutzen diese Strukturen den Akteuren auf dem Kampfeld der kapitalistischen Wirtschaft, die durch die Nutzung der Vorteile einer verbündeten Wirtschaftsföderation auch die Autonomie in ihrem Leben und Handeln erweitern können.

All diese Überlegungen seien zur Diskussion gestellt.

Holger Marcks

Anmerkungen

[1] Siehe Artikel links.
[2] Siehe z.B. Flieger u.a., *Gemeinsam mehr erreichen*, Bonn 1995. I.d.R. waren diese Versuche jedoch nur darauf ausgerichtet, sich in der kapitalistischen Konkurrenz gegenseitig zu unterstützen.
[3] Siehe Döhring, „Eine runde Sache: Die Arbeiterbörse – Netzwerk des Syndikalismus", DA Nr. 181 (2007).
[4] Sehr illustrativ geschildert in Emile Pougets Roman *Das letzte Gefecht*, Berlin 1930.
[5] Siehe dazu Gerlach & Souchy, *Die soziale Revolution in Spanien*, Berlin 1974.
[6] Siehe Marcks & Seiffert (Hg.), *Die großen Streiks*, Münster 2008, S. 19-46.
[7] Siehe Barwich, *Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus*, Berlin 1922.
[8] Nicht zuletzt können solche historischen Extremsituationen nicht zur alleinigen Bedingung gesellschaftlicher Veränderung gemacht werden.
[9] Hier sei noch auf den mit Syndikalismus verwandten Gildensozialismus verwiesen, der sich als Konzept zum praktischen Aufbau des Sozialismus verstand.
[10] Siehe Rübner, *Freiheit und Brot*, S. 178-83.
[11] Siehe Thompson & Murfin, *The I.W.W.*, Chicago 1976, S. 208-9.
[12] Produkten und Leistungen aus föderierten Betrieben ist dabei immer Vorzug zu geben. Natürlich müsste sich die Föderation dabei auf eigene Tauschformen einigen.
[13] Ein sicherer Konsumentenstamm mit erhöhter Identifikation mit den Betrieben stellt schon mal die „halbe Miete" für diese dar. Natürlich müssten die konsumierenden Mitglieder preisliche Vorteile genießen.
[14] Siehe dazu auch den Artikel links.
[15] Statt nur unbemerkt von der Öffentlichkeit auf dem Markt ums Überleben zu ringen.

Kaputte Körper der Kunst

Wie frei ist die Kunst? Ein kulturkritischer Blick hinter die Kulissen.

Kulturen lassen keine Freiräume. Wer meint, sich künstlerisch abgrenzen, ausdrücken, davon rennen zu können, ist schon auf dem Weg zur Psychose. Mit ihrem Artikel macht Lena Sömme, Kunststudentin und Aktivistin der antifaschistischen „anti art action group", den Anfang zu einer kleinen kulturkritischen Serie, die ihr in den nächsten Ausgaben immer auf der linken Kulturseite der DA finden werdet.

Louis XIV., seine Majestät der Sonnenkönig, hat für die europäische Kultur Unglaubliches geleistet. Durch seinen exzentrischen Absolutismus gelang es, die Kunst zu politisieren. Und das ist ausschließlich negativ zu verstehen. Kulturschaffende fanden Geschmack am Anbiedern an die weltlichen Machtideologien, im Gegensatz zum immer brotloser werdenden Gewerbe des Speichelleckens in kirchlichen Kreisen. Die Identifikationsmöglichkeiten setzten viel „kreatives" Potenzial frei, schließlich wurde das Wesen des Staates in einem bestimmten Typus Individualität verortet: „L'État, c'est moi". Die Gesellschaft sollte sich im Wesen des Herrschers ausdrücken, und dieses drückte sich über die pompöse Kunst, Musik, Architektur und Mode seiner Epoche aus. Wer Kunst als Handwerk zwecks Lebensunterhalt betrieb, musste zwangsläufig in der Identität der Herrschenden aufgehen. Wer sich hingegen selbst durch die Kunst ausdrücken wollte, konnte nicht mit wirtschaftlicher Anerkennung, sondern wohl eher mit Kerker rechnen.

Ohnehin: Wer in der expressiven Emotionalität eines künstlerischen Ausdrucks die pure Individualität vermutet, kann nur bemitleidet werden. Denn irgendwann kommt zwangsläufig der harte Moment, in dem diesen armen Menschen klar wird, dass abertausende andere selbsternannte „Individuen" im Prinzip genau das gleiche produzieren wie mensch selbst, aber genauso über die Einzigartigkeit ihrer Werke fabulieren. Die gesellschaftlichen Verhältnisse drücken sich in jedem ihrer Mitglieder aus, und auch – wenn nicht gerade dort – in den Gefühlen und somit in der Kunst. Auch ohne Hofmalerin oder königlicher Modeschöpfer beim Sonnenkönig zu sein, gibt es aus diesem Dilemma keinen Ausweg. Es wird vielmehr noch verschlimmert: Anstatt einer klar abgesteckten Aufgabe, bei der der künstlerische Akt als Tätigkeit her vergleichbar ist mit jeder anderen Auftragsleistung (Schuhe putzen, Rohre verlegen, Wertpapiere verwalten oder was auch immer), versuchen sich die nicht marktkonformen „Selbstverwirklicher" an einer Arbeit an ihnen selbst. Diese wird aber zum einen niemals gesellschaftliche Anerkennung erfahren, und zum anderen letzten Endes zu dem zurückführen, vor dem die Kunst Fluchthilfe geben sollte, nämlich zum Totalitätsanspruch der herrschenden Verhältnisse über das Individuum. In diesem Augenblick ist die/der KünstlerIn gescheitert und unendlich allein.

Individualität als postmoderne Ideologie: Vereinzelt rennen die Ratten besser

Trotz diverser Standort- und Produktionsmodelle im Zeichen des „Creative Society"-Wahns auf der einen Seite, und dem sich kulturkritisch gebenden hedonistischen Kunstfetischismus auf der anderen: Freiheit und Kreativität werden in der Marktwirtschaft wie beim Trabanten in der DDR je nach Antrag bewilligt und verteilt. Das Wesen des spätkapitalistischen Menschen liegt gerade mit steigender Betonung der gesellschaftlichen Freiheiten in der Masse. Denn nur Leistung und Erfolg erscheinen als tatsächlich gelungene Selbstverwirklichung, als Erreichen des persönlichen Ziels, und damit ist nicht der Prototyp des seelenlosen Bänkers, sondern insbesondere die kulturelle Tätigkeit gemeint. Wenn die Leistungsgesellschaft kreatives Schaffen anerkennt, ist diesem Menschen das Höchstmaß an zu erwartenden Sonderkonditionen zu teil geworden. Nach exakt solchen Privilegien strebt die Kunstwelt. Sie steht quasi sinnbildlich für das herrschende Prinzip: Selbstverwirklichung durch Anpassung. Obwohl gesellschaftlich gefordert, wird Leistung als persönliches Merkmal wahrgenommen, und gleichzeitig ermöglicht sie Teilhabe am zentralen Sinn der Welt, an einem übergeordneten Ziel. Der Sonnenkönig hat heute viele Gesichter: Er ist ein millionenschwerer Rapstar, er ist eine renommierte Polittalkerin, ein ausgeflippter Computerspielproduzent, eine weltweit gefeierte Buchautorin. Sie alle können von sich sagen: „L'état, c'est moi! Und ich habe mich zu dem gemacht, was ich jetzt bin." Sie leben die Inszenierung einer angeblichen Wertschätzung individueller Kreativität; die verborgenen gesellschaftlichen Bedingungen solcher Karrieren aber werden kaschiert. Es gibt keinen Blick auf die Briefings, die Kulturmanagement-Agenturen, die WerbevertreterInnen, die Programmdirektion. Und so sind gerade die mit kultureller Arbeit Erfolgreichen die stärksten RepräsentantInnen des Aberglaubens an die Gesellschaft der unbegrenzten Möglichkeiten, für die in Wahrheit gilt: Freiheit durch Anpassung, Anpassung durch Leistung. KünstlerInnen aber, die aus dieser Funktionalisierung herausfallen, blüht ein schreckliches Schicksal.



Selbstverwirklichung als Zerrbild: Vorbild Bushido.

„Anders"-sein wird nur gut geheißen, solange es nicht „fremd" bedeutet

Das historisch gewachsene Bild der Andersartigkeit von KünstlerInnen, das ursprünglich auf den einfachen Umstand zurückzuführen war, dass Kunst keinem normalen Produktionsbetrieb entspringt, sondern sich lediglich im Gefallen oder nicht Gefallen legitimieren kann, mutiert in der „befreiten Gesellschaft" des Neoliberalismus zur Todesdrohung. Denn diese Andersartigkeit gilt nur dann als erstrebenswertes Ideal, solange sie als Faktor zur Wertsteigerung des eigenen Produkts eingesetzt wird, sie bedeutet lediglich: Dieser Mensch verkauft sich anders. Ansonsten bedeutet Andersartigkeit vor allem ein Herausfallen aus der Gesellschaft, sie fungiert als Konstrukt für die Zuschreibung von Abartigkeit, Wahnsinn, Krankheit. Kunst ohne Einkommen bedeutet nicht bloß einen notdürftig akzeptierten Job bei Penny an der Kasse. Den Kunstschaffenden wird zwangsweise unterstellt, dass sie immerzu doch noch auf den Erfolg hoffen; dass sie sich selbst als verkannte Genies verklären und verbittert den Tag herbeisehnen, an dem ihnen Ruhm und Ehre zu Teil werde. Wer nicht zumindest egozentrisch die eigene „Kreativität" über die partypoppige Lifestyle-Identitätsmaschine zum Konsum anbietet, ist suspekt.

Kunst besitzt entgegen aller Beteuerungen in dieser Gesellschaft keinen Selbstzweck. Nein, gerade die Instrumentalisierung des Images „Anders" zu sein („Sie/Er ist eben KünstlerIn") bedeutet den Zwang, dieses spezielle „anders" im Sinne der Gleichmacherei auszulegen, das Rollenklischee perfekt zu erfüllen. Als StudentIn im Milieu der Kreativ- und Drogenexzesse Streetart zu entwerfen und diese sowohl vermummt wie bekifft an die Wände der Stadt zu kleistern, ist trotz des möglichen Polizeistresses nur bedingt als subversiv anzusehen. Schließlich sind sie in der gesellschaftlichen Wahrnehmung nicht nur sachbeschädigende Kleinkriminelle, sondern auch die Helden der Polylux- und Banksy-Generation. Sie sehnen sich kollektiv nach den kleinen Abenteuern, die neuerdings in den persönlichen Lebenslauf ihrer sozialen Schicht gehören. Da sie dem gesellschaftlichen Konsens über Kreativität und Individualität entspricht, darüber hinaus aber konsequenzlos bleibt, fällt auch die hedonistische Adaption der gesellschaftlichen Möglichkeiten zur „Selbstverwirklichung" nicht aus dem gängigen Produktionsschema. Hier finden sich diejenigen zusammen, die materiell und vom gesellschaftlichen Ansehen her das Recht zugesprochen bekommen haben, sich genauso zu verhalten. Die Gesellschaft reduziert die Möglichkeiten zu einem „Anders" auf einen für sie akzeptablen Gegensatz zur bürgerlichen Prüderie, und spaltet dies dann je nach sozialer Schicht. Kids, denen mit allen Mitteln ihre „türkische Herkunft" konstruiert wird, die also nicht in der Türkei, aber in einem „Problemviertel" einer deutschen Großstadt geboren wurden, dürfen sich von der Gesellschaft in Form von platten, gewaltverherrlichenden Rap-Texten abgrenzen, sich auf diese Weise „selbst verwirklichen" – denn schließlich wird in ihnen ohnehin das gesehen, was den Inhalt des Raps à la Aggro Berlin ausmacht. Und eine deutsche Studentin aus der Mittelschicht kann ruhig auch mal Rudi Dutschke oder gar Andreas Baader auf eine Wand malen; die meisten guten Bürger ab 60 waren früher ja auch mal so. Wenn aber der prekarisierte Jugendliche aus dem für Deutsche ach so „türkischem" Viertel mit dem Gefasel von gesellschaftlichem Umbruch und Revolte anfängt, wird's unbequem. Einen deutschen Pass gibt es dafür sicherlich nicht. Malt unsere linksradikale Studentin mit 60 immer noch subversive Bilder, ohne damit auch nur einen Cent zu verdienen, ist es auch für sie mit dem Verständnis vorbei: bestenfalls gilt sie noch als „Sozialschmarotzerin", die ihrem Wohltäter, dem Staat, auch noch in den Rücken fällt. Wahrscheinlich aber wird sie als nachweislich geisteskrank, drogensüchtig, asozial gelten. Die bürgerlichen Vorstellungen materialisieren sich durch Ausgrenzung und nackte Gewalt.

Die Frage, was „kritische Kunst" ist bzw. sein könnte, ist noch nie ausreichend beantwortet worden.

Dass Kunst „provozieren", „wachrütteln", „zum Denken anstiften" soll, ist so tief im gesellschaftlichen Konsens verankert, dass diese vereinnahmende Forderung eigentlich nur mit „dann erst recht nicht" beantwortet werden kann. Der Dadaismus reagierte einst auf die unausstehlichen Gegebenheiten seiner Zeit mit einer Art konstruktiver Verweigerung; versuchte, die Absurdität der Gegenwart und des eigenen Schaffens in ihr zum Ausdruck zu bringen. Auch heutzutage gäbe es eigentlich mehr als genug Angriffspunkte, den kreativen Köpfen dieses Landes ihre Verlogenheit und Hörigkeit vor Augen zu führen. Schließlich sind sie in den letzten Jahren in unfassbarem Tempo im „Du bist Deutschland"-Trend aufgegangen, der modernen und deutschen Übersetzung des berühmten Satzes des Sonnenkönigs: „L'État, c'est moi."

Der Sonnenkönig. Zu Zeiten der Fußball-WM hieß er in Deutschland Michael Ballack, dem die hiesige Kunstszene mindestens genauso verfallen war.

Lena Sömme
für die anti-art-action group [aaag]

Dissen wo ihr herkommt!

Über das kühl kalkulierte Comeback des Hamburger Rapstars Samy Deluxe.



Mit dem Lied „Dis wo ich herkomm" überbietet Samy Deluxe noch seinen peinlichen Werbeauftritt für die GEZ-Mafia

Einst war der Deutschrapper mit noch ganz amüsanten Stücken des ewigen Prollraps und der obligatorischen Kiffer-Lyrik erfolgreich. Danach misslang Samy ein Umschwenken in die Sparte des Macho dominierten Party R'n'Bs. Diese Art der Musik kam nie in den deutschsprachigen Mainstreammusik an, stattdessen eroberte Rap der Marke „Aggro Berlin" den Markt. Da hier für Samy kein Blumentopf mehr zu gewinnen war, musste sich nach neuen Möglichkeiten der Vermarktung umgesehen werden. Der „wickeder MC" entschied sich für die Sparte des staatstragenden Moralapostels. Sein Humankapital ist dabei seine Rolle als erfolgreich aufgestiegener Underdog und geläuterter Hitzkopf, denn genau danach gieren Initiativen und Kampagnen im Geiste des „Du bist Deutschland"-Terrors. Ein ehemals lauthals angekotzter Promi der Jugendkultur erkennt seine Chance, in Zeiten des Internetdownload-bedingten Niedergangs der Musikindustrie nun im offiziellen Ideologiebetrieb sein Geld zu verdienen, und sich per Widerruf seiner Antihaltung bestens anzubiedern.

Nun waren seine Texte noch nie besonders tiefgründig. Trotz offen sexistischer und homophober Verse (z.B. in „Wie jetzt") gelang es jedoch, durch einen konfus formulierten Anstrich von Gesellschaftskritik Hörerschaften im linken Spektrum des Mainstreams zu erreichen. Vor allem das Liedchen „Weck mich auf", einem Konglomerat gesellschaftlichen Nörgelns zwischen TAZ und FAZ, war ein Versuch, sich in der Zielgruppe alternativer SchülerInnen und StudentInnen zu positionieren. Dieser Markt scheint aber ausgeschöpft; Fußball-WM und Nationalismus-Kampagnen zeigen hingegen neue Möglichkeiten auf. Schließlich investieren Staat und Privatwirtschaft Millionen in ein neues deutsches „Wir", das Lohneinbußen und Mehrarbeit mit Worten wie „Anpacken" oder „etwas für dieses Land tun" umschreiben lässt. Nachdem sich Samy schon als Werbeclown für die GEZ lächerlich gemacht hat, winken ihm nun Auftritte als Botschafter des neuen „positiven" Patriotismus.

In seiner aktuellen Single „Dis wo ich herkomm" kaut Samy daher die spießigen Parolen des deutschen Kleinbürgertums wieder. Intellektueller Höhepunkt ist – noch vor dem Hinweis, dass mit genügend harter Arbeit aus uns allen doch noch etwas werden könne – die Referenz an die deutsche Psychose, sich ungerechtfertigter Weise nicht eines normalen Nationalstolz erfreuen zu dürfen. Samy jammert: „Und wir haben kein Nationalstolz und das alles bloß wegen Adolf, ja toll schöne Scheiße der Typ war doch eigentlich 'n Österreicher." Dass mit solch einem Gegurke Lob von Spiegel Online über DIE WELT bis hin zur ARD einzuheimsen ist, ist eigentlich nur noch zum Lachen.

Marcus Munzlinger

Berliner Politik und Presse machen DA einen Strich durch die Rechnung

Das Gedicht „Frühling" ist erschienen bei der Edition AV, der Band trägt den Titel „Die Wirklichkeit zerreißen wie einen misslungenen Schnappschuss", mit Werken von R. Burnicki und M. Halfbrodt. Eigentlich wollten wir in dieser Ausgabe über die Veranstaltung „Anarcho Poetry" im Rahmen des Berliner A-Kongresses berichten, bei der die beiden Dichter einige ihrer Werke vorstellen wollten. Aufgrund der kurzfristigen, von Politik und Boulevard-Presse erpressten Absage der Räumlichkeiten der TU Berlin, in denen der Kongress ursprünglich stattfinden sollte, musste die Veranstaltung leider ausfallen. Wir hoffen nun in einer anderen Ausgabe ausführlich über das Projekt „Anarcho Poetry" sowie die Arbeiten Burnickis und Halfbrodts berichten zu können. Und natürlich, dass sich im Bereich der deutschsprachigen anarchistischen Lyrik in Zukunft noch viel Spannendes tun wird.

Gedicht

Frühling

Jeder Tag ist ein Deal mit der Hoffnung

Es sollte anders werden. Der Frühling, Hausbesetzer alten Schlages, war in den Norden eingestiegen, riss ihm sämtliche Fenster auf und hätte noch fast die Zukunft instandbesetzt, wären da nicht einige Nächte aufmarschiert mit ihrem tiefsten Blaulicht und Schlagstöcken aus Wind und hätten sämtliche Ansichten geräumt. Doch der Frühling kam wieder mit seinen sonnigsten Kumpels und Kumpaninnen, den prächtigsten Mittagen, ellenlange Bekannte, die beinah von früh bis spät reichten. Und während sie den Straßen ins Kreuz fielen, wurden den Gärten die buntesten Graffitis gesprüht.

Aufs neue ist frisches Licht eingetroffen, die Ferngespräche beginnen gleich hinter dem Bahnhof. Telefonzellen wie frisch gestimmt, die Luft entgratet & im Spiegelglas der Sonnenbrillen zeigt der Tag erste Kurzfilme. Die Sonne fällt dem Himmel um den Hals, dass er blau anläuft davon. An Grünflächen und Bäumen entlang, den Zweigstellen städtischer Gesichtspflege, hat irgendein Griff die Wärme entkorkt. Von Park zu Park prosten sich Vögel zu mit diesem Jahrgang. Auf alteingesessenen Bänken legen sich Hände ineinander, Anhänglichkeiten sammeln sich in allen Sprachen, schenken noch mal nach, voll von liebengebliebenem Gefühl, dem menschlichsten aller Fossilien.

Stadt, glänzend mit funkelndem Asphalt, etwas Pflasterstrand und mehreren Reichtumsinseln, der ganze Großalarm mit grell aufblitzenden Fenstern, wenn der Himmel die Lichthupe drückt, und Parkanlagen, an denen sich die Helligkeit erdet. Während ringsum die Suche nach Neuland beginnt, die Phantasie von Blinkgeber bis Anlasser startet, was los ist, auf Blickfang und Lippensuche künftigen Nistplätzen entgegen. Niemand kämmt heute das Gras gerade. Und der Frühling feuert noch immer wie verrückt seine Kollegen an, die heimlichen Hoffnungen und Enttäuschungen. Sie samt und sonders machen Überstunden, dass es eine reine Fotosynthese ist.

Ein Shampoowechsel weiter ist Samstag. Samstag, das ist der Parkplatz zum Sonntag. Hier werden Autos entstaubt, Motorhauben mit Politur gesalbt, allerlei Wirtschaftswunder in Position gebracht. Strenge Besitzerblicke walten ihres Amtes und befehlen Putzlappen an vordersten Chrom. Die Bäume hängen Blätter hoch an ihre Wäscheleinen. Und folgerichtig kommt er, der Sonntag mit einem vom Typ her anderen Nachmittag, made in Germany, eher ein Familienmodell mit gutgepflegten Bräuchen, reihenweise Spaziergängen und fein abgestimmten Vorsätzen für Montag. Doch das ist eine andere Atmung.

Ralf Burnicki

Einstürzende Neubauten auf Kreuzfahrt

Danielle de Picciotto und Alexander Hacke im Interview

Woher kam die Idee für euer Performance-Projekt „Ship of Fools", mit dem ihr seit 2007 weltweit unterwegs seid?

A.H.: Vor Jahren hatten wir in Berlin die nach dem Strip-Club der Sopranos benannte Veranstaltungsreihe „Bada Bing" konzipiert. Im „Big Eden", dieser Blue Print für eine Diskothek, haben wir an einem Abend meistens drei möglichst unterschiedliche musikalische Acts aufeinandertreffen lassen, zum Beispiel eine Rockabilly-Band, ein Electro-Clash-Playback-Projekt und ein Nasenflöten-Orchester. Langhaarige Metal-Leute konnten endlich mal junge Techno- oder Electro-Girls kennenlernen. Ich bin ja prinzipiell gegen Ghettoisierungen. Mit dem Projekt und den folgenden, also „Mountains of Madness" und „Ship of Fools", haben wir für Reibungen und Öffnungen gesorgt. Denn nur so kann wirklich Neues entstehen.

D.d.P.: Nach einem Jahr des Managens von „Bada Bing" hatten wir ehrlich gesagt die Schnauze voll, nur organisatorisch zu arbeiten. Wir wollten wieder selber kreativ werden. Bei unserem dann folgenden Projekt „Mountains of Madness" mit den Tiger Lillies haben wir dieses Prinzip des konfrontativen Zusammenführens verschiedener Kunststile fortgesetzt.

Mit „Ship of Fools" seid ihr dann künstlerisch noch ein Stück weiter gegangen…

D.d.P: Nach den „Mountains of Madness" waren wir auf der Suche nach einem Projekt, das wieder viele Kunstbereiche zusammenführt, hier also Literatur, Bild, Sprache und Musik. Als uns das Buch „Das Narrenschiff" von Sebastian Brant in die Hände fiel, erschien es uns als perfekte Vorlage.



Starten nach etlichen Projekten immer wieder durch: Danielle de Picciotto und Alexander Hacke

A.H.: Wir wollten eine audiovisuelle Performance entwickeln mit gleichwertig ausgeprägten hörbaren und visuellen Aspekten.

Das Buch von Sebastian Brant ist 1494 als Moralsatire erschienen und wurde sogleich in alle möglichen Sprachen übersetzt. Die Narrheit im Werk von Brant wird ja verstanden als mangelnde Einsicht in die Anforderungen des Lebens. Bei Foucault verkörpert dagegen „der Hofnarr die Wahrheit im Zustand der Freiheit". Welche Funktion üben eure Narren aus?

A.H.: Im Mittelalter wurden nicht nur Irre, sondern alle gesellschaftlichen Outcasts ausgestoßen und auf Schiffe verfrachtet, damit die normale Gesellschaft ihre Ruhe hatte. Dann ist der Sebastian Brant gekommen, hat die damalige Gesellschaft mit den Insassen der Schiffe verglichen und ihr den Spiegel vorgehalten.

Welche Brisanz hat dieser mittelalterliche Text heute?

A.H.: Zur Zeit der Bush-Regierung gab es diese religiöse Überspitzung, den extremen Hass auf den Islam und den christlichen Fundamentalismus.

D.d.P.: Ich als Amerikanerin war sehr unglücklich wegen der Politik von George W. Bush. Ich fragte mich, was kann ich als Künstlerin tun. Dann kamen wir auf die Idee, die politische und soziale Situation von heute mit der des Mittelalters in Beziehung zu bringen.

A.H.: Das hat uns sehr inspiriert, den Text von Sebastian Brant anders oder neu zu deuten. Die Zeit heute ist weitaus härter als die von ihm Beschriebene. Auf gar keinen Fall zeigen wir mit dem Finger auf jemanden. Vielmehr führen wir an uns selber vor, wie besessen, wie gierig wir sind. Wir tragen diesen Wahn zu den Leuten und bringen sie dazu, über sich selber nachzudenken. Wir verfrachten also das Buch auf ein Schiff zurück und lassen dieses um die Gesellschaft herum schippern.

Das Diktat der Gesellschaft ist ja, dass man ihren Regeln und Richtlinien folgt, statt sich für Eingebungen zu öffnen. Inspirationen sind ja letztlich eine Eingebung von außen, wofür du deinen Kopf öffnen musst. Wenn du aber in der Gesellschaft funktionieren willst, werden diese Sinneswahrnehmungen, wird dein Kopf ausgeschaltet. Da passt das Dostojewski-Zitat, demzufolge nur verrückte Menschen Geister sehen, was nicht heißt, dass es keine Geister gibt.

Wie sehen denn so die Reaktionen des Publikums auf eure Auftritte aus?

D.d.P.: Wir lesen einen alten Text aus der Zeit, als Columbus Amerika entdeckt hat, mit unglaublich moralischen Sichtweisen, die genau im Gegensatz zur heutigen Populärkultur stehen, in der es nur um Sex und Ego-Entfaltung geht. Dann setzen wir noch laute und direkte Rockmusik gegen den alten Text. Meistens reagiert unser Publikum irritiert. Jedenfalls gibt es nach den Shows jede Menge interessante und kontroverse Gespräche.

Jorinde Reznikoff / Klaus-Peter Flügel

„Ship of Fools"- „Das Narrenschiff" entstand 2007, seit 2008 ist das Werk auf DVD erhältlich. Ebenfalls seit 2008 ist das Ehepaar de Picciotto/ Hacke auf Tournee durch die Welt. Danielle zog 1985 von New York nach Berlin, wo sie 1989 zu dem Initiatorenkreis der ersten Loveparade gehörte. Zwischen 1990 und 1995 war sie Sängerin der Berliner Band *Space Cowboys*, und engagierte sich danach in der unkommerziellen Club -und Kunstszene Berlins. Außerdem betätigte sie sich auch schon des Öfteren im kulturellen Umfeld des Goethe-Instituts.
1980 begann Alexander Hacke, bei den *Einstürzenden Neubauten* zu spielen. Sein musikalisches Leben ist jedoch darüber hinaus von einer beachtlichen Abwechslung und Vielzahl geprägt; ob Industrial, New Wave, Klezmer, Metal und noch vieles mehr, Alexander scheint schon alles gespielt zu haben. Mit *Hieroshima* landete er 1982 einen internationalen Erfolg. Hacke komponiert seit den frühen 90ern auch Filmmusik, u.a. für den Streifen *Gegen die Wand* von Fatih Akin. Zusammen mit Danielle und den *Tiger Lillies* erarbeitete Alexander das musikalische Bühnenspiel *Mountains of Madness*.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

...dem Teufel der Anarchie!

Des letzten Rätsels Lösung: Die Internationalistin und Feministin André Léo

Die am 18. August 1824 in Lusignan, Départment Vienne geborene Victorine-Léodile Béra, verheiratete Champseix, nutzte das Pseudonym, welches sie aus den Vornamen ihrer Zwillingssöhne zusammensetzte, seit Anfang der 1860er Jahre. Nach dem Tode ihres Mannes, baute André Léo ihre schriftstellerische und journalistische Tätigkeit zum Gelderwerb aus. Sie starb, bis zu ihrem Tode als Schriftstellerin und Journalistin arbeitend, 1900 und wurde auf dem Friedhof von Auteuil in Paris beigesetzt.

Mitte der sechziger Jahre gründete sie in ihrer Wohnung die „Société pour la Revendication du Droit des Femmes". Diese Société wurde nicht nur ein Sammelbecken führender Feministinnen in Paris (u.a. Paule Minck, Louise Michel, Elie und Noémie Reclus), sondern sie stellte überdies eine Neuausrichtung des zeitgenössischen Feminismus dar. Als Reaktion auf die antifeministischen Kampagnen ihrer Zeit, z.B. von Proudhon, stellten André Léo und die Frauen und Männer(!) der Société nicht die Geschlechterdifferenz in den Vordergrund. Sie argumentierten nicht mit den „besonderen Fähigkeiten und Interessen der Frauen". Vielmehr betonten sie die Gleichheit der Geschlechter. Vorhandene Unterschiede führten sie weitgehend auf die Sozialisation zurück. Allerdings reichen André Léo die Versprechungen bürgerlicher und sozialistischer rechtlicher Gleichstellung nicht aus. Für sie können sowohl die bürgerlich-kapitalistische wie die sozialistische Gesellschaft auf der Basis der Familie existieren. Aufklärung alleine reiche nicht, vielmehr müsse eine materielle Basis und gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, die es Frauen en masse gestatten sich nicht nur theoretisch, sondern auch ganz konkret an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Entscheidend hierfür sei unter anderem eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, inklusive der Erwerbsarbeit für Frauen.



Während der Pariser Kommune traten die Differenzen zwischen bürgerlichem Feminismus und antifeministischem Sozialismus besonders deutlich zu Tage. Einerseits verließen viele Feministinnen Paris und wandten sich gegen die Kommune, andererseits wurde der erklärte Antifeminist Jaroslav Dombrowski zum Oberbefehlshaber der Kommunetruppen erklärt. Dombrowski versuchte sogar den Krankenschwestern und den Marketenderinnen, welche die Soldaten mit Lebensmitteln versorgten, den Zugang zu den Schlachtfeldern zu verweigern.

Im Gegensatz zu Louise Michel gelang Léo nach der Niederschlagung der Kommune die Flucht in die Schweiz. Dort wollte sie 1871 auf dem Kongress der Friedens- und Freiheitsliga die bürgerliche Öffentlichkeit über die wahren Ziele der Kommune aufklären und die von den Versailler begangenen Massaker brandmarken. Dazu kam es jedoch nicht, da sie durch Zwischenrufe und aufkommenden Tumult dazu gezwungen wurde, ihre Rede vorzeitig abzubrechen. Wie viele Kommuneflüchtlinge, wandte sie sich nun endgültig der sozialistisch-anarchistischen Bewegung zu. Antizentralistische und libertäre Positionen bei vielen der KommunardInnen waren vor und während der Kommune vor allem in der Auseinandersetzung mit blanquistischen und jakobinischen Strömungen entstanden.

Im Oktober 1871 sah André Léo sich gezwungen, in der „Révolution Sociale" die Beschlüsse der Londoner Konferenz der Internationalen, welche von Karl Marx einberufen, geplant und minutiös durchgeführt worden war, zu kommentieren:

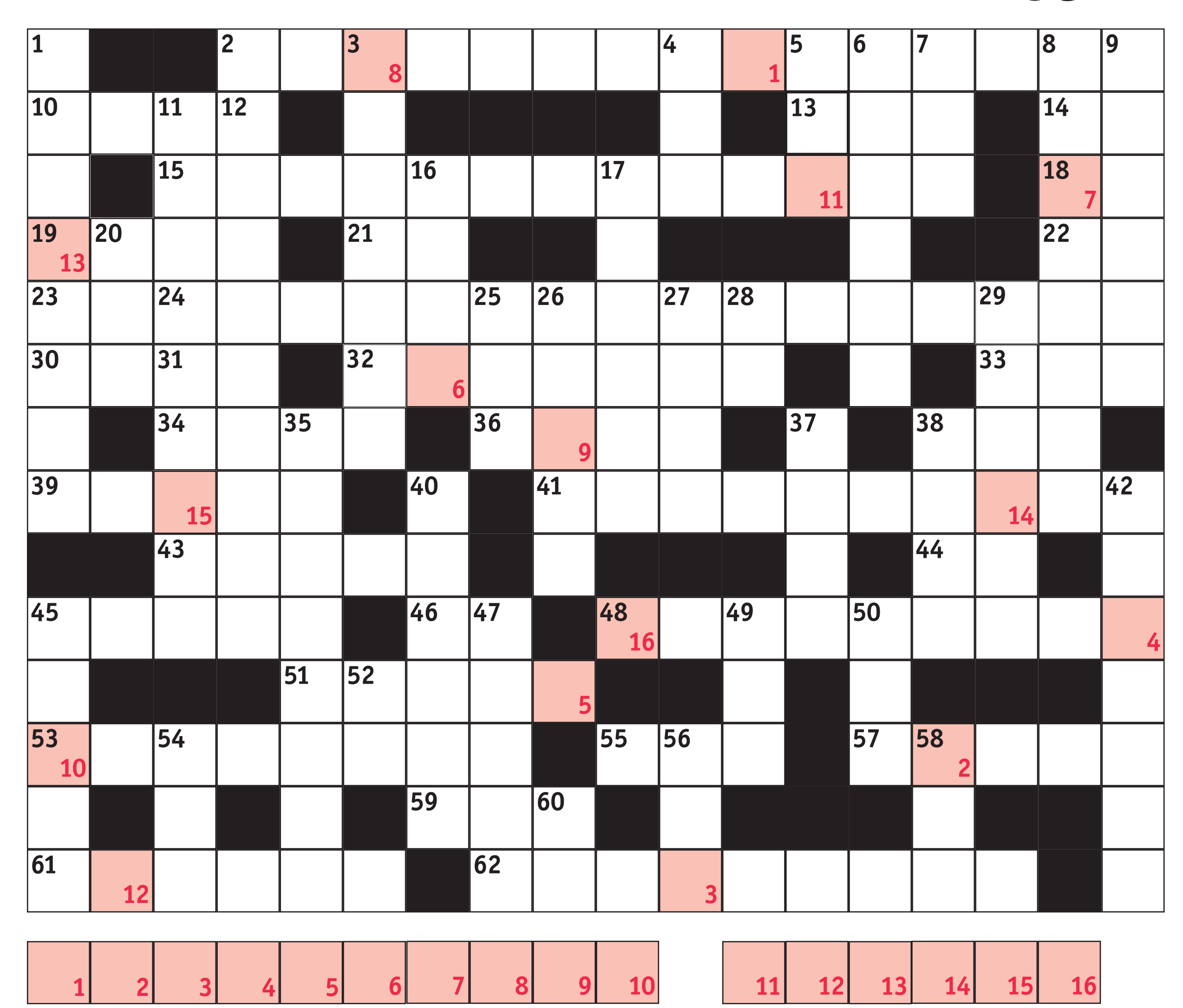
„Dass die Göttin Freiheit uns zu Hilfe komme! Denn wir haben gegen die jüngste päpstliche Bulle verstoßen, ... indem wir die Unfehlbarkeit des obersten Rates zur Diskussion stellen. Nun sind also auch wir von der Exkommunizierung bedroht, und es bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Seele dem Teufel der Anarchie zu verschreiben".

Durch die Agitation von André Léo und die Verbreitung eines Zirkulars der anarchistischen Sektionen, das die Kompetenzen des Generalrats nun offen in Frage stellte, wurde der Konflikt auch in andere Länder getragen, und die Opposition gegen den Generalrat wuchs. 1872 fand die Marx'sche Anti-Anarchisten-Kampagne auf dem Kongress in Den Haag mit der Spaltung der Internationalen ihren traurigen Höhepunkt.

Antje Schrupp

Mehr Infos: www.antjeschrupp.de

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 59



Waagerecht

2. Koordinierungsausschuss der FAU in den Jahren nach ihrer Gründung (seit 1990: Geschäftskommission) 10. isländische Erzählung des Mittelalters; im weitesten Sinne ein Literaturzyklus oder eine Fernsehserie 13. Kfz-Kennzeichen für Herne 14. römisch neun 15. wer wohlhabend genug ist, sich ein neues Auto zu kaufen und das alte verschrotten zu lassen, freut sich wohl über diese Konjunkturmaßnahme der Regierung 18. Abk. für Nordpol 19. Prügel, Schläge 21. chemisches Zeichen für ein Element, dessen Sulfat als Röntgenkontrastmittel verwendet wird 22. Länderkürzel für Rumänien 23. eine Konjunktion: *Frag sie, ~ sie zum Essen kommt* 24. ein Lieblingswort der FDP: in der neoliberalen Ideologie sind diese Personen die Motoren der Wirtschaft 30. an der Innenseite des Handgelenks fühlbarer Herzschlag 32. neunter Teil 33. Markenname eines französischen Schmelzkäses, den 95% der Bevölkerung kennen: *La vache qui ~* (Die lachende Kuh) 34. Spitzname des aus Berlin stammenden Fußballers Thomas Häßler (101 Länderspiele 1988-2000) 36. altmodisch für "Mädchen": *Spannenlanger Hans'l, / Nudeldikke ~,/ Geh'n wir in den Garten / Schütteln wir die Birn'* 38. Transportmittel 39. Vorfahr 41. Bergrücken in Thüringen 43. *~ Kunst/Malerei*: Laienkunst, die ohne künstlerische Ausbildung neben dem Beruf ausgeübt wird 44. umgangssprachlich für "nein" 45. Billardstock 46. Kfz-Kennzeichen für Traunstein 48. weltweit umsatzstärkster Betreiber von Fastfood-Restaurants, der Gewerkschaftsrechte, Hygienevorschriften und Umwelt mit Füßen tritt 51. die seit einigen Jahren für Erwerbslose verordnete Armut ("Arbeitsmarktreformen") trägt den Namen dieses Bonzen, der als Personalvorstand bei VW in großem Stil Firmengelder veruntreute 53. ursprünglich nordamerikanisches Kraut, das sich v.a. über Samen im Vogelfutter in Europa ausbreitet und dessen Pollen Allergien auslösen können (keine CIA-Biowaffe!) 55. deutscher Grafiker und Maler (1891-1969), dessen dadaistische Kriegsbilder Aufmerksamkeit erregten 57. Froschlurch; in der Mehrzahl eine umgangssprachliche Bezeichnung für Geld 59. Heilverfahren 61. ein Gewürzkraut, dessen Frucht, oder ein hieraus hergestellter Branntwein 62. alle Beschäftigten eines Betriebs.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

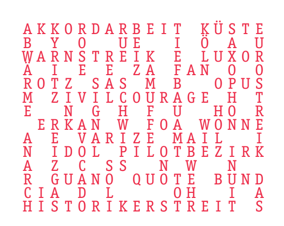
Senkrecht

1. In dieser sächsischen Kleinstadt wurde Ende 2008 die Motorradproduktion (Traditionsmarke MZ) eingestellt 2. übertriebene Beschäftigung mit sich selbst 3. Kraftmaschine zur Erzeugung einer kreisenden Bewegung 4. Kfz-Kennzeichen für Leer 5. Onkel <veraltet> 6. Würfelspiel 7. Bewohner Irlands <männl. Form> 8. den meisten Flüchtlingen, die in die EU fliehen wollen, wird dies verwehrt 9. Ausfuhr 11. was in Bhopal, Tschernobyl usw. passiert ist 16. Satz aus Edvard Griegs Orchesterstück "Peer Gynt": *~s Tod* 17. Speisekammer, Anrichteraum auf Schiffen und in Flugzeugen 20. Scheichtum der Vereinigten Arabischen Emirate, das im März 2009 eine Beteiligung von 9,1% an der Daimler AG erworben hat: *~ Dhabi* 25. Stil der englischen Baukunst 1480-1600 während der Herrschaft des gleichnamigen Königsgeschlechts <erste drei Buchstaben> 26. einzigartige Objekte 27. Schweizer Stadt, 1865 fand hier der erste Kongress der IAA statt 28. Kfz-Kennzeichen für Schleswig 29. bei dieser Wortwurzel geht es immer um Horror und Grauen: *~film, ~kabinett, ~katalog* usw. 31. Schlingpflanze 35. Pumphose, Knickerbocker 37. Bundesstaat der USA 38. ~-Werke: zwischen Halle und Merseburg gelegener Chemie-Standort, 1936 im Rahmen von IG Farben gegründet (heute Tochter von Dow Chemical) 40. Lehre vom Vers und Versmaß 42. Rücksicht auf eine andere Person oder Achtung vor ihr; Ausruf in der Jugendsprache 45. Milchprodukt, das früher auch als Grundlage für Farben diente 47. sich heimlich entfernen: *sich aus dem ~ machen* 49. "Ausbeutungsbarometer" der größten in Deutschland ansässigen Unternehmen <Abk.> 50. Organisation, die die Interessen einzelner Länder im Internationalen Olympischen Komitee vertritt; oftmals sehr korrupt <Abk.> 52. Namenszusatz, den die FAUD 1922 einführte, um das Selbstverständnis des Anarchosyndikalismus zum Ausdruck zu bringen <Abk.> 54. Abk. für eine Bundesanstalt, die für Sicherheit und Zuverlässigkeit in Chemie- und Materialtechnik sorgt 56. schnellste und komfortabelste Zugkategorie der Deutschen Bahn <Abk.> 58. nicht zubereitet, ungekocht 60. Bezeichnung einer Zuggattung <Abk.>.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Gewinner DA 191: Christian H. aus Biel
Gewinner DA 192: Tim H. aus Celle

Auflösung # 58



DA Direkte Aktion – anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 194: 12. Juni 2009